

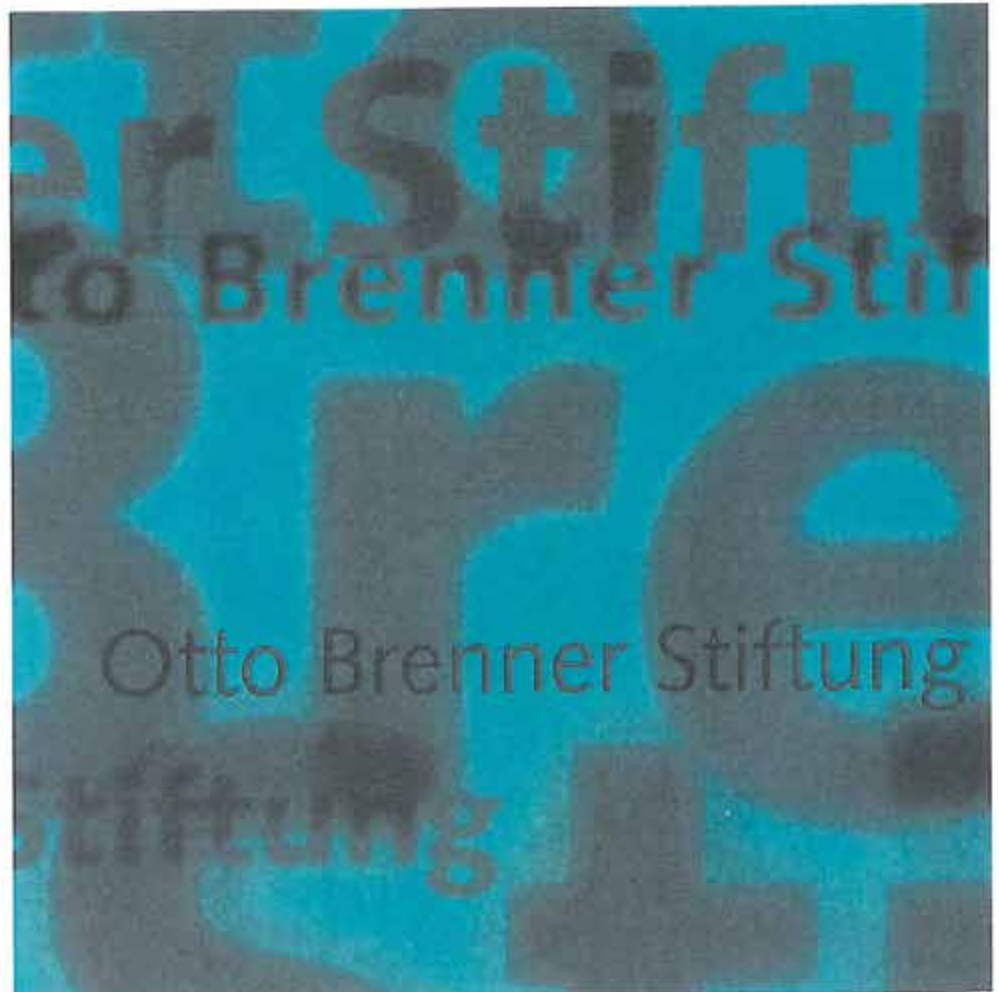


Dr. Burkhard Ruppert

Literaturstudie zur Tarifpolitik im ostdeutschen Metall- und Elektrohandwerk

Eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung

Berlin, Mai 2000



Herausgeber:
Otto Brenner Stiftung
Heike Kauls
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin

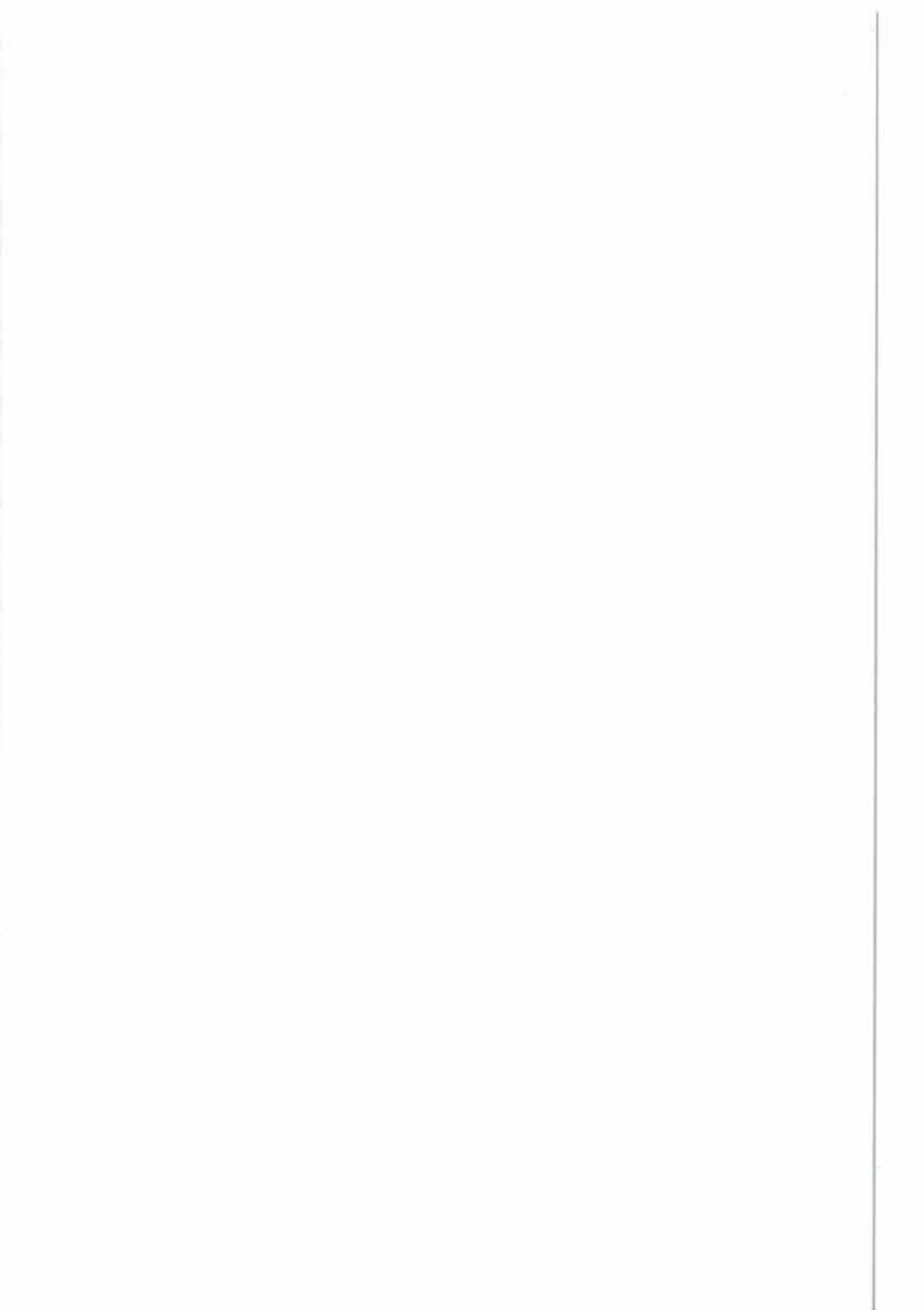
Tel.: 030 / 25 39 60 0
Fax: 030 / 25 39 60 11

Autor:
Dr. Burkhard Ruppert
Baumweg 14
60316 Frankfurt/M.

Tel.: 069 / 49 2932

Inhalt:

Einleitung	3
1. Geschichte des Handwerks	5
1.1 Sozialgeschichte der Mitbestimmung im Handwerk	5
1.2 Geschichte von Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel in Handwerk und Industrie	7
1.3 Geschichte der Verbandsbildung des Handwerks	10
2. Wirtschaftswissenschaften und Handwerk	14
2.1 Das Handwerk in der DDR	14
2.2 Die ökonomische Entwicklung des ostdeutschen Handwerks	16
2.3 Ostdeutsche Regionalstudien zum Handwerk	19
2.4 Ostdeutsche Branchenstudien zum Metall- und Elektrohandwerk	21
2.5 Konjunkturanalysen und wirtschaftliche Entwicklung Handwerk	23
2.6 Allgemeine ökonomische Darstellungen zum Handwerk	25
3. Sozialwissenschaften und Handwerk	29
3.1 Verhältnis Handwerk / Industrie	29
3.2 Kammern, Innungen und Zentralverbände des Handwerks	30
3.3 Handwerkspresse	34
3.4 Mitbestimmung im Handwerk	35
3.5 Gewerkschaften und Betriebsräte im Handwerk: DGB / IG Metall	38
3.6 Christliche Gewerkschaft Metall (CGM)	45
3.7 Tarifpolitik und Handwerk	47
3.8 Kleine Betriebe in Industrie und Handwerk	54
Fazit	67
Anhang	69
Literatur	69
Bibliographien / Statistische Ämter / Verbandsberichte / Institute	80



Einleitung

Das Metall- und Elektrohandwerk nimmt bereits in der westdeutschen Ökonomie eine bedeutende Stellung ein, als zentraler Wirtschaftsfaktor dominiert es die ostdeutsche Ökonomie. Wenn auch das Handwerk in der DDR nur eine marginale Rolle spielte, so sind im ostdeutschen Metall- und Elektrohandwerk inzwischen nahezu doppelt so viele Arbeitnehmer beschäftigt wie in der dortigen Metall- und Elektroindustrie.

So wichtig dessen Stellung als Wirtschaftsfaktor auch sein mag, das Modell Deutschland tut sich schwer mit dem Handwerk. Das Handwerk bleibt für die Gewerkschaften nahezu unsichtbar, betrachtet man die kaum wahrgenommenen tarifpolitischen Auseinandersetzungen, den niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad oder die verschwindende Anzahl an Betrieben, in denen ein Betriebsrat gewählt wurde. Im Handwerk herrscht - im Unterschied zur Industrie - ein völlig anderes Verständnis von Management, Betriebskultur und Arbeitsorganisation. Trotzdem gibt es auch im Handwerk Gewerkschaftsmitglieder, Betriebsräte und Tarifverträge.

Will man sich zum Handwerk mittels der dazu vorliegenden Forschungsergebnisse ein Bild verschaffen, so steht dafür die im Auftrag des Deutschen Handwerksinstituts seit 1945 geführte Bibliographie zur Verfügung. Ein Blick in die Schlagwortliste dieser einzigartigen und umfassenden Bibliographie zum Thema Handwerk läßt jedoch schnell erkennen, daß in dem hier interessierenden Zeitraum seit der deutschen Einheit mitbestimmungspolitische Themen unter dem Stichwort Gewerkschaft oder Betriebsrat eher selten, tarifpolitische Fragestellungen nur als Ausnahmen genannt sind. Zur ostdeutschen Tarifpolitik im Handwerk ist keine Untersuchung bekannt.

Um aber trotzdem Erkenntnisse zur Tarifpolitik im ostdeutschen Handwerk zu gewinnen, also auch darüber, wie die Löhne in Handwerksbetrieben ausgehandelt werden, welche Konflikte dort entstehen und wie sie ausgetragen werden, mußte ein Umweg eingeschlagen werden: Die bisher vorliegende Forschung hat eine starke Annäherung aller Handwerksstrukturen in Ost- und Westdeutschland festgestellt. In Ermangelung grundlegender Arbeiten zum ostdeutschen Handwerk kann deshalb - zumindest vorläufig und näherungsweise - auf die Ergebnisse der westdeutschen Handwerksforschung zurückgegriffen werden. Ausgehend von der Überlegung, daß sich bei Themen im näheren Umfeld der Fragestellung Anregungen und Hinweise finden lassen, wurde die Forschungsliteratur in angrenzenden Sachgebieten überprüft, und wo es

angemessen erschien, diese Forschungsergebnisse in die hier vorliegende Literaturstudie aufgenommen. Die Darstellung dieser Recherche zum Handwerk wurde in die drei Hauptabschnitte, Geschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften untergliedert:

1. Zur Geschichte des Handwerks werden einige exemplarische Arbeiten über die Sozialgeschichte der Mitbestimmung im Handwerk, der langsamen Differenzierung der Wirtschaft in Handwerk und Industrie sowie der Geschichte der Verbandsbildung angeführt.
2. Aus den Wirtschaftswissenschaften bekommen wir eine breite Palette an Literatur auf den Prüfstand. Ausgehend von den speziellen Gegebenheiten auf Grund der Vorgeschichte in der DDR werden die ökonomischen, sowie regional-, branchen- und betriebsspezifischen Besonderheiten des ostdeutschen Handwerks umfassend abgehandelt. Abschließend wird der Blick auf das Handwerk mittels Konjunkturanalysen und allgemeinen ökonomischen Darstellungen erweitert.
3. Über Arbeiten im Bereich der Sozialwissenschaften kann das Verhältnis der Akteure im sozialen Raum ausgelotet werden. Einer einleitenden Abgrenzung Handwerk/Industrie folgt die Darstellung der Handwerksverbände (Innungen / Kammern / Zentralverbände) und der Handwerkspresse. Untersuchungen zur Mitbestimmung und deren Vertreter, der Gewerkschaften (DGB / IG Metall, Christliche Gewerkschaft Metall) und Betriebsräte, sowie zur Tarifpolitik bilden dann den eigentlichen zentralen Teil dieser Literaturstudie. Abschließend wird der Blick auf die Binnenbedingungen des Kleinbetriebes gelenkt, um die betrieblichen Grundlagen für eine mögliche neue Tarifpolitik zu erkunden.

1. Geschichte des Handwerks

Die heutige Vorstellung und Praxis von Mitbestimmung und Tarifpolitik kann nur adäquat verstanden und eingeordnet werden, wenn man deren Wurzeln in der Geschichte des Handwerks aufspürt. Es ist in einem solch spezifisch angelegten Forschungsbericht jedoch nicht möglich, die zwischenzeitlich weit verzweigte Forschungslandschaft auch nur annähernd darzustellen. Einige zentrale Werke, die sich mit der Sozialgeschichte der Mitbestimmung im Handwerk (1.1), der Geschichte von Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel von Handwerk und Industrie (1.2) sowie der Geschichte der Verbandsbildung des Handwerks (1.3) befassen, seien hier zur Aufhellung des historischen Horizonts dennoch etwas eingehender vorgestellt.

1.1 Sozialgeschichte der Mitbestimmung im Handwerk

Blickt man zurück in die Geschichte des Handwerks, so könnte man zugespitzt die Frage stellen, warum gab es all die großen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts um betriebliche Beteiligung und Mitbestimmung? Hatte sich doch im Handwerk seit dem späten Mittelalter bereits ein soziales Sicherungssystem auf relativ hohem Beteiligungsniveau entwickelt. Bahnbrechende Arbeiten zu Handwerk und Kleingewerbe im ausgehenden 19. Jahrhundert wurden von Schmoller¹ (1890) Bücher² (1910/1898) und Wissel³ (1929) vorgelegt. Dies Studien fanden auch Eingang in die sozialhistorische Untersuchung zur Entstehung der deutschen Mitbestimmung von Teuteberg (1961), der sehr präzise Ursprung und Entwicklung der betrieblichen Zusammenarbeit des 19. Jahrhunderts nachzeichnet.⁴

¹ Vgl. Schmoller, Gustav 1890: Zur Sozial- und Gewerbepolitik - Reden und Aufsätze, Leipzig.

² Vgl. Bücher, K. 1910: Entstehung der Volkswirtschaft. Tübingen; und Bücher, K. 1898: Handwerk. In: Elster, L. (Hrsg.): Wörterbuch der Volkswirtschaft, 1. Band Jena 1898. S. 1042-1044.

³ Rudolf Wissel, in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts selbst noch wandemder Handwerks-geselle, trug über dreieinhalb Jahrzehnte die Bräuche des alten Handwerks zu einem handwerks- und kulturgeschichtlich umfassenden Werk zusammen. Eingeleitet wird diese Sammlung durch eine Übersicht über das alte Handwerk, dessen Entstehen und Wachsen, sowie der inneren Kämpfe, kurz dessen Geschichte (Band I). Die umfangreiche Darstellung von Handwerksbrauch und Gewohnheit für 44 verschiedene Handwerksberufe wurden in Band II versammelt. Vgl. Wissel, Rudolf 1929: Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit. Band I und Band II. Berlin.

⁴ Vgl. Teuteberg, Hans-Jürgen 1961: Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland. Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts. Tübingen. Diese Studie bildet den dritten Band der von Otto Neuloh 1953 begonnenen

Erste Formen betrieblicher Mitbestimmung entstanden mit den berufständigen Unterstützungskassen. Diese besaßen "als freiwillige Einrichtungen auf Gegenseitigkeit [...] eine zum Teil aus dem Spätmittelalter herrührende genossenschaftliche Selbstverwaltung mit gewissen gewohnheits- oder statutenmäßig fest umgrenzten Mitspracherechten für die Kassenmitglieder. Oft war bei ihnen schon das Paritätsprinzip verwirklicht, bei dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Ausschüssen bei sozialen Fragen gleichberechtigt im damaligen Sinne nebeneinander wirkten." (115 f)

Diese frei gewählten Ausschüsse hatten nicht nur weitgehende Befugnisse die Kasse zu verwalten, sie konnten auch innerbetrieblichen Streit moderieren: "In ihrer weiterentwickelten Form bildeten diese Kassenvorstände gleichzeitig die Interessenvertretung gegenüber den Handwerksmeistern und Gewerken im Bergbau, Hütten- und Hammerwesen, mit denen dann über Lohn- und Arbeitszeitfragen, Entlassungen, Arbeitsnachweis und Lehrlingsfragen verhandelt wurde." (116) Schon lange vor der Industrialisierung praktizierten also die Verwaltungsausschüsse der verschiedenen gewerblichen Unterstützungskassen sowohl im Handwerk als auch im Bergbau- und Hüttenwesen eine betriebliche Zusammenarbeit. Teuteberg bezeichnet deshalb "die genossenschaftliche Selbstverwaltung der gewerblichen Unterstützungskassen [...] als wichtigste Keimzelle der späteren Arbeiterselbstverwaltung." (118)

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzten staatliche Versuche ein, allgemeinverbindliche Arbeitervertretungen einzurichten. Die Sozialdemokratie, zumindest deren offiziell revolutionäre Richtung, lehnte Arbeiterausschüsse ab: Bebel bezeichnet sie noch 1889 als "konstitutionelles Feigenblatt des Kapitalismus". Die freien Gewerkschaften fanden dann Mitte der 90er Jahre mit ihrem Führer Carl Legien vor allem deshalb ein positives Verhältnis zu den Arbeiterausschüssen, da diese sich als Träger der sich ausbreitenden Tarifpolitik der Gewerkschaften bewährten.

Die historische Entstehung der Mitbestimmung im Handwerk wird von Teuteberg auch im Kontrast zum industriellen Großbetrieb verdeutlicht. Erst mit der Entstehung des Großbetriebes entwickelte sich die anonyme Differenz zwischen Leitendem und Ausführendem als Sozialproblem. Bekannt seien zwei entgegengesetzte Versuche der sozialen Schließung einer "Entfremdungslücke", die durch das Fabrikssystem zwischen

groß angelegten Studie über die deutsche Betriebsverfassung. Die beiden anderen Teile der großen Studie zur deutschen Betriebsverfassung sind: Neuloh, Otto 1956: Die Deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung. Tübingen; und Neuloh, Otto 1960: Der Neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung. Tübingen.

Fabrikherr und Fabrikarbeiter sich auftut: Der bekannte traditionelle Weg führt zur Verschärfung der Widersprüche bis hin zum Kampf, Grenzfall ist dann die Revolution. Der zweite und weniger bekannte Weg zeige von Anfang an Versuche der Aussöhnung des "Klassenkonfliktes". Dieser Aussöhnungsweg hat sich historisch vor allem in den kleinen Handwerksbetrieben im Zusammenhang der Entstehung der Sozialsysteme, später der Arbeiterausschüsse, entwickelt.

Die deutsche Mitbestimmung im 19. Jahrhundert wird auf drei Herkunftsfaktoren zurückgeführt: Die Angebote der Unternehmer, die Forderungen der Arbeiter und die Gesetzgebung des Staates. Es habe zwar nur einige wenige unternehmerische Initiativen zur Mitbestimmung gegeben, diese seien jedoch für deren Entwicklung um so entscheidender: "Der oft gehörten Meinung, daß es sich bei der Mitbestimmung nur um eine reine Gewerkschaftsangelegenheit handele, fehlt deshalb jede historische Grundlage" (526). Die bedeutendste staatliche Förderung betrieblicher Mitbestimmung kam 1916 im Rahmen des Ersten Weltkrieges mit dem Hilfsdienstgesetz, wodurch in der gesamten deutschen Industrie die Betriebsvertretung obligatorisch wurde. Der Krieg verhalf paradoxerweise zum entscheidenden Fortschritt der Sozialreform.

1.2 Geschichte von Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel in Handwerk und Industrie

Wird die Geschichte des Handwerks von den Wirtschaftswissenschaften ausgeleuchtet, so kann das Handwerk in Abgrenzung, Ergänzung und im Übergang zur Industrie besser eingeordnet werden.

Petzina hat in einer Einführung in die Moderne Wirtschaftsgeschichte das Handwerk als Vorstufe und Teil des industriellen Gewerbes dargestellt.⁵ Sein Überblick verläuft

⁵ Vgl. Petzina, Dietmar 1996: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel. Industrie und Handwerk. In: Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen. Hrsg. von Gerold Ambrosius, Dietmar Petzina, Werner Plumpe. München. Um Problemstellung und Forschungsinteresse zu verdeutlichen verweist Petzina auf die stark industrielastige Forschungslandschaft: "Das Forschungsinteresse der Wirtschaftswissenschaftler hat sich im 20. Jahrhundert [...] auf die Bewegungsgesetze industriell bestimmter Volkswirtschaften [...] konzentriert, wohingegen die Beschäftigung mit historisch älteren, vorindustriellen Sektoren (Landwirtschaft, Handwerk), aber auch mit jenen Bereichen, die der eigentlichen Industriewirtschaft vor- bzw. nachgelagert sind (Handel, Verkehr, Dienstleistungen etc.) lange Zeit ein Schattendasein führte." (217)

vom Mittelalter bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts: "Handwerk als die überwiegende Form gewerblicher Produktion existierte bereits in großer Vielfalt in der mittelalterlichen Stadt. Der einzelne Betrieb war eingebunden in die Organisation der Zünfte, in denen sich Handwerker ähnlichen Gewerbes zunächst auf Anordnung des Stadtherren zur Durchsetzung obrigkeitlicher Regulierungen, dann aber auch durch freiwillige Einigungen (Innungen) zusammengeschlossen hatten." (219) Die Zünfte dienten, bis zu ihrer Auflösung im 19. Jahrhundert, über Jahrhunderte vor allem der Sicherung der wirtschaftlichen Position ihrer Mitglieder. Seit etwa 1500 kam es zu einer kartellartigen Abschließung der Zünfte. Das führte zu Versuchen, "das Organisations- und Kontrollmonopol zu brechen", doch erst in Folge der französischen Revolution verschwanden die alten Organisationen.

Marx habe jedoch unrecht gehabt mit seiner polaren Gegenüberstellung von historisch veraltetem Handwerk und moderner industrieller Produktionsweise: "Der relative Niedergang verleitete Marx, aber auch viele zeitgenössische 'bürgerliche' Ökonomen zur Prognose vom bevorstehenden Ende handwerklicher Existenz und Produktionsform schlechthin. Tatsächlich erfolgte, vor allem dank neuer Techniken etwa für dezentrale Energiebereitstellung (Elektromotor anstelle der Dampfmaschine), eine Stabilisierung des Handwerks, freilich im 20. Jahrhundert einhergehend mit tiefgreifendem Strukturwandel zugunsten des Reparaturhandwerks und neuen Funktionen (Einzelhandel). Schließlich lösten sich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich die Grenzen zwischen Handwerk und Kleinindustrie auf, wobei herausragende Merkmale die Maschinisierung der handwerklichen Betriebe, eine Verdoppelung der Beschäftigtenzahl je Betrieb [...] und schließlich die Halbierung der Betriebszahl bei gleichzeitiger Stabilisierung der Gesamtbeschäftigtenzahl." (220)

Durch den Rückgang der Industriebeschäftigtenzahlen habe sich gegenüber dem Handwerk eine positive Beschäftigungsbilanz ergeben. Am Beispiel Nordrhein-Westfalen, das für die neueren Tendenzen im Handwerk repräsentativ sei, zeigt Petzina, daß zwischen 1962 und 1981 der Anteil der Handwerksbeschäftigten von 25% auf 33% gestiegen ist. Trotz relativer Beschäftigtenstabilität habe sich im Handwerk ein branchenspezifischer Strukturwandel - ähnlich zur Industrie - vollzogen. Wenn auch eine Verlagerung zum Dienstleistungshandwerk stattgefunden hätte, so wären 1980 immerhin noch 80% der Beschäftigten dem produzierenden Bereich zuzuordnen. Prägend jedoch wäre die Angleichung des produzierenden Handwerks an die industrielle Struktur: Rückgang der Konsumgüterhandwerke (z.B. Schneider, Bäcker,

Fleischer) bei gleichzeitigem Anstieg der Produktionsgüterhandwerke (z.B: Elektromechaniker, Metallwerke).

Das Handwerk habe sich somit im "20. Jahrhundert auf neuer Grundlage stabilisieren" können, und habe "sich nach 1945 insgesamt wirtschaftlich stabiler entwickelt als der industrielle, großbetriebliche Gewerbesektor. Die hohe Intensität des Strukturwandels verweist auf die große Anpassungsfähigkeit der für das Handwerk typischen kleineren und mittleren Betriebe, auf das überdurchschnittlich hohe Qualifikationsniveau sowie auf die Vielzahl neuer Funktionen. Über die Versorgung lokaler Märkte hinaus wurde das Handwerk somit wichtiger Teil einer auch auf überregionale Märkte orientierten Gewerbeproduktion mit hohem Maschinerungsgrad. Die Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie folgt damit keinen eindeutig fixierbaren ökonomischen Kriterien mehr, orientiert sich vielmehr pragmatisch am Gegensatzpaar Kleinbetrieb/Mittel- bzw. Großbetrieb, nicht zuletzt aber an der Selbsteinschätzung der jeweiligen gewerblichen Unternehmen." (220 f) Diese Schwierigkeiten der wachsend unschärferen Abgrenzung zwischen Handwerk und Nicht-Handwerk führten nach der jüngsten Handwerkszählung von 1995 dann auch zu statistischen Einordnungsproblemen.⁶

Die Entwicklung des industriellen Systems - als einer europäischen "Erfindung" - sei "erklärbar aus einer Reihe förderlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Faktoren, wie sie nur hier zu beobachten sind." (221) Eine zentrale Rolle habe dabei die Entwicklung der Eisenbahn gespielt, die zwischen 1850 und 1890 ca. 50% der Eisenproduktion erforderte. Der industrielle Strukturwandel bis zum Ersten Weltkrieg sei geprägt durch das steigende Gewicht der Produktions- gegenüber den Konsumgüterindustrien. Diese Entwicklung habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Anstieg der Konsumgüterindustrie auf der Grundlage von Massenverbrauch umgekehrt. Dabei hätten die europäischen Industrieländer das nachvollzogen, was sich in den Vereinigten Staaten bereits abgezeichnet hatte.

⁶ Vgl. Veldhues, Bernhard 1998: Die neue vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf Basis der Handwerkszählung 1995. In: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 1/1998, S, 11-21.

1.3 Geschichte der Verbandsbildung des Handwerks

Mehrere Analysen zur Selbstorganisation des Handwerks aus parteilicher Sicht der Arbeitnehmer legte John vor.⁷ In einer ersten großen Analyse schlug er einen Bogen über 700 Jahre Unternehmerinteressen des organisierten Handwerks.⁸ Beginnend mit Ursprung und Entwicklung der Deutschen Handwerksorganisation bis 1897, wird die Zunft als Organisation der Meister, die Gesellschaften als Zusammenschluß der Gesellen sowie das Ende der Zunftordnung mit der Entstehung der handwerklichen Selbstverwaltung dargestellt. Der Entwicklung der Handwerksorganisation in der Weimarer Republik als auch im Zeitraum von 1933 bis 1945 ist das zweite Kapitel gewidmet. Schließlich wird die politische Rolle der Handwerkskammern und ihrer Spitzenvertreter beim Neuaufbau der Handwerksorganisationen der Nachkriegszeit bis 1972 behandelt. John versucht hier "den Nachweis zu führen, wie es den Handwerksunternehmern gelingt, ihre berufständischen Interessen im Mantel zünftiger Idylle, unbeschadet der jeweils unterschiedlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen auszubauen und zur Geltung zu bringen." (17).

Die Handwerkskammern definiert John folgendermaßen: "Ähnlich wie die Zünfte des Mittelalters bilden heute die Handwerkskammern das Kernstück der Selbstverwaltung des Handwerks. Sie sind öffentlich-rechtliche Körperschaften, denen die Handwerksunternehmer sowie die Handwerksgesellen und Lehrlinge zwangsweise angehören. Finanziert werden sie über Pflichtbeiträge, die die einzelnen Unternehmen im Handwerk zu entrichten haben und darüber hinaus über zweckgebundene Zuschüsse aus den Haushalten des Bundes und der Länder." (16)

John legte 1987 eine noch eingehendere Analyse zur Entwicklung der Selbstverwaltungsorganisationen des Handwerks vor.⁹ Er verweist hier nochmals auf sein

⁷ John leitete von 1977 bis 1997 die Abteilung Handwerkspolitik im Bundesvorstand des DGB.

⁸ Vgl. John, Peter 1983 (erste Auflage 1979): Handwerkskammern um Zwielficht. 700 Jahre Unternehmerinteressen im Gewande der Zunftidylle. Köln. Vgl. auch John, Peter 1997: Die Kammern - ein traditionsreiches Gebäude. In: Mitbestimmung 6/97, Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, S. 18-21.

⁹ Vgl. John, Peter 1987: Handwerk im Spannungsfeld zwischen Zunftordnung und Gewerbefreiheit. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 62. Köln. Das Ende des Untersuchungszeitraumes wurde in dieser Analyse jedoch auf das Jahr 1933 begrenzt, vor allem weil der Zeitraum seit 1933 durch Arbeiten aus jüngerer Zeit abgedeckt sei. Genannt werden hier die Studien von Valentin Chesi, Adelheit v. Saldern, Bernhard Keller, Detlef Perner, Wolfgang Hoffmann-Riem und Werner Herhaus. Eine umfassende Literaturliste zu den angegebenen Autoren hat John (1987, S. 19 f) angefügt. Hier sei nur auf eine Studie von Perner verwiesen; vgl. Perner, Detlef 1983: Mitbestimmung im Handwerk? Die politische und soziale Funktion der Handwerkskammern im Geflecht der Unternehmerorganisationen. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 53. Köln.

Anliegen, das sich wie ein roter Faden quer durch seine Analysen zieht: "Abschließend ist festzustellen, daß sich die Position der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zur Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen des Handwerks dadurch auszeichnete und auszeichnet, daß sie eine solche Mitarbeit grundsätzlich bejahen. Sie verbinden damit aber auch die Forderung nach einer gleichberechtigten Beteiligung, d.h. nach Mitbestimmung bei der Ausgestaltung der diesen Selbstverwaltungskörperschaften übertragenen Hoheitsaufgaben und fordern gleichzeitig eine klare inhaltliche und organisatorische Trennung von Arbeitgeberverbandfunktionen und öffentlich-rechtlicher Aufgabenstellung der handwerklichen Selbstverwaltung." (488)

Auch Georges hat eine Geschichte zur Verbandsbildung des Handwerks vorgelegt, in der er den Zeitraum von 1810/11 bis 1993 behandelt.¹⁰ Da hier der Zeitraum vor der Weimarer Republik schon behandelt wurde, soll nur in Kürze die Zeit der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit bis heute in Stichpunkten nachgezeichnet werden:

Handwerk in der Weimarer Republik: Der erste Weltkrieg (1914-1918) hatte die selbständigen Handwerker um mehr als die Hälfte verringert. Im Oktober 1919 wirkte die Gründung des "Reichsverbandes" als Straffung der Organisation des Handwerks. In einem gemeinsamen Vertretungsorgan werden der fachliche und überfachliche Strang zusammengeführt. 1921 wird der Handwerkerbeirat als Institution des Reichswirtschaftsministeriums, der von Meistern und Gesellen paritätisch besetzt ist, gegründet. Der "Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag" wird 1922 in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt. Ein Reichskommissar für das Handwerk und Kleingewerbe, mit siebenköpfigem Ausschuss, vor allem Mitglieder des Reichsverbandes, wird berufen. Der Handwerkerbeirat bildet sich zum reinen Arbeitgebergremium um. Die "Handwerksrolle" wird 1929 durch eine Handwerksnovelle eingeführt, es besteht Eintragungspflicht bei Gewerbeanmeldung. Nun existiert eine klare Trennung zwischen Industrie und Handwerk: Zum Handwerk gehört nur, wer in die Handwerksrolle eingetragen ist (295 ff). Nach 1929 gingen die Interessenorganisationen des Handwerks auf Distanz zur Republik. Die Suche nach einer politischen Partei die dem Handwerk entgegenkommen und Einfluß für das Handwerk verspricht findet dann in der NSDAP ihr Ziel.

¹⁰ Vgl. Georges, D. 1993: 1810/11 - 1993: Handwerk und Interessenpolitik: Von der Zunft zur modernen Verbandsorganisation. Diss. Bielefeld.

Handwerk im Nationalsozialismus: Im Mai 1933 fand die "Gleichschaltung" mit der Einrichtung des "Reichsstandes des Deutschen Handwerks" statt; dies war ein massiver Angriff auf die Selbstverwaltungsinstitutionen des Handwerks. Der "Reichsverband des deutschen Handwerks" wurde im Herbst 1933 aufgelöst. Die "NS-Kampfbünde" (Gründung Ende der 20er Jahre) werden 1932/33 zum "NS-Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" zusammengefaßt und in die neu geschaffene "NS-HAGO", als Teil der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) aufgelöst. Damit war ein Dualismus von Partei und Staat gegeben (NS-HAGO und Reichsverband). Mit Beginn der Zwangsinnung (15.6.1934) wurde Kontrolle und Nazifizierung möglich. Anfang 1935 wurde der große Befähigungsnachweis als Loyalitäts-Angebot an das Handwerk eingeführt. Der Reichsarbeitsführer Ley gründet 1940 eine "Arbeitsgemeinschaft" zwischen der Führung des "Reichsstandes des deutschen Handwerks" und des Fachamtes "Deutsches Handwerk" in der DAF. Die Nazifizierung des Handwerks wurde weiter verstärkt durch die Einrichtung eines "Berufserziehungswerkes des deutschen Handwerks" (Aug. 1941), die Auflösung der Handwerkskammern und Überführung in "Gauwirtschaftskammern" (Dez. 1942) und die Auflösung des "Deutschen Handwerks- und Gewerbe-kammertages" (März 1943). Damit waren alle Vertretungsorgane, die sich seit der Gewerbenovelle von 1897 gebildet hatten, beseitigt. "Am Ende des 'Dritten Reiches' blieb von der langgewachsenen Interessenorganisation des Handwerks so gut wie nichts mehr übrig." (309 f)

Von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart: "Schon bald nach Kriegsende zeigte sich, daß der Auflösungsversuch, der die traditionellen Handwerksorganisationen in "Gauwirtschaftskammern" überführt hatte, nur formal geglückt war." (311) Unterschiedlich schnell gelang es in der verschiedenen Besatzungszonen wieder an die Vorkriegstradition anzuknüpfen: 1949 wird der "Zentralverband des deutschen Handwerks" (ZDH) gegründet. Die Bundesregierung setzt 1953 den allgemeinen Befähigungsnachweis mit dem Handwerker-gesetz durch. Die Rechtmäßigkeit der Handwerksordnung wird 1963 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt: "Mit dem Handwerker-gesetz erfüllt die Bundesregierung siebzig Jahre nach der Gründung des ADHB dessen Hauptforderung und sicherte dem Handwerk damit die langersehnte Sonderstellung. Die Meister waren in Form der Handwerksrolle gleichsam zwangskorporiert, und der Aufstieg in den selbständigen Handwerkerstand konnte nur nach der bestanden Meisterprüfung erfolgen. Nachdem diese Hürde genommen war, standen ihnen alle Wege offen, sich ohne die lästige Konkurrenz der ungeprüften 'Pfuscher' zur exklusiven Oberschicht des Handwerks zu entwickeln. Weitreichende Selbstverwaltungs- und Prüfungsrechte untermauerten diesen Status." (315 f) Der

Präsident des ZDH übernimmt 1966 die Leitung der beiden großen Spitzenverbände:
1. Fachverbände: Innungen, Landes- und Bundesinnungsverbände bis zur "Bundesvereinigung der Zentralfachverbände des deutschen Handwerks"; 2. Interessenorganisationen: Kreishandwerkerschaften, Handwerkskammern, bis zum "Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertag". Mit der Entstehung des Europäischen Binnenmarktes setzt 1992 eine Diskussion über dessen Gefahren für das Handwerk ein. Der ZDH fordert die Aufrechterhaltung des großen Befähigungsnachweises.

Faßt man die hier vorgestellten ausgewählten Arbeiten zur Geschichte des Handwerks zusammen, so ergibt sich aus dem Mosaik der ausgebreiteten Abhandlungen folgendes:

1. Das Handwerk verfügt über eine jahrhundertelange Tradition von Mitbestimmung und betrieblicher Beteiligung. Es hatte schon sehr früh auch 'tarifpolitische' Regularien zu Lohnfindung, Regelung um Krankheitsfall, Arbeitszeiten usw. ausgebildet.
2. Um die Wende zum 20'ten Jahrhundert setzten sich verstärkt staatlich anerkannte Formen 'tarifpolitischer' Lohnfindung im Handwerk durch. Dies war bedingt zum einen durch die schnell anwachsenden Gewerkschaften, zum anderen durch die beschleunigende Organisation des Handwerks in den Innungen. Die staatlich anerkannte Herausbildung der tarifpolitischen Verhandlungspartner, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, führte zu einem schnellen Anstieg tarifpolitischer Regularien.
3. Die schnelle Industrialisierung verlief nicht - wie Marx noch annahm - zu Ungunsten des Handwerks. Dieses behielt - unter ständiger Umstrukturierung weiterhin eine starke Stellung im Wirtschaftsprozeß.
4. Die Abgrenzung von Handwerk und Industrie wurde zunehmend schwieriger.
5. Die Verbandsbildung des Handwerks, und damit die Formulierung der berufständischen Interessen der Handwerksunternehmen, ist trotz der Übergänge zu unterschiedlichen Staats- Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen durch eine starke Kontinuität gekennzeichnet.
6. Die Gewerkschaften bejahen grundsätzlich die Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen des Handwerks.
7. Das Spannungsfeld zwischen Arbeitgeberverbandsfunktion und öffentlich rechtlicher Stellung der handwerklichen Selbstverwaltung ist eine ständige Herausforderung für die Gewerkschaften, aber auch der Eigentümlichkeit des Handwerks geschuldet.

2. Wirtschaftswissenschaften und Handwerk

Das bundesrepublikanische Zentrum wirtschaftswissenschaftlicher Forschung zum Handwerk ist das Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen. Als Forschungsinstitut ist es im Deutschen Handwerksinstitut angesiedelt. Dort wurden die meisten der hier besprochenen Studien erarbeitet. Zunächst werden die Untersuchungen vorgestellt, die die Ausgangssituation, also das Handwerk in der DDR behandeln (2.1). Neben den Analysen zur ökonomischen Entwicklung des ostdeutschen Handwerks (2.2) wurden auch die ostdeutschen Regionalstudien (2.3) sowie die Branchenstudien des ostdeutschen Metall- und Elektrohandwerkes (2.4) herangezogen, um noch etwas differenzierter die ökonomische Situation ausleuchten zu können. Ein Überblick zu Konjunkturanalysen (2.5) sowie einführende allgemeine ökonomische Darstellungen (2.6) bieten eine über die ostdeutsche Spezifik hinausgehende Analyse des Handwerks.

2.1 Das Handwerk in der DDR

Die Forschung zum Handwerk in der DDR beschränkt sich auf einige wenige Untersuchungen. Die bisher umfassendste Untersuchung zum Handwerk in der DDR wurde von Clemens Büter mit seiner 1994 vorgelegten Dissertation geleistet.¹¹ Büter gibt neben einführenden Anmerkungen zum Handwerk in der zentralen Planwirtschaft einen in drei Phasen gegliederten chronologischen Überblick zur Entwicklung des Handwerks in der DDR. Beginnend mit der "Sowjetisierung und Einbeziehung des Handwerks in die zentrale Planwirtschaft bis 1963" wird anschließend die Reformphase (1963 - 1970) und die Nachreformphase (1971 - 1989) verhandelt. Auch die Entwicklung des Handwerks "in der Phase der marktwirtschaftlichen Transformation" wird nachgezeichnet. Dabei geht es vor allem um Privatisierung, Reprivatisierung, die Umwandlung von Produktionsgenossenschaften sowie das Gründungsgeschehen im Handwerk. Die Untersuchung endet 1992. Sowohl zu Fragen der Tarifpolitik im engeren Sinne, als auch zum Metall- und Elektrohandwerk allgemein gibt es keine Hinweise.

Gegenüber der Studie von Büter kann die von Kuzaj vorgelegte Untersuchung zum

¹¹ Vgl. Büter, Clemens 1997: Das Handwerk in der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemaligen DDR und im Übergang zur sozialen Marktwirtschaft. Frankfurt.

Handwerk in der DDR weniger überzeugen.¹² Hier werden zwar auch die inneren Widersprüche der DDR-Handwerksökonomie sowie der Übergang zur positiv beschriebenen Marktwirtschaft in den Blick genommen, jedoch ist der Autor stark in der begrifflichen Welt der DDR-Politik/Ökonomie gefangen.

Zu nennen sind noch die Untersuchungen zum Handwerk in der DDR von Schilling, sowie von Talheim/Händcke-Hoppe.¹³

Bereits 1990 legten Wolfgang König und Klaus Müller vom Seminar für Handwerkswesen der Universität Göttingen eine detaillierte Kurzuntersuchung über die Struktur des Handwerks in der DDR vor.¹⁴ Beschrieben wird die gesamtwirtschaftliche Rolle des Handwerks bei der Ablösung der Planwirtschaft, organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen, Charakteristika des Handwerks in der DDR, Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und Bereiche der Handwerkskooperation. In dieser Untersuchung wird deutlich, daß das stark politisch regulierte Handwerk der DDR nur einige äußerliche Gemeinsamkeiten mit dem Handwerk in der früheren Bundesrepublik hatte. Wie der Industrie waren auch dem Handwerk umfassende Aufgabenstellungen wie Feriendienst und Alltagsversorgung zugewiesen worden. Im DDR-Handwerk waren nur 4,9 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt, das ist etwa ein Drittel der 14,7 Prozent Westdeutschlands. In der Struktur der Handwerksbetriebe zeigte sich ebenfalls ein gravierendes Gefälle gegenüber dem Westen: 42,8% der West- aber 70,2% der Ostbetriebe waren im produzierenden Handwerk. Dafür sah es im Bauhandwerk (31,8%/17,8%) und im Dienstleistungshandwerk (25,4%/12,0) der DDR entsprechend mager aus.

¹² Vgl. Kuzaj, K. 1992: Das Handwerk in der ehemaligen "DDR" und die Probleme des Übergangs in die Marktwirtschaft. Diss. Osnabrück.

¹³ Vgl. Schilling, G. (Bearb.) 1990: Konzept zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks in der DDR. Veröffentlichung des Heinz-Piast-Instituts für Handwerkstechnik an der Universität Hannover, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Hannover; sowie Talheim, K. C. / Händcke-Hoppe, M. 1991: Das Handwerk in der ehemaligen DDR und in Berlin(Ost). In: Deutschland-Archiv, Nr. 11, 1991, S. 1186-1192.

¹⁴ Vgl. König, Wolfgang / Müller, Klaus 1990: Struktur des Handwerks in der DDR. Göttinger Handwerkliche Arbeitsheft Nr. 21. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

2.2 Die ökonomische Entwicklung des ostdeutschen Handwerks

Seit der deutschen Einheit hat sich vor allem das Göttinger Seminar für Handwerkswesen mit vielen fundierten Beiträgen zur ökonomischen Entwicklung des ostdeutschen Handwerks hervorgetan. Neben der oben bereits erwähnten Bestandsaufnahme zum DDR-Handwerk von König/Müller (1990) legten Kornhardt/Müller die Ergebnisse einer bereits 1990 durchgeführten Befragung zu Problemen und Erwartungen im DDR-Handwerk vor.¹⁵

Mit einer Aufsatzsammlung, hervorgegangen aus zwei Seminaren und herausgegeben von König/Kucera,¹⁶ wurden erstmals verschiedene Aspekte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklungsperspektiven des ostdeutschen Handwerks beleuchtet. Drei Beiträge befassen sich mit der gesamtwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung (Eickelpasch), der volkswirtschaftlichen Funktion des Handwerks im Umstrukturierungsprozeß (Kucera) sowie der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des ostdeutschen Handwerks (Kornhardt). Zu drei Branchen werden erste Einschätzungen geliefert: Bau- (Uecker), Kfz- (Badhauser) und Elektrohandwerk (Müller). Die Bedeutung von Förderkrediten für den Aufbau des Handwerks (Dahremöller) sowie die Überlebenschancen der ehemaligen Produktionsgenossenschaften (Sander) wurden ebenfalls beleuchtet.

Ausgangslage, Transformationsprozeß und Entwicklungsrichtung der ehemaligen Produktionsgenossenschaften (PGH) wurden umfassender in zwei weiteren Göttinger Studien von Sander und Müller/Sander untersucht.¹⁷ Mit den PGH sollte der "Übergang

¹⁵ Befragt wurde zu Problembereichen und Perspektiven, zu Kontakt- und Kooperationswünschen sowie zur gewünschten öffentlichen Unterstützung des DDR-Handwerks. Vgl. Kornhardt, Ulrich / Müller, Klaus 1990: Probleme und Erwartungen im DDR-Handwerk. Ergebnisbericht einer Befragung auf der Hannover-Messe Industrie '90. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 22. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

¹⁶ Vgl. König, Wolfgang / Kucera Gustav (Hrsg.) 1993: Wirtschaftliche Lage und Entwicklungsperspektiven des Handwerks in den neuen Bundesländern. Bearbeitung: Ullrich Kornhardt. Kontaktstudium Wirtschaftswissenschaften 1992. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut, Göttingen.

¹⁷ Vgl. Sander, Hildegard 1994: Handwerksgenossenschaften im Systemwandel - zur Transformation der Produktionsgenossenschaften des Handwerks in den neuen Bundesländern. Göttinger Handwerkschaftliche Studien, Band 46. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen; sowie Müller, Klaus / Sander, Hildegard 1994: Handwerksgenossenschaften im Übergang zur Marktwirtschaft.

zum Sozialismus“ im Handwerk eingeleitet werden. Wenn auch der Anteil der PGH an den DDR-Handwerksbetrieben bei nur 3,8 Prozent lag, so arbeiteten hier doch durchschnittlich 38,4 Prozent der Beschäftigten des Handwerks. Lag der Handwerksbereich Maschinen- und Fahrzeugbau dabei mit 30,1 Prozent etwas unter dem Beschäftigten-Durchschnitt, so lag der Bereich Elektrotechnik/Elektronik mit 48,9 Prozent etwa 10 Punkte darüber. Bis Ende 1992 war die rechtlich verordnete Umwandlung ehemaliger Produktionsgenossenschaften in andere Rechtsformen weitgehend abgeschlossen. Dabei haben sich ca. 80% der 2.718 ehemaligen PGH für die Umwandlung und gegen die Liquidation ihres Betriebes entschieden. Den meisten der ehemaligen PGH sei der Umstrukturierungsprozeß zu normalen Handwerksbetrieben gelungen. Es sei jedoch sehr fraglich, ob die ca. 20% der PGH, die sich für eine genossenschaftliche Rechtsform entschieden haben, dies auch in der Unternehmenspraxis mit Inhalt füllen können.

Der Unternehmer steht im Mittelpunkt einer Untersuchung, die Welter zu Gründungsprofilen im ost- und westdeutschen Handwerk vorlegte.¹⁸ Erstaunlich scheint das Resümee aus dem Vorwort: „Dabei weisen die Gründungsprofile der Handwerker aus Ost- und Westdeutschland mehr Gemeinsamkeiten auf, als nach vierzig Jahren getrennter Entwicklung vermutet werden könnte: Sie blicken in der Regel auf einen handwerklich geprägten beruflichen Weg zurück und stammen häufig aus Familien mit handwerklicher Unternehmer- oder Berufstradition. Eine Existenzgründung im Handwerk motiviert sich in erster Linie aus dem Streben nach Selbständigkeit und dem Wunsch nach beruflicher Unabhängigkeit.“ Der Unterschied zum westdeutschen Handwerk zeige sich vor allem im Quereinstieg höher qualifizierter Personen sowie in deren weniger an Selbstverwirklichung dafür eher an Existenzsicherung ausgerichteten Motivation.

Eine in Betriebstypen unterscheidende Untersuchung zu Bestandsbedingungen und Entwicklungspotentialen ostdeutscher Kleinbetriebe (Teil A), legten Brüssig u.a. vor.¹⁹

Ergebnisse der PGH-Umstrukturierung in den neuen Bundesländern. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 29. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

¹⁸ Vgl. Welter, Friederike 1996: Gründungsprofile im ost- und westdeutschen Handwerk. Eine vergleichende Untersuchung in den Kammerbezirken Düsseldorf und Leipzig. Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik e. V. (RUFIS), Nr.1/1996. Bochum.

¹⁹ Vgl. Brüssig, Martin u.a. (Hrsg.) 1997: Kleinbetriebe in den neuen Bundesländern. Opladen.

Die der Untersuchung zu Grunde liegende Umfrage in 124 ostdeutschen Kleinbetrieben war zwar nicht auf das Handwerk eingegrenzt, könnte jedoch interessante Instrumente zu dessen Analyse bereitstellen. So werden bei der Untersuchung der ökonomischen Probleme und Entwicklungspotentiale ostdeutscher Kleinbetriebe drei Betriebstypen diagnostiziert: offene, determinierte und prägende Betriebe. Für das verarbeitende Gewerbe werden drei Produktionsstrukturen unterschieden: industrielle, manufakturartige und innovative. Auch hier der abschließende Befund, daß vor dem Hintergrund der gravierenden Transformation nur relativ geringe Abweichungen zum westdeutschen Modell feststellbar seien. In fünf weiteren Beiträgen dieser Studie (Teil B) werden die Entstehungshintergründe von Kleinbetrieben beleuchtet.

Eine weitere Analyse von Nicolai, ebenfalls nicht auf das Handwerk eingegrenzt, bezieht sich auf die kleinen und mittleren Unternehmen des ostdeutschen Mittelstandes.²⁰ Das Handwerk hatte daran Mitte 1994 immerhin einen Unternehmensanteil von 30% und einen Beschäftigtenanteil von 39%. Ebenfalls den ostdeutschen Mittelstand hatte Gruhler in Bezug auf die Beschäftigung im Blick.²¹ Die stärker mittelständisch geprägten neuen Bundesländer zeigten im Verlauf 1994/96 ein sehr differenziertes Bild. Vor allem das verarbeitende Gewerbe steche im Osten positiv gegenüber dem negativen Westtrend hervor; Dienstleistungen verzeichnen in Ost und West ein positives Beschäftigungswachstum. Die Zukunft der Beschäftigung, unter anderem im Handwerk, war auch das zentrale Anliegen einer wirtschafts- und industriepolitischen Tagung der Otto-Brenner-Stiftung.²²

Von den bisher vorliegenden Untersuchungen zur ökonomischen Entwicklung des ostdeutschen Handwerks, ist die am Institut für Wirtschaftsforschung Halle von Beer und anderen 1997 durchgeführte Studie²³ von besonderer Bedeutung, da hier bereits

²⁰ Vgl. Nicolai, Wolfgang 1996: Die neue Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen des Mittelstandes in den neuen Bundesländern - Gedanken und Anmerkungen. In: Mitteilungen 12/1996, Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Berlin.

²¹ Vgl. Gruhler, Wolfram 1997: Beschäftigung in mittelständischen Betrieben Ost- und Westdeutschlands. Dokumentation. In: iw-trends, 24 (1997), Heft 2, S. 55-66.

²² Vgl. Otto-Brenner-Stiftung (Hrsg.) 1997: Neue Arbeitsplätze für die neuen Bundesländer. Wirtschafts- und industriepolitische Tagung der Otto-Brenner-Stiftung am 24./25. April in Magdeburg. Dokumentation. Berlin.

²³ Vgl. Beer, Siegfried 1997: Ostdeutsches Handwerk: Hohe Baunachfrage prägte Entwicklung. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Halle.

die Ergebnisse der Handwerkszählung von 1995 eingegangen sind. Diese für Ostdeutschland erstmals umfassend erhobenen Daten zum Handwerk führten zu einem differenzierten Bild und der Diagnose einer in vielen Bereichen weitgehenden Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse. Die Baunachfrage, vor allem aus dem öffentlichen Bereich, habe die Gesamtentwicklung des Handwerks stark geprägt. Mit nachlassenden Aufträgen aus dem öffentlichen Bereich gebe es jedoch nun auch entsprechende Probleme in den davon abhängigen Sektoren. Trotz der bereits starken Angleichung an westdeutsche Verhältnisse, sei sowohl die Produktivität als auch die Personalkosten-Umsatz-Relation (1994) niedriger als im westdeutschen Handwerk.

2.3 Ostdeutsche Regionalstudien zum Handwerk

Die überwiegende Mehrheit bisher vorliegender Regionalstudien konzentriert sich auf Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Zu Brandenburg liegt eine Studie vor. Die beiden Bundesländer mit der für Ostdeutschland höchsten regionalen Handwerksdichte, Thüringen und Sachsen, sind nicht vertreten. Die Untersuchungen wurden auch hier wieder vor allem durch das Göttinger Seminar für Handwerkswesen vorgelegt.

Das Handwerk Sachsen-Anhalts wurde eingehend durch Müller/Mecke von Mai 1996 bis Februar 1997 untersucht.²⁴ Die umfassende und differenzierte Studie verortet zunächst das Handwerk im Rahmen der Wirtschaft Sachsen-Anhalts und bilanziert es anschließend im Spiegel der Handwerkszählung. Für ausgewählte Handwerksgruppen - unter anderem das Kfz-Handwerk - werden regionale Strukturen in den Blick genommen und Entwicklungsprognosen abgegeben. Der Nachwuchssituation, dem Generationenwechsel sowie den Produktionsgenossenschaften des Handwerks ist je ein Kapitel gewidmet. Zu den Gewerkschaften, bzw. zur Tarifpolitik findet sich kein Hinweis, außer einem kleinen Kapitel zu den Arbeitskosten. Die Bruttowochenverdienste im Handwerk werden mit ca. 70% des Westniveaus angegeben. Zu Sachsen-Anhalts

²⁴ Vgl. Mecke, Ingo / Müller, Klaus 1997: Handwerk in Sachsen-Anhalt. Göttinger Handwerkschaftliche Studien, Band 52. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Duderstadt. Vgl. auch Mecke, Ingo / Müller, Klaus 1997: Handwerk in Sachsen-Anhalt (Kurzfassung). Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 35. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

Handwerk liegt darüber hinaus noch die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion vom Oktober 1996 vor.²⁵ Zu folgenden Fragekontexten werden hier Antworten gegeben: Handwerksdaten, Aus-, Fort-, Weiterbildung und Qualifizierung, Handwerksförderung, Europa und ordnungspolitischen Aspekten. Am umfassendsten wurde jedoch die wirtschaftliche Situation der sieben Gewerbegruppen, unter anderem auch des Elektro- und Metallgewerbes, beleuchtet. Das handwerksähnliche Gewerbe in Sachsen-Anhalt wurde von Rudolph/Müller untersucht.²⁶

Zum Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern wurden von Kornhardt/Rudolph zwei Studien veröffentlicht. Prüft die eine Studie die dortigen Entwicklungen und Perspektiven des Handwerks, so widmet sich die andere dessen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher, ländlich geprägter Räume.²⁷ Die zuletzt genannte Arbeit weist am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns die regionalökonomische Bedeutung des Handwerks in fünf Feldern nach: Arbeitsmarktpolitik, Humankapitalbildung, technischer Fortschritt, Lebensqualität und dem endogenen Potential für eine eigenständige Regionalentwicklung.

Brandenburgs Handwerk wurde von Beyer bezüglich der Mittelstandsförderung in den Blick genommen.²⁸ Mit einer schriftlichen Befragung in 1266 Handwerksbetrieben des Kammerbezirks Potsdam (Rücklaufquote 43 Prozent) wurden Daten und Meinungen zu: Konjunkturaussichten und Geschäftslage, öffentlichem Auftragswesen, Wettbewerbsfähigkeit, arbeitsmarktpolitischen Ansprüchen, Fördermitteln und Innovationsfähigkeit sowie zu Investitionshemmnissen und Deregulierung zusammengetragen und ausgewertet.

²⁵ Vgl. Große Anfrage der Fraktion der CDU LT-Drucksache 2/2757 vom 16.10.1996 "Situation des sachsen-anhaltischen Handwerks". Antwort der Landesregierung.

²⁶ Vgl. Rudolph, Annette / Müller, Klaus 1998: Entwicklungspotentiale des handwerksähnlichen Gewerbes in Sachsen-Anhalt. Göttinger Handwerkschaftliche Studien, Band 58. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Duderstadt.

²⁷ Vgl. Kornhardt, Ullrich / Rudolph Annette 1994: Entwicklungen und Perspektiven des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen; und Kornhardt, Ullrich / Rudolph Annette 1994: Handwerk und Regionalentwicklung im Transformationsprozeß. Die Bedeutung des Handwerks für die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher, ländlich geprägter Räume am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

²⁸ Vgl. Beyer, Hans-Joachim 1994: Mittelstandsförderung in den neuen Bundesländern am Beispiel des Handwerks im Land Brandenburg. Köln.

2.4 Ostdeutsche Branchenstudien zum Metall- und Elektrohandwerk

Folgende ostdeutsche Handwerksbranchen des Metall- und Elektrohandwerks wurden bisher untersucht: Elektrohandwerk, dabei besonders der Gewerbezug der Elektroinstallateure, Kfz-Handwerk, Werkzeugbauer sowie Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik.

Zu Strukturmerkmalen und wirtschaftlicher Lage der Branchengruppe ostdeutscher Elektrohandwerke wurde 1992 von Müller eine Studie vorgelegt.²⁹ Hier findet jedoch neben der ökonomischen Beurteilung der Situation des ostdeutschen Elektrohandwerkes keine Auseinandersetzung mit den Fragen industrieller Beziehungen im allgemeinen, und der Tarifpolitik im Besonderen statt. Dies gilt auch für die im weiteren hier angeführten Branchenstudien.

Der Gewerbezug Elektroinstallateurhandwerk wurde in einer eigenen Studie beleuchtet. Nicht zuletzt sind hier 80 Prozent aller Arbeitnehmer des ost- und 75 Prozent des westdeutschen Elektrohandwerkes beschäftigt. Das Münchner Institut für Handwerkswirtschaft führte auf Anregung des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Elektroinstallateur-Handwerks eine der ersten Ost- und Westdeutschland übergreifende Branchenuntersuchungen durch. Mit dieser detaillierten Studie zum Elektroinstallateur-Handwerk wurde in Band 1 ein umfassender Strukturvergleich der Kostenstruktur sowie verschiedener Leistungs-, Erfolgs- und Finanzierungskennzahlen vorgelegt; in Band 2 wurde der Blick auf die Zusammenhänge in der Personal- und Absatzwirtschaft gerichtet.³⁰ Bertram-Pfister/Landecki legten als Nebenergebnis der oben genannten und auch von ihnen durchgeführten Untersuchung zum Elektroinstallateur-Handwerk, Material zum betriebswirtschaftlichen Verhalten ostdeut-

²⁹ Vgl. Müller, Klaus 1992: Die Elektrohandwerke in den neuen Bundesländern - Strukturmerkmale und wirtschaftliche Lage. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 26. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

³⁰ In Westdeutschland wurden 35 Betriebe, in Ostdeutschland 20 Betriebe durch Betriebsbegehung erfaßt. Vgl. Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke (Hrsg.) 1994: Branchenstudie Elektroinstallateur-Handwerk. Band 1: Strukturvergleich und Entwicklung; sowie Band 2: Personal- und absatzwirtschaftliche Analyse. Handwerkswirtschaftliche Reihe, Nr. 107 und Nr. 108. Veröffentlichung des Instituts für Handwerkswirtschaft München, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. München.

scher Handwerksunternehmer vor.³¹

Das Kfz-Handwerk von Sachsen-Anhalt wird in der Regionalstudie von Müller/Mecke behandelt.³² Die Anzeichen einer erster Marktsättigung werden hier auf die angespannte Einkommenssituation vieler ostdeutscher Bürger zurückgeführt. Da zwischenzeitlich (1995) im Osten mit 444 PKW je 1.000 Einwohner nahezu eine ähnliche PKW-Dichte wie in Westdeutschland mit 505 PKW je 1.000 Einwohner erreicht wurde, wird die zunächst in Sachsen-Anhalt höhere Betriebs- und Beschäftigtendichte den niedrigeren westdeutschen Werten angeglichen werden.

Ein Ost- und Westdeutschland umfassendes Projekt der Europäischen Union zur Berufsgruppe der Werkzeugbauer, durchgeführt von Hantsch/Schneider, sollte in drei europäischen Ländern eine Methodik entwickeln, strukturelle Veränderungen dieses Handwerkes zu erfassen, um die berufliche Ausbildung entsprechend regulieren zu können.³³ Ausgehend von der strukturellen Situation und den Strukturdaten wurden Tätigkeitsfelder und Umsatzentwicklung, die Betriebsführung und das Personalwesen beleuchtet.

Ein Branchenbericht zur Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (SHK) in Berlin von Scheuplein dokumentiert zunächst die überregionalen Rahmenbedingungen der Bauwirtschaft und SHK-Branche um dann die Struktur der Berliner SHK-Branche vorzustellen.³⁴ Im Anschluß werden die beiden Tarifvertragsparteien sowie die Tarifsituation in Berlin-Brandenburg vorgestellt, um anschließend aktuelle Probleme und politische Reaktionen, bspw. betriebliche Probleme aus Sicht der Betriebsräte, Entsendegesetz, Tariftreuerklärung und die Ausschreibungspflicht zu beschreiben.

Da die SHK-Branche im baunahen Bereich operiert, ist hier noch die Studie von Müller

³¹ Vgl. Bertram-Pfister, B. / Landeck, H. 1992: Situationsbeurteilungen und betriebswirtschaftliches Verhalten ostdeutscher Handwerksunternehmer - Interner Kurzbericht über Nebenergebnisse einer betriebswirtschaftlichen Untersuchung im ostdeutschen Elektroinstallateurhandwerk. Veröffentlichung des Instituts für Handwerkswirtschaft München, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. München.

³² Vgl. Mecke, Ingo / Müller, Klaus 1997: Handwerk in Sachsen-Anhalt. Göttinger Handwerkschaftliche Studien, Band 52. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Duderstadt. S. 137 ff und S. 215-221.

³³ Vgl. Hantsch, G. / Schneider, A. 1996: Strukturelle Situation im Werkzeugbau. Veröffentlichung des Instituts für Technik der Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Karlsruhe.

³⁴ Vgl. Scheuplein, Christoph 1998: Branchenbericht Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik in Berlin. Erstellt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

zur Kooperation zwischen west- und ostdeutschen Bauhandwerkern zu nennen.³⁵

2.5 Konjunkturanalysen und wirtschaftliche Entwicklung Handwerk

Die umfassendste Darstellung zur wirtschaftlichen Entwicklung im Handwerk legt in unregelmäßigen Abständen das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Form der "RWI-Handwerksberichte" vor.³⁶ Nach einer Einführung zu Handwerkskonjunktur und Entwicklung der Gewerbebranche in den alten Bundesländern wird 1995 diagnostiziert, daß gegenüber den alten Bundesländern das Handwerk sich in den neuen Bundesländern strukturell weitgehend angeglichen habe.³⁷ Vor allem aber sind in den RWI-Handwerksberichten 32 Gewerbebranchen detailliert analysiert und mit Schaubildern versehen, aus denen die Entwicklung von Beschäftigten, Betrieben, Umsatzvolumen und Produktivität im Zeitraum von 1983 bis 1994 dargestellt ist. Aus dem Metall- und Elektrohandwerk sind vier Gewerbebranchen aufgeführt: Kraftfahrzeugmechaniker, Sanitär- und Heizungstechniker, Metallbauer, Maschinenbauer/Werkzeugmacher. Die Analyse der Gewerbebranchen wurde jedoch 1995 nur für Westdeutschland durchgeführt.

Der Verband der Vereine Creditreform e.V. gibt jährlich zum Frühjahr eine Analyse zur Wirtschaftslage im Handwerk heraus. Die 1999 von der Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung nach Ost- und Westdeutschland aufgeschlüsselte Untersuchung³⁸ basiert auf schriftlichen Umfragen in 2.942 Handwerksunternehmen im We-

³⁵ Vgl. Müller, Klaus 1991: Kooperation zwischen west- und ostdeutschen Bauhandwerkern. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 25. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

³⁶ Die konjunkturelle Entwicklung des Handwerks wurde bereits in den 50er und 60er Jahren durch das RWI beobachtet. Für die Jahre 1955 bis 1962 vgl. Beckermann, Theo 1965: Die Handwerkswirtschaft. Eine volkswirtschaftliche Analyse. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Neue Folge Heft 23. Essen; für die Jahre 1967 bis 1972 vgl. Beckermann, Theo 1980: Das Handwerk in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Neue Folge Heft 42. Berlin.

³⁷ Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 1995: RWI-Handwerksberichte. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1994/95. Jahrgang 42 (1995). Essen. Ein aktualisierter Bericht mit den nach Ost- und Westdeutschland differenzierten Daten der Handwerkszählung von 1995 wurde zwar für 1998 angekündigt, wegen statistischer Probleme jedoch bis zum Abschluß vorliegender Studie nicht vorgelegt.

³⁸ Vgl. Creditreform 1998: Wirtschaftslage Handwerk, Frühjahr 1998. Neuss.

sten und 1.069 im Osten. Befragt wurden alle sieben Gewerbegruppen in allen Bundesländern, entsprechend ihrem Gewicht. Das Metallhandwerk ist gesondert ausgewiesen (1.094 West / 406 Ost). Themenschwerpunkte der Befragung im Handwerk bilden: die aktuelle Geschäftslage, untergliedert in Auftragslage, Umsatz- und Preisentwicklung sowie die Personalsituation; die Erwartungen für die weitere konjunkturelle Entwicklung im nächsten halben Jahr, untergliedert in Angebotspreise, Umsatz, Ertragslage, Personalbestand und Investitionen; die Liquiditäts- und Finanzsituation, untergliedert in Zahlungsverhalten der Handwerkskunden, Forderungsausfälle sowie Insolvenzen und Eigenkapital; das wirtschaftspolitische Umfeld.

Ähnlichkeit in der Anlage zur Untersuchung von Creditreform besteht beim halbjährlich durch den Zentralverband des Deutschen Handwerks vorgelegten Konjunkturbericht.³⁹ Der ZDH wertet die von den Handwerkskammern viertel- bzw. halbjährlich durchgeführten Befragungen der Handwerksunternehmen aus und legt die Ergebnisse in Form von Grafiken und Tabellen vor. Die Befragung ist zweigeteilt in die tendenzielle Entwicklung im Berichtsquartal sowie die Erwartungen für das nächste Quartal. In beiden Teilen wird gefragt nach: Geschäftslage, Beschäftigten, Umsatz, Auftragsbestand, Verkaufspreisen und Investitionen. Zitate aus den Kammerbezirken sollen regionale Entwicklungen aufzeigen, Kommentare der Zentralfachverbände verdeutlichen Entwicklungen innerhalb der Gewerbegruppen. Die vom ZDH 1997 durchgeführte Umfrage basierte auf den Antworten von 15.200 westdeutschen und 7.500 ostdeutschen Handwerksunternehmen und verfügt damit, bezogen auf die ostdeutschen Unternehmen, über eine ca. fünf mal breitere Datenbasis als die Umfrage von Creditreform. Das Metall- und Elektrohandwerk wird beim ZDH-Konjunkturbericht differenzierter dargestellt als bei Creditreform. Von den insgesamt 37 ausgewählten Gewerbebranchen fallen 20 in den Organisationsbereich der IG Metall.⁴⁰

Speziell für das Metall- und Elektrohandwerk wird von der IG Metall halbjährlich ein Brancheninfo zur Handwerkskonjunktur herausgegeben.⁴¹ Die Basis dieses Brancheninfos bilden zum einen die oben angeführten Umfragen von Creditreform und

³⁹ Vgl. Zentralverband des Deutschen Handwerks 1997: Konjunkturbericht Nr. 1/1997. Bonn.

⁴⁰ Die 37 Gewerbebranchen sind in 8 Branchengruppen untergliedert: Zwei Gruppen bestehen vollständig aus Gewerbebranchen des M+E-Handwerks (Metall- und Kfz-Gewerbe), bei vier weiteren Gruppen fallen die Gewerbebranchen des M+E-Handwerks etwa zur Hälfte ins Gewicht.

⁴¹ Vgl. IG Metall, Vorstand, Abteilung Wirtschaft-Technologie-Umwelt (Hrsg.), Red.: Burkhard, Oliver 1998: Handwerkskonjunktur 1/98. Brancheninfo des Metall- und Elektrohandwerks.

ZDH, darüber hinaus aber auch Daten des Statistischen Bundesamtes, der Fachverbände des Handwerks, der Wirtschaftsgutachten sowie aus anderen Quellen. Die konjunkturelle Lage wird im Brancheninfo der IG Metall einleitend für das gesamte Handwerk (Strukturdaten / aktuelle Konjunkturlage) sowie das Metall- und Elektrohandwerk (Strukturdaten / Beschäftigung / Umsätze) dargestellt. Es folgen dann differenzierte Daten und Einschätzungen zum Textil- und Bekleidungs-, Kfz-, Elektro- sowie dem Bau- und Ausbauhandwerk. Neben der konjunkturellen Lage wird auch ein Schwerpunktthema verhandelt. In Handwerkskonjunktur 1/98 war das Thema "Pleitenrekord im Handwerk".

2.6 Allgemeine ökonomische Darstellungen zum Handwerk

Eine systematische, einführende Arbeit zur Ökonomie des stark regulierten Wirtschaftsbereiches Handwerk wurde von Wilma Pohl 1995 vorgelegt.⁴² Vor dem Hintergrund der europäischen Einigung untersucht Pohl umfassend die Regulierung im deutschen Handwerk.

Sie gibt einen Einblick in die Grundzüge des Handwerks, vom Begriff Handwerk, über den historischen Zugang - vor allem zur Handwerksgesetzgebung -, werden der rechtliche, der volks- und betriebswirtschaftliche, berufspolitische, berufsständische und organisatorische sowie der europäische Aspekt des Handwerks ausgeleuchtet. Nach der Darlegung der institutionellen und theoretischen Grundlagen von Regulierung und Deregulierung des Handwerks, einer Analyse und Evaluation von dessen Regulierung sowie einer abschließenden Beurteilung der Möglichkeiten und Grenzen von Regulierung und Deregulierung des Handwerks, geht die Autorin von einer notwendigen Deregulierung aus. Sie versteht darunter eine "Neudefinition des Handwerks und eine Liberalisierung des Marktzugangs, verbunden mit einer Flexibilisierung der Ausbildung" (305).

Im Rahmen der Öffnung des europäischen Binnenmarktes wurden von der Bundesregierung 1988 Gutachten im Auftrag der Deregulierungskommission in Auftrag gegeben, die umfassend alle Argumente für und wieder eine "Deregulierung des

⁴² Vgl. Pohl, Wilma 1995: Regulierung des Handwerks. Eine ökonomische Analyse. Wiesbaden. In der Analyse von Pohl wurde das Handwerk Ostdeutschlands nicht berücksichtigt, da dort "Sondereinflüsse durch die Vereinigung" gegeben sind.

Handwerks" prüfen, am Ende aber zu einem anderen Schluß als die oben angeführte Arbeit von Pohl kommen. Teilt das Gutachten von Albach⁴³ die Prämissen von Pohl, so wird im Gutachten von Kucera/Stratenwerth⁴⁴ die Notwendigkeit betont, am Großen Befähigungsnachweis festzuhalten, also keine Deregulierung zu befürworten. Aber auch Albach geht davon aus, daß der Große Befähigungsnachweis nicht abgeschafft werden muß. Die Widerstände wären zu groß und außerdem würde die Bedeutung des Großen Befähigungsnachweises im zusammenwachsenden Europa sowieso ausgehöhlt werden.⁴⁵

Kucera und Stratenwerth besetzen das Thema Regulierung positiv. Ihr Gutachten zeigt sowohl aus wirtschafts- und berufspädagogischer Sicht (Stratenwerth) als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht (Kucera) warum am großen Befähigungsnachweis festgehalten werden sollte. Der große Befähigungsnachweis wäre sowieso das einzig verbleibende Deregulierungspotential im Handwerk: "Denn fast alle Sachverhalte, die gemeinhin als typisch für regulierte Bereiche angesehen werden, fehlen beim Handwerk:

Die Handwerksunternehmungen sind nicht in öffentlicher Hand; es gibt keine staatliche Beschränkung der Betriebszahlen; die Berufsausübung erfordert, abgesehen von den Schornsteinfegern, keine behördliche Konzessionen; die Märkte des Handwerks sind offene Märkte, Monopole und marktbeherrschende Unternehmen fehlen; die Preise und Mengen werden nicht geregelt (keine Preis- und Mengenkontrollen); es gibt keine Abkommen oder allgemein verbindliche Angebotsbedingungen; es bestehen staatlicherseits weder Abnahme- noch Bestandsgarantien (wie etwa de facto bei Großunternehmen); es werden keine Erhaltungssubventionen gezahlt." (147 f)

Die Autoren verweisen auf die hervorragende Bedeutung des Großen Befähigungsnachweises für die volkswirtschaftliche Humankapitalbildung, die "wiederum eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sowie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines modernen Industriestandortes wie

⁴³ Vgl. Albach, Horst 1992: Deregulierung des Handwerks. Wiesbaden.

⁴⁴ Vgl. Kucera, Gustav / Stratenwerth, Wolfgang 1990: Deregulierung des Handwerks. Gesamtwirtschaftliche Risiken und Gefahren. Göttingen.

⁴⁵ Albach führt dies folgendermaßen aus: "Bei meiner Untersuchung habe ich den Eindruck gewonnen, daß das deutsche Handwerk vernünftig genug ist und die Tore öffnet. Es bedarf der gewaltsamen Öffnung der Tore durch den Staat nicht. Das kostspielige Schleifen der Mauern kann man getrost der Zeit überlassen. Die beseitigt sie billiger. Billiger und jedenfalls nicht zu Lasten der Staatskasse." (138)

der Bundesrepublik Deutschland" (Vorwort) sei.

Die Entwicklung des Handwerks wurde im europäischen Einigungsprozeß,⁴⁶ am Standort Deutschland,⁴⁷ sowie im Rahmen grenzüberschreitender Kooperation,⁴⁸ im besonderen zu den östlichen Nachbarstaaten,⁴⁹ durch mehrere Studien des Göttinger Seminars für Handwerkswesen analytisch begleitet. Der wirtschaftlichen Bedeutung des Handwerks in Deutschland sind Heinen/Surac nachgegangen,⁵⁰ dessen Internationalisierungsverhalten wurde von Ostendorf ausgeleuchtet,⁵¹ und der Prozeß des Outsourcing im Handwerk wurde von der Gruppe Wolters, Seeliger, Romberg, Hokoki und Goedejohann unter die Lupe genommen.⁵² Nahezu alle hier angeführten ökonomischen

⁴⁶ Vgl. König, Wolfgang / Müller, Klaus (Hrsg.) 1994: Handwerk in Europa. Beiträge anlässlich der 1. Konferenz europäischer Handwerksforschungsinstitute. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen; sowie König, Wolfgang / Müller, Klaus 1990: Der Europäische Binnenmarkt als Herausforderung für das deutsche Handwerk. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Band 43. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen. Vgl. auch Müller, Klaus / Reck, R. 1994: Einflüsse des EG-Binnenmarktes auf das deutsche Handwerk. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 30. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

⁴⁷ Vgl. König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1996: Standort Deutschland. Handwerksrelevante Aspekte und Standortprobleme des Handwerks. Kontaktstudium Wirtschaftswissenschaften. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

⁴⁸ Vgl. König, Wolfgang / Müller, Klaus 1994: Empirische Untersuchung von grenzüberschreitenden Kooperationen im Handwerk. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 30. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

⁴⁹ Neben der allgemeinen Beurteilung der Situation des Handwerks in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie einer Zusammenfassung durch Klaus Müller, wurden hier - teilweise vergleichende - Beiträge zum Handwerk in Slowenien, Polen, Tschechien und Ungarn veröffentlicht. Vgl. König, Wolfgang / Kucera Gustav (Hrsg.) 1995: Perspektiven des deutschen Handwerks im Zeichen der Öffnung östlicher Nachbarstaaten. Bearbeitung: Müller, Klaus. Kontaktstudium Wirtschaftswissenschaften 1995. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

⁵⁰ Vgl. Heinen, Ewald / Surac, V. 1997: Die wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks in Deutschland. Stand, Chancen, Prognosen. Veröffentlichung des Instituts für Technik der Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Karlsruhe.

⁵¹ Vgl. Ostendorf, Thomas 1997: Das Internationalisierungsverhalten von Handwerksbetrieben - Entscheidungsprozesse und Strategien. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Band 54. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Duderstadt.

⁵² Vgl. Wolters, L. / Seeliger, M. / Romberg, V. / Hokoki, F. / Goedejohann, L. W. 1995: Outsourcing im Handwerk. Eine TTH-Informationsbroschüre. Veröffentlichung des Instituts für Kunststoffverarbeitung in Industrie und Handwerk an der Rheinisch-Westfälischen Hochschule Aachen, Abteilung Handwerk, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Aachen.

mischen Analysen zum Handwerk wurden von Forschungsinstituten durchgeführt, die dem Deutschen Handwerksinstitut angehören.

Am Ende der Zusammenstellung allgemeiner ökonomischer Darstellungen sei noch die zukunftsorientierte Handwerksstudie von Christine Ax erwähnt.⁵³ Die hier entwickelten Leitbilder für nachhaltiges Wirtschaften lassen sich auf vier Punkte verdichten: 1. Wochenmarkt statt Weltmarkt; 2. Maßproduktion statt Massenproduktion; 3. Reparieren statt wegschmeißen; 4. Weniger ist mehr (47). Das fachlich, kulturell und politisch gut organisierte Handwerk könne diese postindustrielle und neohandwerkliche Zukunft, die jedoch auch posthandwerklich und neoindustriell sei, gut gestalten (43). Wie man sich diese Zukunft vorstellen könnte, führt Franz-Theo Gottwald im Geleitwort der Studie von Ax aus. Die ökonomische Zukunft gehöre den Dienstleistern, und dazu zähle eben auch das Handwerk. Die Entwicklung verlaufe weg von zentral wirkenden Einheiten, hin zu dezentralen Strukturen: "Über Ax hinausgehend, behaupte ich, daß Arbeitnehmerbeteiligungen, Kooperativen und Netzwerken die Zukunft gehört. Kleine funktionsübergreifende Arbeitsteams erlauben ein Höchstmaß an Flexibilität, Manövrierfähigkeit und Kreativität. Formale Positionen und Autorität verlieren in diesen Teams an Bedeutung. Statt der Festanstellung von Mitarbeitern werden verstärkt Arbeitskräfte geleast bzw. Spezialisten für definierte Projekte auch von kleineren Handwerksbetrieben unter Vertrag genommen werden. Flexiblere Arbeitszeiten, Job-Sharing, Job-Enrichment sind neue Organisationsformen der Arbeit." (Gottwald 1997, S. 11)

⁵³ Ax, Christine 1997: Das Handwerk der Zukunft. Leitbilder für nachhaltiges Wirtschaften Basel.

3. Sozialwissenschaften und Handwerk

Mit Hilfe von Arbeiten im Umfeld der Sozialwissenschaften ist es möglich, das Verhältnis der Akteure im sozialen Raum auszuloten. Hier werden Studien zur Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie (3.1), den Handwerksverbänden - Innungen / Kammern / Zentralverbände - (3.2) und der Handwerkspresse (3.3) dargestellt. Darüber hinaus ist im Rahmen dieser Untersuchung natürlich die Mitbestimmung (3.4) und deren Vertreter, die Gewerkschaften (DGB / IG Metall) und Betriebsräte (3.5) sowie die Tarifpolitik (3.7) von besonderem Interesse. Die Untersuchungen zur Christlichen Gewerkschaft Metall, der man seitens der IG Metall den Gewerkschaftsstatus bestreitet, werden ebenfalls dargestellt (3.6). Darüber hinaus geben die Sozialwissenschaften den Blick auf die Binnenbedingungen des Betriebes frei. Vorgestellt werden hier Untersuchungen zum Kleinbetrieb und dessen sozialer Welt, die jedoch in der Regel am Beispiel von Industriebetrieben gewonnen wurden (3.8). Auf diese Weise kann ein Verständnis für die Besonderheiten der in der Kleinbetriebewelt kaum formal geregelten Arbeits- und Mitbestimmungsverhältnisse entstehen.

3.1 Verhältnis Handwerk / Industrie

Die rechtliche Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie ist mit den Umwälzungen in Wirtschaft, Technik, Produktions- und Arbeitsformen historisch immer wieder verschoben und neu festgelegt worden. Dies ist nicht neu; Fröhler zitiert aus dem über 120 Jahre alten Reichshaftpflichtgesetz vom 7.6.1871: "Die sonst üblichen Unterscheidungen, wonach im Handwerk die Handarbeit, in der Fabrik das mechanische Element vorherrsche, wonach beim Handwerk regelmäßig eine vollständige Herstellung durch eine und dieselbe Hand, bei der Fabrik Teilung der Arbeit unter verschiedenen Arbeitsklassen stattfindet, wonach ferner das Handwerk auf Bestellung im kleinen, die Fabrik im Vorrat im großen arbeite, oder wonach endlich beim Handwerk der Meister mitarbeite, während in der Fabrik der Fabrikherr dirigiere, sind heute nicht mehr als zutreffend anzusehen."⁵⁴ Fröhler gibt einen entwicklungsgeschichtlichen

⁵⁴ Fröhler, Ludwig 1960: Zur Abgrenzung von Handwerk und Industrie. München, S. 1. Vgl. auch Leisner, W. 1997: Der Verfassungsschutz des Handwerks und die Abgrenzung Handwerk - Industrie. Deutsches Handwerksinstitut, Handwerksinstitut München für Handwerks-, Finanz- und Steuerrecht e.V. In: Gewerbearchiv, Vierteljahresbeilage: Wirtschaft und Verwaltung, S. 393 ff.

Überblick zu Rechtsprechung und Verwaltungspraxis um diese Dynamik des Handwerksbegriffs zu demonstrieren. Gerade auch wegen dieser Wandelbarkeit des Verhältnisses von Handwerk und Industrie habe "die deutsche Gesetzgebung von je her darauf verzichtet, eine Legaldefinition der Begriffe Handwerk oder Handwerksbetrieb zu geben." (2) Einschränkend wird hier angefügt, daß die Anlage A zur Handwerksordnung diejenigen Gewerbearten positiv festgelegt und mit Gesetzeskraft ausgestattet sind, die in handwerksmäßiger Form betrieben werden können. Fröhler zeichnet die Etappen der anwachsenden Relativierung des Handwerksbegriffes von den zunehmend flexibler und pragmatischer genutzten Abgrenzungsmerkmalen, die später als Erkenntnishilfen nur noch gedankliche Richtpunkte bei der rechtlichen Einteilung eines Gewerbebetriebes in Handwerk oder Industrie abgaben. Letztlich wurde die Gesamtstruktur des einzuordnenden Betriebes für die Bewertung maßgeblich.

3.2 Kammern, Innungen und Zentralverbände des Handwerks

Zu den Institutionen des Handwerks, ihrer historischen Gewachsenheit, ihrer inneren Verfassung und Organisiertheit in Staat und Gesellschaft liegen fundierte Analysen vor. Die historischen Untersuchungen zur Verbandsbildung des Handwerks, die teilweise bis in die Gegenwart hineinreichen, wurden eingangs im Teil zu Geschichte und Handwerk bereits ausführlich behandelt.⁵⁵ Will man jedoch den Institutionen-transfer der Handwerksorganisationen von West- nach Ostdeutschland nach der deutschen Einheit beleuchten, so findet man nur einen einzigen Hinweis in der gesichteten Literatur.⁵⁶

Eine anschauliche und systematische Einführung zur Organisation des Handwerks wurde von Bacmeister vorgelegt.⁵⁷ Er stellt die zwei Säulen der demokratischen Selbstverwaltung des Handwerks vor: Die Innungen und Innungsverbände als fachli-

⁵⁵ Besonders sei an dieser Stelle nochmals auf die Studie von Teuteberg (1961), John (1987 und 1983) und Georges (1993) hingewiesen.

⁵⁶ Brien (1997) weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei Einführung der Mitbestimmung in den ostdeutschen Handwerkskammern ergeben haben. Dies wird jedoch näher am Ende des übernächsten Kapitels 'Mitbestimmung im Handwerk' behandelt.

⁵⁷ Vgl. Bacmeister, Georg 1990: Demokratische Selbstverwaltung. Aufbau und Arbeit der Handwerksorganisation in einer Marktwirtschaft. Alfeld (Leine).

che Vertretung der einzelnen Berufszweige des Handwerks; sowie die Kammern und Kammertage als berufsständische Vertretung aller Handwerksberufe.

Innungen und Kammern sind öffentlich rechtliche Körperschaften. Ist die Mitgliedschaft in der Kammer - als gesetzlicher Vertretung - Pflicht für alle Handwerker aller Berufe, so bildet die Innung einen freiwilligen Zusammenschluß selbständiger Handwerker eines oder mehrerer Berufe in einem bestimmten Gebiet. Innungen, vor allem aber deren freiwillige Zusammenschlüsse als Landesinnungsverbände, wirken als Arbeitgeberorganisation, indem sie mit den Gewerkschaften Tarifverträge abschließen.

Auf Kreis, Landes- und Bundesebene gibt es bei Kammern und Innungen einerseits eigene Zusammenschlüsse, gleichzeitig aber auch auf jeder Ebene einen gemeinsamen organisatorischen Bezugspunkt: Die Kreishandwerkerschaft als "das gemeinsame Büro der Innungen" (43) arbeitet der Kammer zu. Die verschiedenen Landesinnungsverbände schließen sich in der Vereinigung der Landesinnungsverbände zusammen und wirken damit als Unternehmerverband des Handwerks gegenüber Gewerkschaften, Regierung und Öffentlichkeit des Landes. Daneben gibt es die Vereinigung der Handwerkskammern. Beide haben in allen Bundesländern eine gemeinsame Dachorganisation: die Landeshandwerksvertretung oder auch Handwerkstag.

Auf Bundesebene haben sich die Bundesinnungsverbände - analog zur Landesebene - in der Bundesvereinigung der Fachverbände des Handwerks zusammengeschlossen. Das höchste Bundesorgan der Kammern bildet der Deutsche Handwerkskammertag. Die beiden zentralen Einrichtungen der Innungen und Kammern auf Bundesebene schließen sich im Zentralverband des Deutschen Handwerks als Dachorganisation zusammen. Der Zentralverband vertritt das Handwerk bundes- und europapolitisch mit einer Stimme, da dessen Vorsitzender zugleich Präsident des deutschen Handwerks - also der Vereinigung der Fachverbände - und Präsident des deutschen Handwerkskammertages ist.

Will man sich einen Überblick über die zentralen, regionalen und lokalen Gliederungen der unterschiedlichen Handwerksorganisationen verschaffen, gibt das seit ca. 30 Jahren regelmäßig erscheinende "Organisationsbuch des deutschen Handwerks" umfassend Auskunft.⁵⁸ Hier findet man Informationen - Adressen und Ansprechpartner

⁵⁸ Vgl. Sagaster, Arnim (Hrsg.) 1998/99: Organisationsbuch des deutschen Handwerks 1997. Düsseldorf.

- zur gesamten Handwerksorganisation und ihrem Umfeld.⁵⁹

Die wirtschaftliche Betätigung von Handwerkskammern ist der Untersuchungsgegenstand von Fröhler/Kormann. Sie überprüfen das Spannungsfeld zwischen gesetzlich angeordneter Zwangsmitgliedschaft und öffentlich-rechtlicher Natur der Institution Handwerkskammer.⁶⁰ Die Schranken der unternehmerischen Betätigung von Handwerkskammern werden in dieser Analyse nach einzelnen Problemfeldern hin in den Blick genommen.

Die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Handwerks wurden am Beispiel der Handwerkskammer Konstanz durch eine aktuelle empirische Analyse (Fragebogenumfrage) von Beck untersucht.⁶¹ Neben der Darstellung der Probleme des Handwerks in einer bestimmten Phase wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, wurde hier vor allem die Aufgabe der Handwerkskammer als Interessenvertretung nach außen aber auch als Servicezentrum nach innen untersucht. Beck prüft die Betroffenheit des Handwerks durch staatliches Handeln, untersucht dessen gesellschaftsorientierende Aktivitäten und spielt dessen Einwirkungsmöglichkeiten auf staatliches Handeln⁶² durch. Im Deutschen Bundestag und den Landtagen seien personell öffentlicher Dienst und Gewerkschaften mit steigender Tendenz über-, das Handwerk jedoch unterrepräsentiert. Eine neue Öffentlichkeitsarbeit, die Überprüfung der Organisation des deutschen Handwerks, die Einführung des Pflichtfaches "Gesellschaftspolitik" für angehende Handwerksmeister sowie ein Fördersystem sollen das Handwerk stärken.

⁵⁹ Unter "wirtschaftliche und sonstige Einrichtungen des Handwerk" sind aufgeführt: Aktion modernes Handwerk; Aktion freier Handwerksunternehmer; Stiftung für Begabtenförderung; Landesgewerbeförderungsstellen; Akademien des Handwerks; Beratungsstellen für Formgebung und Denkmalpflege; Beratungsstellen für Außenwirtschaft; Buch- und Steuerberatungsstellen; Deutsches-Handwerks-Institut (DHI); Forschungsinstitut des DHI; Kunsthandwerk, Bundesverband; Bundesverband der Unternehmerfrauen; Bundesverband Junghandwerk; Spargemeinschaften; Kreishandwerkerschaften, Arbeitsgemeinschaften; Kreditgarantiegemeinschaften; Innungskrankenkassen; Die Presse des Handwerks; Journalisten-Vereinigung; Pressestellen der Handwerkskammern; Pressestellen Zentralverbände; Bundesministerien, Länderministerien.

⁶⁰ Vgl. Fröhler, Ludwig / Kormann, Joachim 1984: Wirtschaftliche Betätigung von Handwerksorganisationen. Herausgegeben vom Handwerksrechtsinstitut München e.V., Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Alfeld.

⁶¹ Vgl. Beck, Thomas 1986: Handwerk in Staat und Gesellschaft: Analysen, Strategien, Erfolgskontrolle; eine empirische Untersuchung am Beispiel der Handwerkskammer Konstanz. München.

⁶² Genannt werden: Parlament, Exekutive, Verwaltung, Einfluß auf Zusammensetzung und Entscheidung staatlicher Organe, Einfluß durch Handwerksorganisationen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt die Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Handwerkskammern unter anderem durch sogenannte Arbeitshilfen. Nachdem am 1. April 1998 der zweite Schritt einer umfassenden Novellierung des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung - HWO) in Kraft gesetzt war, veröffentlichte der DGB die Neufassung der Handwerksordnung.⁶³

Eine Untersuchung zur Berufsbildung im ostdeutschen Handwerk überprüfte die Übertragungsmöglichkeiten und -erfolge von innovativen Konzepten zur Stützung und Verbesserung der Ausbildungsberatung, der betrieblichen Ausbildung und der Meisterausbildung im Handwerk.⁶⁴ Der Untersuchungsbericht, herausgegeben von Martin Twardy, will die Umsetzungserfolge aber auch die Umsetzungsschwierigkeiten des Bildungstransfers vom Westen in den Osten Deutschlands am Beispiel der drei hauptsächlich beteiligten Handwerkskammern in Potsdam, Dresden und Gera festhalten und die dortigen Aktivitäten nachzeichnen.

Um auf zukünftige Entwicklungen im Handwerk Einfluß nehmen zu können, hat der Beirat "Unternehmensführung im Handwerk" des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks ein Strategiepapier entwickelt in dem zu fünf Aktionsbereichen generelle Ziele, Teilziele und Strategien formuliert wurden.⁶⁵ Als generelle Ziele für die fünf Aktionsbereiche sind angegeben: 1. Politik: Höhere Bewertung des Handwerks in Staat und Gesellschaft; 2. Handwerksorganisationen: Verstärkte Leistungsfähigkeit der Handwerksorganisation nach innen und außen; 3. Markt: Verstärkte Orientierung der Betriebe an den Entwicklungen des Marktes; 4. Management und Technologie: Qualifiziertes Management; 5. Fachkräfte: Deckung des Fachkräftebedarfs.

Diese durch den ZDH angestoßene Diskussion sollte vor dem Hintergrund der deutschen Einheit und den Umbrüchen in den mittel- und osteuropäischen Staaten einen

⁶³ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.) 1998: Gesetz zur Ordnung des Handwerks. (Handwerksordnung - HWO) und ergänzende gesetzliche Vorschriften. Überarbeitete und ergänzte Auflage nach dem Stand der Novelle vom 1.4.1998. Arbeitshilfen für Arbeitnehmervertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Handwerkskammern. Bergisch Gladbach.

⁶⁴ Vgl. Twardy, Martin 1994: Transfer von Modellversuchsergebnissen im Handwerk in die neuen Bundesländer. Mit den Schwerpunkten Meisterausbildung, betriebliche Ausbildung, Ausbildungsberatung. Bad Laasphe i. Westf.

⁶⁵ Vgl. Zentralverband des Deutschen Handwerks 1993: Strategiepapier. Künftige Entwicklungstendenzen im Handwerk. Heft 46. Bonn.

starken und leistungsfähigen Mittelstand mit dem Kernstück Handwerk sichern.

3.3 Handwerkspresse

Eine Analyse der deutschen Handwerkspresse wurde von Dittmer am Seminar für Handwerkswesen durchgeführt.⁶⁶ Diese Arbeit ist unterteilt in einen Katalog sowie eine Strukturanalyse zur deutschen Handwerkspresse. Im Katalogteil sind umfassend branchenübergreifende, berufsbezogene und fachliche Handwerkspresse (untergliedert in fünf Branchengruppen), Spezialzeitschriften des Handwerks, Zeitschriften der wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks und Zeitschriften handwerksnaher Einrichtungen, sowie auch die Informationsdienste des Handwerks und die Presse- Informations- und Bilderdienste für das Handwerk aufgeführt. Von den in der Umfrage erfaßten 900 Zeitungs- und Zeitschriftentitel aus etwa 450 Verlagen wurden letztlich 424 verschiedene periodische Presseveröffentlichungen als Handwerkspresse identifiziert, untersucht und im Katalog aufgeführt. Diese 424 Titel verbreiten zusammen 11,5 Mio. Exemplare pro Ausgabe. Auf die Gruppe der Metallhandwerke entfallen 92 Fachpressetitel mit ca. 1 Mio. Exemplare pro Ausgabe. Auffällig ist hier der hohe Anteil mit Zielgruppe Lehrlinge und Gesellen: Acht Zeitschriften und eine Beilage mit zusammen 215 Tsd. Exemplaren. Der inzwischen der IG Metall zugehörige Bereich Bekleidungs- Textil- und Lederhandwerke verfügt über 22 fachliche Publikationen mit einer Auflage von 130 Tsd. Exemplaren. Eine die Untersuchung einleitende Strukturanalyse gibt einen historischen Abriß sowie einen Überblick zur Handwerkspresse und behandelt dann systematisch die oben angeführten Formen handwerklicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Abschließend wird die Verlagsstruktur der Handwerkspresse untersucht. Vorrangiges Ziel der Analyse war es, "die im ersten Moment unüberschaubare Vielfalt der Handwerkspresse zu strukturieren und sie differenziert nach ausgewählten Kriterien wie Branchenbezogenheit, Auflagenhöhe, Verbreitungsgrad und Verbundenheit mit Handwerksorganisationen darzustellen." (Dittmer 1990, S. 3)

⁶⁶ Vgl. Dittmer, J. 1990: Die Handwerkspresse der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung im Auftrag der Journalisten-Vereinigung der Deutschen Handwerkspresse. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Düsseldorf. Vgl. auch die aktualisierte Auflage dieser Studie: Journalisten-Vereinigung der Deutschen Handwerkspresse (Hrsg.) 1994: Die Handwerkspresse der Bundesrepublik Deutschland. München, Düsseldorf.

3.4 Mitbestimmung im Handwerk

Die Tradition des Handwerks, sich in Handwerks- und Gewerkekammern zu organisieren, so John, reicht schon über 100 Jahre zurück.⁶⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg betrat man "in Sachen Arbeitnehmerbeteiligung kein Neuland, sondern knüpfte vielmehr an eine jahrhundertealte Tradition an." Nun "konnten die Gesellen [...] zum Beispiel bei der Regelung des Lehrlingswesens und der Gesellenprüfung mitbestimmen und -entscheiden." (18) John zeigt, daß die Entwicklung zu einer stärkeren Mitbestimmung, bis hin zur teilweisen Parität, jedoch langsam und konfliktreich verlief.⁶⁸ Eine erste Drittelbeteiligung der Gesellen existierte seit Dezember 1946 durch die von den Briten erlassene "Verordnung über den Aufbau des Handwerks". Gesetzlich festgelegt wurde diese Drittelbeteiligung mit dem Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HwO) 1953, in dem die Arbeitnehmer mit einer Pflichtzugehörigkeit in die Handwerkskammern aufgenommen wurden. Der DGB forderte zwar weiterhin die paritätische Besetzung aller Organe der Handwerkskammern, was jedoch mit dem Hinweis auf die Wahrung der Unternehmerinteressen vom Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) zurückgewiesen wurde.

Echte paritätische Mitbestimmung im Bereich der beruflichen Bildung - so John - gab es "durch die Verabschiedung des bundeseinheitlichen Berufsbildungsgesetzes, das gegen Widerstände der Unternehmerorganisationen am 18. August 1969 in Kraft trat" (21). Dieses Gesetz wurde weitgehend in das Gesetz zur Ordnung des Handwerks aufgenommen. Neben der echten Parität in den Berufsbildungsausschüssen wurde 1969 auch eine gleichgewichtige Drittelparität in den Gesellenprüfungsausschüssen (Gesellen, Meister, berufsbildende Schulen) eingeführt und damit das Übergewicht der Meister in diesen Ausschüssen beseitigt.

Die umfangreiche Novellierung des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks vom 1. Januar 1994 war ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Erweiterung der Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer: "Mit dieser im Kompromißverfahren erarbeiteten Gesetzesnovelle konnten für die Arbeitnehmer ein deutlich verbessertes Wahlrecht, eine Verankerung des Prinzips der Gruppenwahl, ein Rechtsanspruch auf betriebliche Freistellung für die Ehrenamtstätigkeit in der handwerklichen Selbstverwaltung bei

⁶⁷ Vgl. John, Peter 1997: Die Kammern - ein traditionsreiches Gebäude. In: Mitbestimmung 6/97, Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, S. 18-21; vgl. auch John 1987 sowie John, Peter (Bearb.) 1982: Mitbestimmung im Handwerk. Fachtagung des DGB, 10./11. November 1982. Düsseldorf.

⁶⁸ Ein Überblick zur Literatur der Geschichte des Handwerks ist weiter oben dargestellt, verwiesen sei nochmal auf die Analysen von John, Teuteberg, Neuloh, Bücher, Schmoller.

voller Lohnfortzahlung und die Beseitigung diskriminierender Wahlrechtsbestimmungen für arbeitslose und ausländische Arbeitnehmer durchgesetzt werden. Von besonderer Bedeutung war die Erweiterung der zur Handwerkskammer gehörenden Gruppe von Arbeitnehmern, die nun nicht mehr nur die Gesellen und Lehrlinge, sondern darüber hinaus auch alle Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung umfaßt. Damit verdeutlichte der Gesetzgeber, daß es ihm beim Kooperationsmodell der Selbstverwaltung des Handwerks um eine gleichberechtigte Arbeitnehmermitwirkung geht.“ (21)

Die Arbeitnehmer und damit auch deren Gewerkschaftsvertreter wurden zwar auf Verbandsebene in die Handwerkskammern integriert. Auf Betriebsebene hingegen haben die Arbeitnehmer bis heute weder durch die Gründung von Betriebsräten noch durch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in erkennbarer Weise ihre Interessen artikuliert. Möglicherweise ist der Blick auf die Interessenartikulation von Arbeitnehmern auch verstellt durch die klassischen Szenarien in den Großbetrieben der Industrie: Zumindest in den letzten 40 Jahren kristallisierte sich dort eine Konstellation von betrieblicher Interessenpolitik durch Betriebsräte heraus, die vor dem Hintergrund einer gewerkschaftlich gut organisierten Belegschaft und einer starken Orientierung an der jeweiligen Gewerkschaft handelten. Die vorliegende Forschung zu Klein- und Mittelbetrieben der Industrie zeigt jedoch, daß hier ein vorwiegend gemeinschaftlicher Betriebstyp vorliegt, in dem sowohl die Artikulation von Konflikten und Interessen als auch deren Regulierung stark von informellen Tauschgeschäften geprägt ist. Begrenzt sind diese Untersuchungen zum industriellen Klein- und Mittelbetrieb auch auf das Handwerk übertragbar.⁶⁹

Die Mitbestimmung in Klein- und Mittelbetrieben, darunter auch im Handwerk, war Gegenstand eines Workshops der Friedrich-Ebert-Stiftung.⁷⁰ Hier wurde der Frage nachgegangen, „wie ein Mitbestimmungskonzept für die große Zahl der Klein- und Mittelbetriebe, die heute überwiegend nicht durch die bisherigen Mitbestimmungsregelungen erfaßt werden, aussehen könnte [...] Es wurde erörtert, mit welchen Strategien einer Ausweitung solcher mitbestimmungsfreier Zonen angesichts des Trends zu

⁶⁹ Herausragend ist dabei die Studie von Kotthoff/Reindl (1990), die hier im Kapitel „Kleine Betriebe in Industrie und Handwerk“ ausführlich vorgestellt wird.

⁷⁰ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut (Hrsg.) 1996: Mitbestimmung in Klein- und Mittelbetrieben. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 71. Siehe auch Nielebock, Helga 1996: Mitbestimmung in Kleinbetrieben. In: Arbeitsrecht im Betrieb; 17 (1996), Heft 2, S. 76-81.

kleinbetrieblichen Unternehmensstrukturen begegnet werde kann." (5) Das Themenspektrum reicht von der "Präsenz von Gewerkschaften und Betriebsräten in Klein- und Mittelbetrieben" (Wolfgang Rudolph) über "Kleinbetriebe in Großunternehmen - Die Mühe mit den gesetzlichen Strukturen" (Renate Schöntag), der "Mitbestimmung und Beteiligung im Handwerk" (Josef Peters), der Fragestellung: "'AnsprechpartnerInnen' - ein Konzept für die Betreuung von Kleinstbetrieben in einer Region?" (Friedhelm Ahrens), bis hin zu einem interessanten Beitrag zu gesetzlichen Änderungsvorstellungen: "Das Menschenrecht auf Beteiligung - notwendige gesetzliche Änderungen für die Interessenvertretung in Klein- und Mittelbetrieben" (Burchard Böche).⁷¹

Mit der Einführung des westdeutschen Mitbestimmungsmodells in die nach der deutschen Einheit neu aufzubauenden ostdeutschen Handwerkskammern beschäftigte sich Brien. Daß die Übertragung problematisch verlief wurde von Brien auf ein Bündel von Faktoren zurückgeführt: Zum einen habe die Regierung Modrow mit ihren gesetzgeberischen Initiativen die Arbeitnehmer von der Selbstverwaltung im Handwerk ausgegrenzt.⁷² Aber auch als die westdeutschen Verhältnisse mit dem Gesetz zur Ordnung des Handwerks Einzug gehalten hatten, gab es noch große Schwierigkeiten, die Selbstverwaltungsstrukturen mit Arbeitnehmersvertretern zu besetzen. Es kam zu vielfältigen Konflikten und massiven Behinderungen bei der Besetzung der Position des Arbeitnehmersvizepräsidenten der Handwerkskammern. Einen Grund dafür vermutet Brien in der Vorgeschichte: "Zu DDR-Zeiten hatten die privaten Handwerksunternehmer wenig Rechte und fühlten sich von der Bürokratie gegängelt und unterdrückt. Nach der Wende meinten einige im Gegenzug, jetzt alles, was mit Arbeitnehmerinteressen zu tun hatte, abbügeln und ausgrenzen zu müssen." (30) Ein weiteres Anfangsproblem bei der Umsetzung der Mitbestimmung im ostdeutschen Handwerk sei die Zusammenstellung der Listen für die Arbeitnehmersvertreter für die Vollversammlungen der Handwerkskammern gewesen. Die Gewerkschaften verfügten anfangs noch nicht über genügend organisatorische und logistische Strukturen um diese Probleme zu

⁷¹ Zur Rechtsproblematik in Kleinbetrieben sei noch auf drei weitere Beiträge verwiesen: Wahner, Roderich 1996: Betriebsverfassung in Kleinbetrieben. Defizite des geltenden Rechts und rechtspolitische Forderungen. In: *Arbeitsrecht im Betrieb*, 17 (1996), Heft 2, S. 81-87; Löwisch, Manfred 1997: Grenzen der ordentlichen Kündigung in kündigungsschutzfreien Betrieben. In: *Betriebs-Berater*, 52 (1997), Heft 15, S. 782-790, Wassermann, Wolfram 1992: *Arbeiten im Kleinbetrieb*. Interessenvertretung im deutschen Alltag. Reihe der Hans-Böckler-Stiftung, HBS Praxis, Band 4, Kapitel 5: Arbeitnehmerrechte im Kleinbetrieb, S. 41-51.

⁷² Vgl. Brien, Thomas 1997: Nachholbedarf bei der Umsetzung der Handwerksordnung. In: *Mitbestimmung Juni 6/97: Schwerpunktheft Handwerk "Soll das Werk den Meister loben? Magazin der Hans-Böckler-Stiftung*.

bewältigen und Gewerkschaftsmitglieder für die Listen zu nennen. Deshalb griff man bereitwillig auf Vorschläge der Handwerkskammern zurück, die dadurch in der Regel Meistersöhne- und Töchter auf der Arbeitnehmerseite plazieren konnten. Zwischenzeitlich hätten die Gewerkschaften jedoch solche Positionen wieder zurückerobern können.

3.5 Gewerkschaften und Betriebsräte im Handwerk: DGB / IG Metall

Die verschiedenen im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben ein durchaus unterschiedliches Verhältnis zum Handwerk ausgebildet. So unternahmen die großen Industriegewerkschaften im Bereich Handwerk über einen langen Zeitraum keine größeren Anstrengungen in der Mitgliederwerbung bzw. zur Förderung von Betriebsratswahlen. Im letzten Jahrzehnt wurden jedoch zunehmend Initiativen entwickelt, im Handwerk stärker Fuß zu fassen. Dabei wurden auch Experimente gewagt und neue Wege gegangen, waren doch die Traditionen der Großbetriebewelt nicht so umstandslos auf die Kleinbetriebewelt des Handwerks zu übertragen.

Ein Überblick zu den aktuellen Neuansätzen verschiedener Gewerkschaften im Bereich kleiner und mittlerer Betriebe wurde 1995 von Wassermann vorgelegt.⁷³ Den Hintergrund und Anlaß für die Aufwertung kleinbetrieblicher Strukturen innerhalb der Gewerkschaften, so Wassermann, lieferte der Strukturwandel der Wirtschaft. Gemeint ist das "Abschmelzen zentraler großindustrieller Strukturen, durch Auslagerung von Produktion und Dienstleistungen, durch Neubildung massenhafter kleinbetrieblicher Strukturen, durch netzwerkförmige Abhängigkeitsverhältnisse zwischen kleinen 'Zulieferern' oder 'Nachunternehmern' und ihren Auftraggebern, durch die Bildung von Großunternehmen, deren Produktion oder Dienstleistungen in einer Vielzahl kleiner betrieblicher Einheiten organisiert ist, und schließlich durch den allmählichen Zerfall des sogenannten 'Normalarbeitsverhältnisses', durch die Herausbildung eines neuen Status scheinselfständiger Abhängigkeit in ausgelagerten Filialbetrieben, Fuhrunternehmen oder auch heimarbeitsähnlichen Einzelarbeitsplätzen." (2) In der Europäischen Union sind 70% aller Arbeitnehmer in Mittel- und Kleinbetrieben beschäftigt,

⁷³ Vgl. Wassermann, Wolfram 1995: Gewerkschaften auf dem Weg zu den kleinen Betrieben. Ein Überblick über aktuelle Modellprojekte und Schwerpunktaktionen der Gewerkschaften im Bereich kleiner und mittlerer Betriebe. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsbeobachtung, Manuskripte 189.

mit steigender Tendenz.⁷⁴ Auf die ansteigende Bedeutung dieser Betriebe, und damit auch des Handwerks, reagierten die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt mit neuen politischen Ansätzen. Wassermann stellt in sechs Fallstudien Projekte der Gewerkschaften NGG, Holz und Kunststoff, HBV, ÖTV sowie der IG Bau-Steine-Erden und IG Metall vor. Hier sei nur kurz das dargestellte Aktionsfeld der IG Metall vorgestellt: Folgende Projekte im Rahmen des Organisationsentwicklungsprojektes werden genannt (vgl. 27-36):

Schwerpunktsekretär für Gesamt- und Konzernbetriebsrat in Handwerkskonzernen; Mitgliederentwicklung und Betreuung in Handwerksbetrieben mit Betriebsrat und niedrigem Organisationsgrad; Mitgliederentwicklung und Betreuung durch Erschließung von Klein- u. Mittelbetrieben in Industrie und Handwerk durch Senioren; Umfrage zu Angestellte im Handwerk: Sie erwarten mehr von ihrem Betriebsrat, bspw. Kontakte und Betriebsversammlungen; Gesundheitsschutz im Handwerk: Kooperation mit Handwerkskammern; bessere Gewerkschaftspresse für Kleinbetriebe: 1990/92 noch Negativimage, 1994/95 bereist positives Image; runder Tisch für Kleinbetriebe.

Schon Anfang der 90er Jahr schrieb die IG Metall dieses neue Ziel auf ihre Fahnen: "Die Industriellen Klein- und Mittelbetriebe sowie die Handwerksbetriebe der Metallwirtschaft sind für die IG Metall ein Organisationsbereich mit zunehmender strategischer Relevanz. Gleichzeitig verzeichnen wir hier große Organisationsdefizite einerseits und große Mitgliederreserven andererseits. Deshalb ist es zwingend erforderlich, die Erschließung dieser Organisationsreserven zu einem der zentralen Aufgabenschwerpunkte des ME-Projektes (Mitglieder-Entwicklung-Projektes, B.R.) zu machen."⁷⁵

Die ab Anfang des Jahres 2000 zum Organisationsbereich der IG Metall gehörende Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) ist stark durch Klein- und Mittelbetriebe geprägt. Als gewerkschaftliche Zukunftsinvestition in den relativ stabilen Wirtschaftsbereich Handwerk, der jedoch nur zu ca. 9 % gewerkschaftlich organisiert ist, entwik-

⁷⁴ Vgl. Brüggemann, Wolf Gunter 1995: Gewerkschaften auf dem Weg zum Kleinbetrieb. Stärkere Betreuung der Beschäftigten in Handwerk und Mittelstand ist "überlebenswichtig". In: Frankfurter Rundschau v. 22.5.1995.

⁷⁵ Wassermann, Wolfram 1995, S. 28. Zitiert wurde hier aus einem unveröffentlichten Manuskript der IG Metall von der 15. Vertrauensleute-Konferenz; Protokoll der AG 5 "Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Klein- und Mittelbetrieben" am 19.11.1993 in Stuttgart. Vgl. auch Ziegler, A. 1993: Gewerkschaftliche Politik für kleine und mittlere Unternehmen und die Praxis der Mittelstandspolitik. Diskussionspapier Nr. 5 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI). Düsseldorf.

kelte die GHK das Modellprojekt "Gewerkschaftliche Ansprechpartner vor Ort"⁷⁶. Damit soll eine betriebsnahe gewerkschaftliche Struktur geschaffen werden, die sich auf den Einsatz von ehrenamtlich tätigen Gewerkschaftsmitgliedern stützt, die neben Telefonaktionen beispielsweise auch Treffen mit Beschäftigten aus Handwerksbetrieben in benachbarten Kneipen durchführen. Darüber hinaus wurde durch die GHK ein "Handwerksfonds" eingerichtet, der es den Verwaltungsstellen ermöglicht, Mittel für Sonderaktionen (max. 30.000 DM) beim Vorstand abzurufen. Eine organisationsübergreifende Kooperation in den DGB-Kreisen soll die Kräfte der einzelnen Gewerkschaften bündeln.

Die Zwischenbilanz der Suche nach organisatorischem Neuland mit Modellprojekten laute: Die Welt der Kleinbetriebe ist entdeckt aber noch lange nicht "erobert". Bisher gebe es vor allem eine neue Programmatik, eine Bewertung der Wirksamkeit dieser neuen Ansätze sei deshalb noch nicht möglich. Es handele sich in der Regel um zeitlich, räumlich und sachlich befristete Modellprojekte. Dabei gebe es meist keine Entwicklung völlig neuer Arbeitsmethoden u. Maßnahmen, sondern eine Kombination von Bewährtem. Da Betriebsratswahlen in diesen Betrieben nur begrenzt möglich sind, sei die Entwicklung überbetrieblicher, aber betriebsnaher Vertretungsstrukturen nötig, um den Beschäftigten den Kontakt zur Gewerkschaft zu erleichtern. Öffentlichkeitsarbeit finde vor allem im Konfliktfall statt.

Wassermann legte auch eine allgemeine Darstellung der Situation von Gewerkschaften und Interessenvertretung in Kleinbetrieben und Handwerk vor.⁷⁷ Nach einer Einführung zur Lage der Arbeitnehmer und deren Arbeitsbedingungen wird hier die schwache Stellung der Gewerkschaften und die Problematik der kaum existenten Betriebsräte in Kleinbetrieben beschrieben, die zwischen "Improvisieren und Standhalten" operieren würden. Es gebe nur eine schwache Verwirklichung der Arbeitnehmer-

⁷⁶ Diese Projekt wird wissenschaftlich begleitet: vgl. Rudolph Wolfgang / Wassermann, Wolfram 1995: Ansprechpartner vor Ort. Ein Modellprojekt der Gewerkschaft Holz und Kunststoff zur Errichtung eines regionalen Netzwerkes von "Ansprechpartnern" für Arbeitnehmer aus dem Handwerk. Zwischenbericht nach einem Jahr Entwicklung, Büro für Sozialforschung, Kassel, Januar 1995.

⁷⁷ Vgl. Wassermann, Wolfram 1992: Arbeiten im Kleinbetrieb. Interessenvertretung im deutschen Alltag. Reihe der Hans-Böckler-Stiftung, HBS Praxis, Band 4. Dem Handwerk und dessen Besonderheiten im Verhältnis zu Gewerkschaften, Betriebsräten und betrieblicher Mitbestimmung ist ein eigenes Kapitel von Wolfgang Rudolph gewidmet (88-97). Siehe auch Rudolph, Wolfgang 1996: Interessenvertretung in Kleinbetrieben. In: Arbeitsrecht im Betrieb; 17 (1996); Heft 2, S. 73-76.

rechte⁷⁸ bei geringer Beteiligungspraxis. Wassermann räumt den ostdeutschen Kleinbetrieben die Stellung von Hoffnungsträgern bei der Entwicklung der Mitbestimmung ein. Generell könne sich in Ost- und Westdeutschland hier ein gewerkschaftliches Zukunftsmodell entfalten. Wie dieses Zukunftsmodell von den verschiedenen Gewerkschaften inhaltlich gefüllt wird ist Gegenstand abschließender Betrachtungen.⁷⁹

Bei einer im Februar 1994 stattgefundenen Fachtagung befaßten sich Wissenschaftler im Forschungsumfeld von Entwicklungsfragen kleiner Betriebe sowie Praktiker der gewerkschaftlichen Handwerksarbeit, bzw. Betriebsarbeit mit dem Thema: "Klein- und Mittelbetriebe im Strukturwandel: Gewerkschaftliche Interessenvertretung und regionale Innovation"⁸⁰. Im Bereich Handwerk ging es um Wirtschafts- und Gewerbeförderung (Michael Geuenich und Rainer Neumann); Strukturwandel und Mitbestimmung (Wolfgang Rudolph); um dessen Zukunft am Beispiel der GHK (Barbara Galla) sowie um die Arbeitnehmervertretung im Kfz-Handwerk (Stefanie Weimer). Darüber hinaus wurde zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Klein- und Mittelbetrieben ein einführender Bericht (Wolfram Wassermann) vorgelegt, weitere Beiträge spezifizierten dies für die IG Metall (Hannelore Elze), für das strategische Konzept der 'Industrial Districts' (Werner Sengenberger) sowie für Italien (Giovani Speranza, Gianni Baro u. Gianni Corna). Die ostdeutschen Besonderheiten beschriebener Problemfelder wurden bei dieser Tagung nicht behandelt.

Bei der Analyse der Betriebsratswahlen von 1994 und dem Vergleich zu vorangehenden Wahlen durch Rudolph/Wassermann⁸¹, kamen auch die strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Betriebsräte in den Blick. Hier wurde jedoch nicht nach Handwerk und Industrie unterschieden. Durch die geringe Präsenz großbetrieblicher Strukturen in Ostdeutschland sei für alle Gewerkschaften eine Betriebsratsarbeit

⁷⁸ Die Deutsche Betriebsverfassung sei ein Einrichtung für Großbetriebe und die Kleinbetriebe damit ein Bereich minderen Rechts (vgl. Wassermann 1992, S. 41 ff). Zur Rechtsproblematik in Kleinbetrieben sei nochmals auf die Beiträge von Schöntag in Friedrich-Ebert-Stiftung (1996) Wahsner (1996) und Löwisch (1997) verwiesen.

⁷⁹ Dies braucht hier jedoch nicht weiter erörtert werden, da die neuen gewerkschaftlichen Ansätze im Handwerksbereich bereits in oben behandelte Modellprojektstudie (Wassermann 1995) ausführlich dargestellt wurden.

⁸⁰ Vgl. den Ergebnisbericht dieser Fachtagung: Rudolph, Wolfgang / Wassermann Wolfram 1995: Kleinbetriebe, Gewerkschaften und regionale Entwicklung. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

⁸¹ Vgl. Rudolph, Wolfgang / Wassermann, Wolfram 1996: Betriebsräte im Wandel. Aktuelle Entwicklungsprobleme gewerkschaftlicher Betriebspolitik im Spiegel der Betriebsratswahlen. Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung. Münster.

vorwiegend in kleinen Betrieben festzustellen. Die Betriebe mit Betriebsräten hätten im Ost/West-Vergleich verschiedener Gewerkschaften folgende durchschnittliche Beschäftigtenzahlen: GHK 73/158; NGG 94/157; GTB (jetzt IG Metall) 94/144; IG Medien 104/156; HBV 110/200; IG Metall 172/321. Bei allen Gewerkschaften liegen die durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen der ostdeutschen Betriebe mit Betriebsräten also deutlich unterhalb der westdeutschen Werte; bei der IG Metall etwa auf halbem Niveau. Die Zwischenbilanz nach vier Jahren Betriebsratspraxis im Osten Deutschlands wird in einem eigenen Kapitel (156-172) unter dem Stichwort der Konsolidierung zusammengefaßt. Die Betriebsratsarbeit finde vorwiegend in kleinen Betrieben, mit deutlichen Schwächen auf überbetrieblicher Ebene statt. In den ostdeutschen Betriebsräten haben Angestellte und Frauen mehr Gewicht als im Westen. Eine hohe Fluktuation in den Betriebsräten sei die Folge großer Umstrukturierungen, aber auch auf Resignation durch häufig dramatischen Personalabbau oder beruflicher Umorientierung von Betriebsratsmitgliedern zurückzuführen. Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten ostdeutschen Betriebsräte liege zwar noch niedriger, nähere sich jedoch den westdeutschen Werten.⁸²

Eine branchenspezifische Analyse gewerkschaftlicher Interessenpolitik im Handwerk existiert im Bereich des Metall- und Elektrohandwerks bisher nur für das Kfz-Handwerk. Diese von Heidling als Dissertation vorgelegte Untersuchung markiert einen Weg, wie auch die anderen Sektoren des Metall- und Elektrohandwerkes systematisch unter dem Gesichtspunkt institutionalisierter Interessenvertretung überprüft werden

⁸² Zur Entstehung von Betriebsräten in ostdeutschen Handwerksbetrieben ist keine Untersuchung bekannt. Zur Entstehung und Entwicklung ostdeutscher Betriebsräte in Industriebetrieben liegen einige Studien vor. Vgl. Kädtler, Jürgen / Kottwitz, Gisela / Weinert, Rainer 1997: Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionalisation und Handlungskonstellationen, 1989-1994. Opladen; Jander, Martin / Lutz, Stefan 1991: Betriebsräte in der ehemaligen DDR. Eine vernachlässigte Institution. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung. Nr. 66; Ruppert, Burkard 1996: Die Transformation betrieblicher Interessenvertretung im Übergang von der DDR zur Bundesrepublik. Eine Untersuchung am Beispiel des Chemnitzer Apparate- und Anlagenbauunternehmens Germania (Oktober 1989 bis März 1991). Frankfurt; Segert, Astrid 1992: Wie ein streitfähiger Betriebsrat entsteht. Metamorphose einer realsozialistischen Arbeitnehmervertretung am Beispiel der Stahl- und Walzwerke Brandenburg GmbH. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 71. Auch für Westdeutschland liegen keine Studien zu Betriebsräten im Handwerk vor. Es gibt jedoch einige sehr gute Untersuchungen zu Betriebsräten in Industriebetrieben: Vgl. Kotthoff, Hermann 1994: Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung. München; Kotthoff, Hermann 1981: Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb. Frankfurt, New York.

könnten.⁸³ Bei der Verortung des Kfz-Gewerbes innerhalb des Netzwerkes Automobilproduktion wurde einleitend die betriebliche Sozialverfassung rekonstruiert und dabei der Typ kooperativer Arbeitsbeziehung in den Blick genommen. Die Analyse der ökonomischen und organisatorischen Rahmenbedingungen im Kfz-Gewerbe unterteilt sich in die Untersuchung des branchenspezifischen Verhältnisses von Groß- und Kleinbetrieb, der Standesorganisationen und der IG Metall. Den Kern der Untersuchung bildet die Tarifpolitik im Kfz-Gewerbe. Einleitend wird hier das bundesrepublikanische Tarifvertragssystem vorgestellt, um dann die Tarifpolitik im Kfz-Gewerbe in drei zentralen Bereichen darzustellen: Arbeitszeit, Lohn und Leistung sowie Qualifikation. Trotzdem sich Heidling mit der Analyse der Interessenvertretung auf das westdeutsche Kfz-Gewerbe beschränkt hat, empirische Hinweise zu ostdeutschen Entwicklungen seien nur am Rande eingearbeitet worden⁸⁴, sind die Ergebnisse auch für das ostdeutsche Kfz-Gewerbe von hohem Interesse. Immerhin nimmt das ostdeutsche Kfz-Gewerbe im Netzwerk Automobilproduktion einen ähnlichen Platz ein wie das westdeutsche.

Wenn auch Verallgemeinerungen wegen der besonderen Eingebundenheit des Kfz-Gewerbes in das zentrale Netzwerk der Automobilproduktion unterbleiben müssen, so das Resümee am Ende der Studie: "lassen sich weiterhin stabile Funktionsmechanismen im System industrieller Beziehungen feststellen. Aber trotz dieser eher positiven allgemeinen Einschätzung, werden "Verhandlungsblockaden in einzelnen Verhandlungsfeldern mit weitreichenden Folgen für die Arbeitskräfte im Kfz-Gewerbe", also auch mögliche "Erosionstendenzen für das gesamte System industrieller Beziehungen" diagnostiziert. Die IG Metall wird dahingehend kritisiert, daß sie bisher die strukturell guten Voraussetzungen ihrer starken Stellung in der Automobilindustrie noch zu wenig mit der erst schwach ausgebildeten Gewerkschaftsarbeit im Kfz-Handwerk vernetzt.

Sowohl der DGB als auch die IG Metall haben zur gewerkschaftlichen Arbeit im Handwerk immer wieder Veröffentlichungen vorgelegt. Die regelmäßig erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften des DGB sind: "Handwerk: Informationen des DGB"

⁸³ Vgl. Heidling, Eckhard 1997: Interessenvertretung im Netz. Institutionalisierte Interessenvertretung im Kfz-Gewerbe. Veröffentlichungen aus dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., ISF München. Frankfurt.

⁸⁴ Die Untersuchung von Heidling zum Kfz-Gewerbe basiert auf einer 1990/91 durchgeführten Betriebsrätebefragung in 52 westdeutschen Betrieben aller Betriebsgrößenklassen ab 20 Arbeitnehmern sowie auf den Daten der Betriebsratswahl von 1987.

(zweimonatlich) und "Informationen für Funktionäre im Handwerk" (unregelmäßig).⁸⁵ Außerdem wurden vom DGB immer wieder Orientierungen für die Handwerksarbeit ausgegeben⁸⁶ und damit die Aufgabenstellungen auf dem Gebiet der Handwerksarbeit definiert sowie die Modalitäten, wie Zusammensetzung und Aufgabenbeschreibung, für die "Arbeitskreise Handwerk" festgelegt. Danach ist ein "Arbeitskreis Handwerk" auf der Ebene des DGB-Bundesvorstandes, aller DGB-Landesbezirke sowie am Sitz einer jeden Handwerkskammer zu bilden. Diese Arbeitskreise sollen die Arbeit der Arbeitnehmervertreter in der Selbstverwaltung des Handwerks auf allen Ebenen unterstützen und koordinieren.

Auch die Abteilung Handwerk der IG Metall gibt "Arbeitshilfen" für die gewerkschaftliche Handwerksarbeit heraus.⁸⁷ Seit 1992 wurden 22 Arbeitshilfen veröffentlicht. Das Themenspektrum erstreckt sich von Hilfestellungen bei Betriebsratswahlen⁸⁸, über Papiere zu Konferenzen und Gewerkschaftstagen, bis hin zu Kündigungsschutz, Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie, betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsschutz, Handwerkszählung 1995, "kleiner Gesellenbrief" sowie Anregungen und Tips für Berufschulaktionen, oder das neue Gesetz zur Ordnung des Handwerks. Für die Restrukturierung der gewerkschaftlichen Handwerksarbeit besonders hervorzuheben sind hier die beiden Arbeitshilfen "Arbeitsprogramm: IGM-Gerüst für den Wirtschaftszweig Handwerk" (1995) sowie "Richtlinien für eine praxisgerechte Handwerksarbeit der IG Metall" (1997). Im Rahmen des IG Metall Projektes Mitgliederentwicklung wurde

⁸⁵ Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Handwerk. Informationen des DGB. Erscheint zweimonatlich. Köln-Portz; Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Informationen für Funktionäre im Handwerk. Erscheint unregelmäßig. Düsseldorf.

⁸⁶ Am 6. Februar 1996 wurden durch einen Beschluß des DGB Bundesvorstand "Leitlinien für die DGB-Handwerksarbeit" beschlossen und damit die "Richtlinien für die Handwerksarbeit des DGB" von 1977 aufgehoben. Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 1996: Leitlinien für die DGB-Handwerksarbeit. In: Informationen für Funktionäre im Handwerk. Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Sekretariat Handwerk, Nr. 3/45/1996, S.10-14.

⁸⁷ Vgl. IG Metall, Vorstand, Abteilung Handwerk: Arbeitshilfe Handwerk. Materialien für die Handwerksarbeit. Überblick zu den bisherigen Veröffentlichungen.

⁸⁸ Zur Unterstützung bzw. Gründung von Betriebsräten vgl. folgende Veröffentlichungen: IG Metall, Abt. Handwerk (Hrsg.) 1990: Arbeitshilfe für Betriebsräte in Betrieben mit bis zu 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern. Frankfurt; IG Metall, Abt. Handwerk (Hrsg.) 1990: Arbeitshilfe für Betriebsräte mit 21 - 150 wahlberechtigten Arbeitnehmern. Frankfurt; IG Metall, Abt. Handwerk (Hrsg.) 1993: Arbeitshilfe für die Betriebsratswahl in Klein- und Mittelbetrieben mit 5 -50 wahlberechtigten Arbeitnehmern und 51 wahlberechtigten Arbeitnehmern bis 150 Arbeitnehmern. Frankfurt; IG Metall, Abt. Gewerkschaftliche Betriebspolitik (Hrsg.) 1994: Handbuch für Verwaltungsstellen und ehrenamtliche Gewerkschaftsbeauftragte zur Gründung von Betriebsräten. Frankfurt.

auch ein Arbeitsheft zu Klein- Mittel- und Handwerksbetrieben veröffentlicht.⁸⁹ Hier wurden praktische Ratschläge und Hinweise zu folgenden Schwerpunkten gegeben: Mitgliederentwicklung und -betreuung durch Ehrenamtliche sowie durch gewerkschaftliche Stützpunkte; Gründung und Betreuung von Betriebsräten durch Ehrenamtliche; Unterstützung von Konzern- bzw. Gesamtbetriebsräten in Handwerkskonzernen.

Eine deutliche Neugewichtung der IG Metall Handwerksarbeit ist durch ein für die Dauer von drei Jahren vorgelegtes Förderungsprojekt erkennbar. Nach einem halben Jahr Vorlaufphase startet dieses Projekt im Jahre 2000. Dabei werden in jedem der sieben IG Metall Bezirke zwei politische Sekretäre eingestellt, die den Verwaltungsstellen bei Aufbau und Entwicklung einer systematisch angelegten Handwerksarbeit Anregungen und Unterstützung anbieten werden. Dieses zentral koordinierte Projekt, jährlich mit 3 Mio. DM ausgestattet, soll dazu beitragen, neue Mitglieder im Handwerk zu gewinnen und das dort bisher Erreichte zu festigen. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn es gelingt, die Formen der politischen Arbeit, wie bspw. Pressearbeit, Telefonbetreuung durch B-Teams (B = Betreuung und Beratung),⁹⁰ Gespräche im Betrieb usw., der besonderen Situation der im Handwerk Beschäftigten anzupassen.

3.6 Christliche Gewerkschaft Metall (CGM)

Tarifverträge im Metall- und Elektrohandwerk werden nicht nur von der IG Metall, sondern auch von der Christlichen Gewerkschaft Metall geschlossen. Eine Einführung in die Herausbildung der Christlichen Gewerkschaften seit 1894, vor allem aber das Herausarbeiten von deren Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Abgrenzungskonflikte zu den sich herausbildenden Einheitsgewerkschaften hat Schroeder in seiner Untersuchung über das Verhältnis von Katholizismus und Einheitsgewerkschaft detailliert nachgezeichnet und analysiert.⁹¹ Er zeigt, daß "bis weit in die 60er Jahre hinein [...] die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und

⁸⁹ Vgl. IG Metall, Vorstand (Hrsg.): 1996: Klein-, Mittel- und Handwerksbetriebe, Arbeitsheft 2, Projekt Mitgliederentwicklung.

⁹⁰ Vgl. Direkt, Der Info-Dienst der IG Metall 1997, Nummer 11, S. 2: Das Problemkind der IG Metall.

⁹¹ Vgl. Schroeder, Wolfgang 1992: Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960.

Einheitsgewerkschaft durch Konkurrenz und Konflikt gekennzeichnet" waren. "Insbesondere Teile des Katholizismus bestritten in den 50er Jahren die Legitimation der Einheitsgewerkschaft; aus dem Katholizismus kam 1955 sogar die Initiative zur Neugründung einer christlichen Richtungsgewerkschaft." Deren Gründung 1955 "und deren offizielle Befürwortung durch die westdeutschen Bischöfe 1957" bildeten neben den Kontroversen von Viktor Agartz und Oswald von Nell-Breuning (1954/1955) und den Debatten um den DGB-Bundestagswahlauftritt zugunsten der SPD erst den Stoff, durch den die "Einheitsgewerkschaft zum konstitutiven Element der Bundesrepublik wurde." (13 f). Schroeder zeichnet die "Grundlinien des traditionellen Richtungskonfliktes zwischen sozialdemokratischer und katholischer Arbeitnehmerbewegung und seines Weiterwirkens nach dem Zweiten Weltkrieg" nach. Seine Antwort auf die Frage nach Einflußnahme des Sozialkatholizismus auf die DGB-Gewerkschaften lautet, daß "eben diese Konflikte den Niedergang des klassischen Sozialkatholizismus wie des politischen Katholizismus beschleunigten und letztlich vollendeten, andererseits aber sozialistische Positionen in den Einheitsgewerkschaften dabei zugleich an Einfluß verloren." (15)

Das aktuelle Wirken der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) wurde von Buchholz bezogen auf deren tarifpolitische Wirksamkeit und Konkurrenz zur IG Metall untersucht.⁹² Zentrale Ausgangsüberlegung dieser Untersuchung: juristisch stehe noch offen, ob die CGM eine Gewerkschaft sei; deshalb sei auch ungeklärt, ob deren "Tarifverträge" im Rechssinne Gültigkeit beanspruchen können. Vor diesem Hintergrund zeigt Buchholz, daß verschiedene Arbeitsgerichte bestimmten CGM-Tarifverträgen die Anwendbarkeit in Betrieben absprachen. Außerdem habe die CGM nach eigenen Angaben nur 110.000 Mitglieder, zwischenzeitlich sogar nur noch 94.000. Realistisch könne man jedoch von einer Zahl um die 50.000 Mitglieder ausgehen. Buchholz prüft die CGM auf Herz und Nieren indem er bei der Behandlung der Themen: Organisation, Tradition, Politik, tarifpolitische Ziele, Betriebspolitik, Betriebsratswahlen und Tarifverhandlungen die Schwäche der CGM nachweist. Eine kurze Darstellung der Haltung des Bundesarbeitsgerichtes zur Tariffähigkeit und ein Ausblick auf die mögliche Zukunft der CGM stehen am Ende dieser Untersuchung, die letztlich die Tariffähigkeit der CGM bestreitet.

⁹² Vgl. Buchholz, Goetz 1996: Christliche Gewerkschaft Metall. Gewerkschaftsfreiheit oder Tariffumping? Hrsg. IG Metall, Vorstand. Frankfurt.

In einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, äußerte sich der "gewerkschaftspolitische Sprecher" der FAZ, Rainer Hank, zur Tarifproblematik mit der CGM in Ostdeutschland.⁹³ Habe die CGM im ostdeutschen Handwerk schon einige Erfolge errungen, so sei durch den Tarifvertrag Phönix für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erstmals eine tarifpolitische Regelung für die Industrie zwischen CGM und Arbeitgeberverband Ostmetall vereinbart worden. Die IG Metall nenne Phönix eine Mogelpackung oder Fata Morgana. Diese Einschätzung der IG Metall trifft insofern zu, da die sehr komplizierten tarifpolitischen Regelungen von Phönix bisher keine Anwendung finden.

3.7 Tarifpolitik und Handwerk

Tarifpolitik im Handwerk wird - wie in der Industrie - von zwei Tarifvertragsparteien betrieben. Den Gewerkschaften auf Seiten der Arbeitnehmer stehen die Innungen und Innungsverbände als Akteure der Arbeitgeber gegenüber. Im Unterschied zu den privatrechtlichen Arbeitgeberverbänden der Industrie, sind die Innungen und Innungsverbände aber Körperschaften öffentlichen Rechts. Diese doppelte Stellung als Tarifvertragspartei und Körperschaft öffentlichen Rechts ist möglich, da die Mitgliedschaft in der Innung - im Unterschied zur Zwangsmitgliedschaft in der Handwerkskammer - auf Freiwilligkeit beruht.

Wöhner hat in ihrer Studie die Innungen und Innungsverbände in deren Stellung als Tarifvertragsparteien nach unterschiedlichen Blickwinkeln untersucht.⁹⁴ Ein historischer Rückblick⁹⁵ zeigt die Mitte des 19. Jahrhunderts im Buchdruck einsetzende Selbstorganisation. Zunächst bildeten die Gehilfen einen Ausschuß (1838 in Leipzig) und entwickelten einen "Tarifentwurf", später (1848) forderte eine nationale Buchdruckerversammlung in Mainz auch die Arbeitgeber zur Selbstorganisation auf. Anfangs wurden jedoch kaum Tarifverträge geschlossen. Dies änderte sich auch nicht

⁹³ Vgl. Hank, Rainer 1998: Die christliche Metallgewerkschaft hofft auf neue Anerkennung. Phönix soll im Osten als alternativer Flächentarif gelten. Streit mit der IG Metall über die Mächtigkeit. In Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.9.1998.

⁹⁴ Wöhner, Annette 1992: Innungen und Innungsverbände als Tarifvertragsparteien. Hrsg. v. d. Landesvereinigung der Fachverbände des Handwerks Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf.

⁹⁵ Historisch wurde die Tarifpolitik im Handwerk auch von Reith erforscht. Vgl. Reith, Reinhold 1999: Lohn und Leistung: Lohnformen im Gewerbe 1450 - 1900. Stuttgart.

durch die Lockerung der Koalitionsverbote (1869). Die Sozialistengesetze (1878 - 1890) schränkten den Handlungsspielraum wieder ein. Ende des 19. Jahrhunderts gab es dann einen richtigen Schub der Selbstorganisation im Handwerk: "Der Anteil der in Innungen organisierten selbständigen Handwerker stieg im Zeitraum von 35 Jahren (1896 - 1931) von 25% auf 70%." (14 f) Mit dem nun organisierten Arbeitgeber konnten zunehmend mehr Tarifverträge ausgehandelt werden, seit 1898 mit wachsender Beschleunigung. 1918 folgte dann auch die gesetzliche Anerkennung der Tarifvertragsbeziehungen. Ein erster Konflikt um die Tariffähigkeit der Innungen entstand, da sie dadurch einseitig als Partei der Meister fungiere. Dieser Konflikt wurde 1922 beigelegt, und den Innungen die Tarifvertragsfähigkeit durch Rechtsprechung faktisch zuerkannt, ohne dem eine formelle Gesetzeskraft zu geben. Damit wurde eine jahrhundertelange Tradition fortgesetzt, nämlich die praktische und behördliche Anerkennung der Tariffähigkeit der Innungen. Der Auflösung der Gewerkschaften 1933 folgte die Auflösung der Innungen 1934. Damit waren für die Zeit des Nationalsozialismus die Träger des kollektiven Arbeitsrechts beseitigt und durch staatliches Zwangsrecht ersetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es - wie schon in den 20er Jahren - eine erneute Debatte über die Tariffähigkeit der Innungen im Spannungsfeld der Funktion als Tarifpartei und gleichzeitig auch als Körperschaft öffentlichen Rechts.⁹⁶

Innungen und Innungsverbände - so Wöhner - "sind Berufsverbände (Arbeitgeberverbände), die einen wesentlichen Anteil an der Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen im Bereich des Handwerks haben. Ihr wichtigstes Instrument zur Erfüllung dieser Aufgabe bildet der Tarifvertrag." (41) Die Bedeutung des Tarifvertrages wird anhand von dessen Häufigkeit dargestellt: Seit 1949 wurden im Handwerk 234.000 Tarifverträge geschlossen, davon waren Anfang der 90er Jahre noch 32.000 gültig. 3/4 davon waren Verbands- und 1/4 Firmentarifverträge. 1989 verteilten sich die gemeldeten Tarifverträge folgendermaßen: 29 wurden von Innungen, 77 von Landesinnungsverbänden und 11 von Bundesinnungsverbänden abgeschlossen. Somit wurden 2/3 der Tarifverträge von Verbänden geschlossen. Der

⁹⁶ Bei der Diskussion um das Gesetz zur Ordnung des Handwerks äußerte sich der Abgeordnete Stücklen 1953: "Es wäre einfach widersinnig und anorganisch, wollte man im Handwerk Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen aufbauen. Hier herrscht noch der berufsständische Charakter einer großen Einheit von Meister, Geselle und Lehrling. Hier stehen tatsächlich alle drei an einem Arbeitsplatz, einer geht dem anderen zur Hand, einer ist des anderen Helfer, und der Geselle von heute ist der Meister von Morgen." (S. 38, zitiert nach Bundestagsprotokoll vom 26. März 1953, S. 12547 (Stücklen)). Die große Mehrheit der Abgeordneten stimmte für den Entwurf eines Gesetzes zur Ordnung des Handwerks.

zahlenmäßige Anteil alleine sagt jedoch wenig, da die Reichweite der landes- bzw. bundesweit wirksamen Verbandstarifverträge natürlich bedeutend größer ist, als die der lokal begrenzten Innungsverträge.

Für die Arbeitgeber gewinnt der Tarifvertrag an Bedeutung wegen der Rationalisierung bei der Vertragsgestaltung und wegen der Kartellwirkung durch die regional oder bundesweit gültigen Verbandstarife. Die Bedeutung für die Arbeitnehmer besteht in deren Schutz durch die unmittelbare bzw. zwingende Wirkung des Tarifvertrages.

Wöhner verwendet einen großen Teil ihrer Studie darauf, die Bedingungen der Wirksamkeit von Tarifverträgen im Handwerk zu überprüfen. Die Tariffähigkeit von Innungen und Innungsverbänden wird anhand gesetzlicher Regelungen, Verfassungsmäßigkeit und Reichweite überprüft. Das Problem der Tarifkonkurrenz bei gleichzeitig gültigen Innungs- und Verbandstarifverträgen wird gelöst durch eine Entwertung des Innungstarifvertrages; er kann also durch die Verbandstarifverträge leicht verdrängt werden.

Auch die Bedingungen für einen Abschluß von Tarifverträgen werden genauestens geprüft. Unterschieden wird hier nach eigenen Tarifverträgen der Innungsverbände und nach solchen, die in Vollmacht der Mitglieder abgeschlossen werden. In beiden Fällen werden Voraussetzungen und dann aber auch Auswirkungen geprüft.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Analyse widmet sich der Tarifgebundenheit der von Innungen und Innungsverbänden abgeschlossenen Tarifverträge. Dabei wird die tarifgebundene Person, der Beginn und die Beendigung der Tarifgebundenheit, sowie der Rechtscharakter der Regelung über die Tarifgebundenheit in den Blick genommen. Auch hier wird wieder unterschieden nach den Regelungen für Innungen und denen für die Landes- und Bundesinnungsverbände.

Ein abschließendes Kapitel widmet sich den Auffassungen in Rechtsprechung und Literatur zu verschiedenen Fragen von Mitgliedschaft und Tarifgebundenheit.

Eine der wenigen Studien, die sich systematisch mit Arbeitszeit und Tarifrecht im Handwerk auseinandersetzen wurde von Oppolzer/Zachert vorgelegt.⁹⁷ Eingangs

⁹⁷ Vgl. Oppolzer, Alfred / Zachert, Ulrich 1996: Arbeitszeit und Tarifrecht im Handwerk. Expertise für die Zukunftswerkstatt e.v. der Handwerkskammer Hamburg im Rahmen des Verbundforschungs- und Entwicklungsvorhabens "Chancen und Risiken des Demographischen Wandels - eine Strategiestudie für das Handwerk, Hamburg, 30. September 1996 (überarbeitet Fassung Januar 1997). Oppolzer/Zachert legten die Ergebnisse ihrer Untersuchung noch in zwei weiteren Veröffentlichungen vor: Oppolzer, Alfred / Zachert, Ulrich 1998: Arbeitszeit und Tarifverträge im Handwerk. In: WSI-Mitteilungen, 51 (1998), Heft 2, S. 102-115; sowie Oppolzer, Alfred / Zachert, Ulrich 1998: Arbeitszeit und Tarifgestaltung im Handwerk bis zum Jahr 2010. Zur Zukunft des Handwerk. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 49 (1998), Heft 9, S. 595-506. Vgl. auch Dörsam, Pia 1997:

verweisen sie auf die bis heute noch unterschätzte Bedeutung des Handwerks in der bundesrepublikanischen Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme der Arbeitszeiten im Handwerk sei sehr problematisch, da auch in der Handwerkszählung 1995 hierzu keine Daten erhoben wurden. Es gibt also keine laufende amtliche Statistik über die im Handwerk geleisteten oder tariflich vereinbarten Arbeitszeiten. Deshalb wurde auf Teilaspekte der amtlichen Statistik, auf Daten der Fachverbände, empirische Studien und Befragungen zurückgegriffen.

Generell könne man von einer großen und weiter wachsenden "Arbeitszeit-Drift" ausgehen; die effektive übersteigt also die tarifliche Arbeitszeit erheblich. Diese "Arbeitszeit-Drift" wäre real noch stärker, da man davon ausgehen müsse, daß auch die amtlichen Statistiken die Wirklichkeit nicht "eins zu eins" wiedergeben können, seien doch auch die Statistiken nur das Ergebnis von Angaben aus den Klein- und Kleinstbetrieben des Handwerks. Aus einer Befragung über die Verbreitung flexibler Arbeitszeiten im Handwerk, so Oppolzer/Zachert, haben Rühl/Melcher/Heitze⁹⁸ herausgefunden, daß ca. 28% aller befragten Handwerksunternehmen Formen flexibler Arbeitszeiten anwenden, vor allem die Form der Teilzeitbeschäftigung. Dabei werden bevorzugt Frauen und ältere Arbeitnehmer beschäftigt. Die Branchenverteilung ist jedoch sehr unterschiedlich: liegt der Anteil flexibler Arbeitszeit im Nahrungsmittelhandwerk bei ca. 70% der Unternehmen, so liegt er in den Gruppen Metall (27%), Bekleidung, Textil, Leder (25%) und Holz (22%) sowie Bau und Ausbau (10%) deutlich niedriger. Zwei weitere Studien beziffern den Anteil der Teilzeitarbeit im Handwerk zwischenzeitlich auf ca. 50%. Oppolzer/Zachert nennen dafür folgende Gründe: "Die weite Verbreitung und die Zunahme flexibler Arbeitszeitregelungen läßt sich letztlich nur dadurch erklären, daß sich hier offenbar technisch-organisatorische Erfordernisse und wirtschaftliche Interessen der Unternehmen treffen mit persönlich-familiären Gegebenheiten und privaten Bedürfnissen der Beschäftigten." (Oppolzer/Zachert 1998, S. 107) Das Handwerk habe "im 'Windschatten' der Tarifvereinbarungen im industriellen Bereich ganz überwiegend mehrere Etappen des Weges zur 35-Stunden-Woche zurückgelegt. Unterschiede bestehen im Umfang und in der Geschwindigkeit der Arbeitszeitverkürzung." (110) Dieser Befund wird an den Ergebnissen ausgewähl-

Arbeitszeitflexibilisierung in Klein- und Mittelbetrieben. In: Arbeit und Arbeitsrecht, 52 (1997), Heft 8, S. 261-265.

⁹⁸ Vgl. Rühl, G. / Melcher, S. / Heitz, F. 1988: Flexible Arbeitszeitstrukturen im Handwerk. Eine empirische Analyse der Einsatzmöglichkeiten im ausgewählten Handwerkszweigen. Veröffentlichung des Instituts für Technik der Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Kösching.

ter Tarifverträge belegt. Am Ende der Untersuchung zeigen Oppolzer/Zachert Blockaden und Ansätze für Handlungsoptionen zur Fortentwicklung der tariflichen Arbeitszeitregelung. Wenn auch der niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad und die schwache Repräsentanz von Betriebsräten im Handwerk als Problem beschrieben werden, so zeichnet das Zukunftsszenario eine Tendenz, bei der sich die "Dezentralisierung in den Bereichen von Arbeitszeit und Lohn weiter fortsetzt, ohne daß die tariflichen Grundstrukturen hierbei grundsätzlich in Frage gestellt werden." Das Handwerk könnte vielleicht sogar "ein 'postmodernes Zukunftslaboratorium' mit allen Ambivalenzen für das sein, was in den industriellen und Dienstleistungsbranchen außerhalb des Handwerks im Bereich der Tarifstrukturen möglicherweise noch zu erwarten sein wird" (115).

Mit der Studie von Heidling zum Kfz-Handwerk, die hier bereits im Kapitel 'Gewerkschaften und Betriebsräte im Handwerk' vorgestellt wurde, liegt die einzige systematische Untersuchung der Tarifpolitik einer Handwerksbranche des Metall- und Elektrohandwerks vor.⁹⁹ Wie oben bereits erwähnt, ist die Studie zwar auf das westdeutsche Kfz-Gewerbe eingegrenzt, wegen der engen Verflechtung des Kfz-Handwerks mit der Automobilproduktion sind die Ergebnisse aber auch für das ostdeutsche Kfz-Gewerbe von Bedeutung.

Im Hauptteil dieser Studie wird einleitend das bundesrepublikanische Tarifvertragssystem vorgestellt, um dann die Tarifpolitik im Kfz-Gewerbe in drei zentralen Bereichen darzustellen: Arbeitszeit, Lohn und Leistung sowie Qualifikation. Heidling stellt zur Tarifpolitik zusammenfassend fest: "Der IG Metall ist es gelungen, Regelungen der Metallindustrie auf das Kfz-Gewerbe zu übertragen, das durch einen geringen Organisations- und Mobilisierungsgrad gekennzeichnet ist. Insoweit läßt sich immer noch davon ausgehen, daß das Tarifvertragssystem vereinheitlichende Wirkungen besitzt und auf einem grundsätzlich, aus dem Industriegewerkschaftsprinzip resultierenden Solidareffekt beruht, der gewährleistet, daß auch schwach organisierte Branchen von den gewerkschaftlichen Erfolgen in anderen Branchen profitieren, auch wenn - wie im Kfz-Gewerbe - dies zeitverzögert erfolgt." (192) Das Handwerk sei jedoch nicht ausschließlich auf die Rolle des "Trittbrettfahrers" festgelegt, beispielsweise habe das bayerische Kfz-Handwerk als Vorreiter einen einheitlichen Vergü-

⁹⁹ Vgl. Heidling, Eckhard 1997: *Interessenvertretung im Netz. Institutionalisierte Interessenvertretung im Kfz-Gewerbe. Kapitel IV: Strukturen, Funktionen und Ergebnisse des normierten Verhandlungssystems im Kfz-Gewerbe*, S. 111-210. Frankfurt / New York.

tungstarifvertrag eingeführt.

Die größte tarifpolitische Schwierigkeit des Kfz-Handwerks entstehe vor dem Hintergrund von dessen rechtlicher Selbständigkeit bei gleichzeitiger ökonomischer Abhängigkeit von der Automobilindustrie. Diese sei in der Lage "mitbestimmungsrechtliche Positionen zu umgehen und in 'Marktbeziehungen' hierarchische Elemente einzubauen". Dadurch entlaste sich die Automobilindustrie und gleichzeitig habe die Interessenvertretung in den betroffenen Betrieben keine Chance darauf Einfluß zu nehmen: "Dies kann wie im Kfz-Gewerbe dazu führen, daß auch normierte Verhandlungsgegenstände sich in den angelagerten Betrieben nicht mehr umsetzen lassen. Weder die Gewerkschaften noch die Betriebsräte haben bisher eine umsetzungsfähige Strategie entwickelt, um mit dieser Problemkonstellation umzugehen." (202).

Tarifpolitik in ostdeutschen Kleinbetrieben wurde bisher nur in der von Brussig und einer Autorengruppe herausgegebenen Studie erörtert.¹⁰⁰ Die untersuchten 124 Betriebe sind jedoch alle aus der Industrie. Diese umfassende Studie zu Entstehung und Struktur, ökonomischen Problemen und Entwicklungspotentialen, innerbetrieblichen Strukturen und Prozessen sowie Kooperationsverhalten und regionalen Besonderheiten in ostdeutschen Kleinbetrieben widmet sich in einem Unterkapitel den Entlohnungsbedingungen und Arbeitsbeziehungen: "Zwischen formaler Tarifbindung und faktischer Entlohnung kommt es in den untersuchten ostdeutschen Kleinbetrieben zu einer deutlichen Diskrepanz: Auch die tarifgebundenen Betriebe zahlen nicht immer Tariflohn. Nicht tarifgebundene Unternehmen bleiben überwiegend unter dem Tarifniveau. Der faktische Umgang mit dem vorgegebenen Tarifniveau ist also von der formalen Tarifbindung relativ entkoppelt." (147). Werde die formale Tarifbindung wesentlich durch Betriebsgröße und Entstehungshintergrund bestimmt, so gelte dies bei der faktischen innerbetrieblichen Ausgestaltung der Entlohnung nur noch eingeschränkt. Obwohl das Handwerk nicht berücksichtigt wurde, ist anzunehmen, daß die Ergebnisse auch den Trend der Tarifpolitik für das kleinbetrieblich geprägte Handwerk anzeigen. Es wäre jedoch von Interesse, die betriebliche Abweichung von Tarifverträgen im Handwerk eigens zu untersuchen.

Auch ein Verbandswechsel von der Industrie in das Handwerk kann als tarifpolitisches Werkzeug eingesetzt werden. Die Handwerksinnungen als Tarifvertragspartei werden

¹⁰⁰ Vgl. Brussig, Martin u.a. (Hrsg.) 1997: Kleinbetriebe in den neuen Bundesländern. Opladen. S. 145-151.

hin und wieder von Betrieben aufgesucht, die zuvor Verbandsmitglied eines Industrieverbandes waren. Solche Verbandswechsel zum Handwerk mit den dort in der Regel niedriger liegenden Tarifverträgen kommen bisher jedoch nur sehr selten vor. In der Studie von Schroeder/Ruppert zu Austritten aus vier regionalen Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (VMI, Südwestmetall, Hessen-Metall und als einziger ostdeutscher Verband der sächsische VSME) wurden im Zeitraum von 1990 bis 1995 für Sachsen nur vier Übertritte kleinerer Betriebe in das niedriger bezahlte Handwerk festgestellt.¹⁰¹ Bei insgesamt 73 ostdeutschen Austritten fallen also die Übertritte zu einer Handwerksinnung mit ca. 5 Prozent kaum ins Gewicht. Die Verbandswechsel zum Handwerk in den drei westdeutschen Verbandsgebieten lagen mit vier Übertritten bezogen auf die insgesamt 88 dortigen Austritte sogar noch niedriger.

Die IG Metall ist sich der schwierigen Lage im Handwerk bewußt und versucht diesem auch tarifpolitisch wichtigen Bereich mehr Bedeutung beizumessen. In einer Entschlußung zur Sicherung der Tarifautonomie und Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages wurde als organisationspolitische Herausforderung auch das Handwerk benannt: "Die organisations- und tarifpolitischen Schwachstellen im Metallhandwerk werden immer deutlicher. Der Stellenwert des Handwerks in der Politik der IG Metall muß erhöht werden. Obwohl in einigen Regionen die Zahl der im Handwerk beschäftigten Arbeitnehmer/innen größer als die in der Metall- und Elektroindustrie ist, hat die Tarifpolitik im Handwerk nicht den entsprechenden Stellenwert in der Organisation. In vielen Handwerksbereichen haben wir offene bzw. tariflose Zustände. Als Beispiel steht das Elektrohandwerk, wo wir fast bundesweit offene bzw. tariflose Zustände haben. Daher muß ein Konzept entwickelt werden, wie wir in den Metallhandwerksbranchen tariffähig bleiben bzw. wieder werden."¹⁰² Das Erkennen dieser Schwächen ist ein Anfang, mögliche positive Änderungen werden erst in ein paar Jahren erkennbar nachzuweisen sein. Mit dem schon erwähnten Förderprojekt zum Handwerk - das ab 2000 für drei Jahre angelegt wurde - könnte es der IG Metall gelingen, nicht nur neue Mitglieder zu gewinnen, sondern auch tarifpolitisch im Handwerk stärker zu werden.

¹⁰¹ Vgl. Schroeder, Wolfgang / Ruppert, Burkard 1996: Austritte aus Arbeitgeberverbänden: Eine Gefahr für das deutsche Modell? Betriebsaustritte aus regionalen Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (1990 - 1995). Marburg.

¹⁰² IG Metall 1998: Sicherung der Tarifautonomie und Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages. Beschluß des Vorstandes der IG Metall bei dessen Klausurtagung im Januar 1998.

3.8 Kleine Betriebe in Industrie und Handwerk

Der Betrieb ist der Ort an dem das Wirtschaften, Arbeiten und Leben von Arbeitnehmern und Unternehmern tagtäglich stattfindet. Neben den anderen hier vorgenommenen Zugängen zur Wirklichkeit des Handwerks zeigt der Zugang über die Welt des Kleinbetriebes vielleicht am deutlichsten, wie im Mikrokosmos des Handwerksbetriebs ein viel konkreteres Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer gelebt wird, als man es aus der großindustriell geprägten industriesoziologischen Literatur und Politik der letzten 50 Jahre kennengelernt hat. Leider liegen bisher nur Studien vor, die sich ausschließlich mit den industriellen Kleinbetrieben, und dies - bis auf eine Ausnahme - nur für Westdeutschland, beschäftigt haben. Eine Studie hat partiell auch Handwerksbetriebe mit in die Untersuchung aufgenommen. Trotzdem lohnt sich der Blick in diese Studien durchaus auch für das Begreifenlernen der sozialen Verfassung des Handwerksbetriebes, nicht zuletzt da die Grenzen zwischen Industrie und Handwerk fließend und teilweise nur rechtlicher Natur sind. Gewinnt man einen Zugang zur sozialen Welt der Klein- und Mittelbetriebe, so schafft man - auch für die Handwerksbetriebe - die Voraussetzungen einer Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik in diesem Feld, und der Tarifpolitik im besonderen.

Die hervorragende Studie über "die soziale Welt kleiner Betriebe" von Kotthoff/Reindl gewährt einen differenzierten Einblick in das "Wirtschaften, Arbeiten und Leben im mittelständischen Kleinbetrieb".¹⁰³ Sie wird - im Vergleich zu anderen - ausführlicher dargestellt, da hier wesentliche Einsichten für die Rahmenbedingungen einer zu entwickelnden Tarifpolitik im Handwerk entwickelt wurden.

In dieser Studie wurde eine Branchenanalyse mit einer Regionalanalyse kombiniert und 52 Industriebetriebe in sechs Regionen untersucht.¹⁰⁴ Herausgearbeitet wird eine sehr überzeugende Typologie von Sozialordnungen, ein Regionalprofil mit Einschätzung der Arbeitnehmerorganisation sowie eine die Analyse nochmals zusammenfas-

¹⁰³ Vgl. Kotthoff, Hermann / Josef Reindl 1990: Die soziale Welt kleiner Betriebe. Wirtschaften, Arbeiten und Leben im mittelständischen Industriebetrieb. Göttingen.

¹⁰⁴ Untersucht wurde die Holzmöbelindustrie im "deutschen Möbelbecken Lippe-Detmold; die Polstermöbelindustrie in ihrem Zentrum Coburg (Oberfranken), der Maschinenbau in der dörflich, kleinstädtisch geprägten Region Breisgau/Hochschwarzwald sowie in der Kernstadt Stuttgart als regionalem Gegenpol; die Bekleidungsindustrie der dörflich, kleinstädtisch geprägten Region Saarland/Süd-Eifel und als Gegenpol die Stadt Frankfurt mit Offenbach und Hanau. Die Größenordnung der 52 Betriebe lag zwischen 20 und 300 Beschäftigten, es waren Betriebe mit (30) und ohne Betriebsrat (22), Betriebe mit Werkstattfertigung, teilstandardisierter Fertigung oder auch Massenfertigung.

sende Darstellung der sozialen Konstituierung des mittelständischen Industriebetriebes.

Der Klein- und Mittelbetrieb sei immer schon Gegenstand der Betrachtung von Wirtschaftswissenschaften, die die Unternehmensgröße als konstitutiven Faktor für das Wirtschaftsgeschehen nehmen. In der bundesrepublikanischen Industriesoziologie jedoch sei der Klein- und Mittelbetrieb bis Anfang der 80er Jahre nicht wahrgenommen, ja sogar "regelrecht aus ihrem Blickfeld verdrängt" worden. Im Fokus stand ausschließlich der moderne Großbetrieb, er diene als Modell und einziger Bezugspunkt. Die Kleinen galten vor dieser Meßlatte als "unvollkommen, rückständig, vorläufig und chaotisch".

Dieser verengte und verfälschte Blick auf die kleinen Betriebe sei schon mit der Entstehung der Industriesoziologie erkennbar: "Die Forschungen der Betriebssoziologie der späten 20er und 30er Jahre (Briefs, 1934, Geck, 1953), die von ihrem Ansatz her zwar einen handlungstheoretischen Betriebsbegriff hatten, berühren nur am Rande unser Thema, denn sie verkürzen die soziale Organisation auf betriebliche Sozialpolitik und auf - in normativer Perspektive ermittelte - Führungsstile. [...] Auch die Betriebssoziologie der 50er und 60er Jahre hatte wenig Sinn mit der Thematisierung des 'Sozialen'. Sie hat einem organisationswissenschaftlichen Verständnis folgend den Betrieb als formales Konstrukt (Sozialsystem, formale Organisation, Statussystem) lehrbuchartig kodifiziert und in der Spur der amerikanischen Industriesoziologie die vorgefundenen Reste von Subjektivität und Lebendigkeit in der "informatellen Organisation" verpackt.¹⁰⁵

Seit Beginn der 80er Jahre gebe es eine neue Aufmerksamkeit für Klein- und Mittelbetriebe. Unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten wurde das Leitbild Großbetrieb überprüft. Die Überlegenheit der Klein- und Mittelbetriebe in der Krise flexibel zu agieren wurde in vielen Studien diagnostiziert: Piore/Sabel (1985):

¹⁰⁵ R. Lepsius (1967) z.B. führt den Terminus Sozialordnung an der Stelle ein, wo er den von außen aus der gesellschaftlichen Konfliktregulierung kommenden Einfluß der Gewerkschaft in Gestalt der Mitbestimmung behandelt. Betriebsrat und Mitbestimmung ("Betriebsverfassung") können ein sehr bedeutsamer Gestaltungsfaktor der sozialen Organisation sein, sie sind aber nicht identisch damit. Mitbestimmungsforschung kann sich nur auf einen von vielen möglichen Aspekten der sozialen Organisation erstrecken." (9 f).

Vor allem aber die jüngere Industriesoziologie "die ihren Ehrgeiz darauf richtete, gesamtgesellschaftliche Strukturkategorien (Kapital und Lohnarbeit) im Betrieb zu reifizieren sowie einer universalen Entwicklungslogik von Industriearbeit nachzuspüren, die man im technisch-organisatorisch avancierten Großbetrieb zu entdecken glaubte", habe die soziale Welt der Betriebe ausgeblendet. "Bei der Verfolgung dieses Erkenntnisinteresses ist ihr - zugespitzt formuliert - der Begriff des Betriebes als real existierende raum-zeitliche Einheit abhanden gekommen, sie hat den Begriff des Betriebes 'aufgehoben' im gesellschaftlichen Prozeß der Kapitalverwertung". (9)

„flexibel spezialisiertes“ Produkt- und Produktionsmodell; Oppenländer (1986): „hohe Innovationsfähigkeit“; Steinle (1994) „überlegene Beschäftigungsdynamik“. Kotthoff/Reindl jedoch verfolgen eine eigene, eine andere Fragestellung. Ihnen geht es um die Analyse der sozialen Organisation von Klein- und Mittelbetrieben, um das strukturelle Gerüst, die emotionale „Gestimmtheit“, die „innere Kultur“, also die psychosoziale Wirklichkeit. Ihre Forschung geht also weit über den Rahmen der klassischen Mitbestimmungsforschung hinaus.¹⁰⁶ Die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie bringen Kotthoff/Reindl in der Einleitung folgendermaßen auf den Punkt:

- wichtigste theoretische Erkenntnis: Die Sozialorganisation eines Betriebes ist nicht aus der Kapitalverwertungsstrategie ableitbar;
- wichtigste Erkenntnis über die Qualität der Sozialordnung im mittelständischen Betrieb: 2/3 der Fallbetriebe haben einen gemeinschaftlichen Sozialtypus, 1/3 einen instrumentalistischen;
- wichtigste „soziale Entdeckung“: die Sozialfigur des Unternehmers; Der Unternehmer wurde in der Industriesoziologie immer versteckt oder als Charaktermaske bzw. anonymer Agent der Kapitalverwertungsinteressen gezeigt. Der Unternehmer ist jedoch erstens die wichtigste ökonomische Figur und zweitens die prägende Figur für die Ausgestaltung der betrieblichen Sozialordnung;
- starker Einfluß der Region auf die betrieblichen Sozialverhältnisse.

Die Typologie von Sozialordnungen, die Kotthoff/Reindl für die untersuchten mittelständischen Betriebe entwerfen, untergliedert sich in sieben Typen mit folgenden poetischen Bezeichnungen: Pragmatische Produktionsgemeinschaften (I), Imperien und Patriarchate (II), wilde Ehen (III), integrative Bürgergesellschaften (IV), Weisenhäuser (V), Marktgesellschaften (VI), und seelenlose Arbeitshäuser (VII). Man kann deutlich die Abnahme des gemeinschaftlichen Sozialtypus von I bis VII schon aus den Benennungen erkennen. Für die Untersuchung zum Handwerk soll im folgenden nur der Typ I, also die pragmatischen Produktionsgemeinschaften etwas näher beleuchtet werden, da sie dem Handwerksmodell am nächsten stehen.

Die pragmatischen Produktionsgemeinschaften sind untergliedert in die Sozialordnungen der selbstregulierenden und gelenkten Produktionsgemeinschaften sowie der

¹⁰⁶ Die Änderungen der wissenschaftlichen Wahrnehmung sei erst durch die Rezeption der angelsächsischen „labour-process-debate“, Betriebsratsforschungen, Analysen von Rationalisierungsprozessen qua neuem Technikeinsatz und durch eine erste Hinwendung zu Klein- und Mittelbetrieben möglich gewesen. Bisher jedoch würden noch strukturalistische und machttheoretische Ansätze das Denken über den Betrieb beherrschen. Der eigene Ansatz breche eine Lanze für eine antideterministische und stärker subjektivistische Sichtweise des Betriebes.

Notgemeinschaften im Frauenbetrieb. Nur die selbstregulierenden und gelenkten Produktionsgemeinschaften seien mit dem Handwerksmodell vergleichbar. Vor allem hier sei der Betrieb eingebettet in den gesamten Lebenszusammenhang. Er sei ein Familienbetrieb und lebe mit der Familie. Es gebe nur eine dünne Grenze zwischen Privatsphäre und Geschäfts- u. Arbeitssphäre. Die Verhaltensmaximen hier seien hauswirtschaftlich, also geprägt durch Sparsamkeit, Solidität und Vorsicht. Der Lebensstil dieser Kleinunternehmer und ihrer Familien sei ausgesprochen bescheiden und zurückhaltend. Das Führungsverhalten zeige einen Mangel an Chefallüren und Machtgehabe. Der Chef stehe mit fast allen auf Du. Das Dorf schaffe für alle ein ähnliches soziales Milieu als herkunfts- und lebensweltlicher Kontext, dort gebe es keinen Drang zu Distanzierung. Der Betrieb sei nur schwach auf Herrschaft gegründet, dies zeige sich in einem mitarbeitenden Chef, fehlender Hierarchie und großer horizontaler Durchlässigkeit (82-132).

Geht man nun davon aus, daß Handwerksbetriebe ähnlich zu charakterisieren wären, so gewinnt man schnell eine Vorstellung davon, wie begrenzt und problematisch sich die in Großbetrieben entwickelten Formen heutiger Mitbestimmung auf die beschriebene Kleinbetriebewelt übertragen lassen. Trotz der Ähnlichkeitsannahme müßte die soziale Welt der Handwerksbetriebe eigens untersucht werden, um dann auch zu prüfen, welche neuen Formen von Mitbestimmung für diese eigene Welt zu entwickeln sind. Dies hätte sicherlich auch positive Auswirkungen auf die heute praktizierten Mitbestimmungsformen in der Großbetriebewelt.

Zusammenfassend stellen Kotthoff/Reindl im großen und Ganzen "ordentliche Verhältnisse" in den Untersuchungsbranchen und -regionen fest: "Die soziale Kluft zwischen großen und kleinen Betrieben ist spürbar kleiner geworden, die 'Kleinen' haben Boden gut gemacht und aufgeholt." (340) Es gebe eine weitgehende Orientierung an den Flächentarifverträgen und Gesetzen: "Dieser wichtige 'zivilisatorische Fortschritt' ist ihnen - pointiert formuliert - 'in den Schoß gefallen'. Sie sind Nutznießer des bundesdeutschen Systems industrieller Beziehungen, sie profitieren von den auf Branchenebene vornehmlich in größeren Betrieben ausgetragenen Konflikten um mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeitszeiten, ohne selber in diesen Auseinandersetzungen eine prominente Rolle zu spielen." (341)

Die Autoren warnen vor einer Überschätzung von Rolle und Stellung der Betriebsräte: "Sowohl der Aktionsradius der Betriebsräte als auch der tatsächliche Handlungs- und Vertretungsbedarf halten sich in Grenzen." (350) Branchentypische Problemkonstellationen verengen oder erweitern jedoch die Handlungsfelder der Betriebsräte. Beispielsweise hätten die Maschinenbaubetriebe den geringsten Problemdruck und

die stärksten Betriebsräte. Generell gelte: die Betriebsräte rivalisieren wegen zu geringer Qualifikation und zu geringem Interesse nicht mit dem Unternehmer auf dem Feld der Unternehmenspolitik. Der "Gegenmacht-Ansatz", von André Gorz entwickelt und von Hofmann/Neumann für die Untersuchung des Interessenhandelns in Klein- und Mittelbetrieben angewendet, gehe ins Leere und an der Realität der mittelständischen Betriebe vorbei. Das hier verwendete Gegnermodell sei nur eines unter vielen Modellen und habe keine Offenheit für Aussagen wie: "Der Betrieb, das ist das Miteinander".

Im abschließenden Kapitel zur sozialen Konstituierung des mittelständischen Industriebetriebes wird die Gemeinschaft als dominante Form der Sozialordnung¹⁰⁷ diagnostiziert: "Unser wichtigstes Ergebnis ist der Nachweis der Existenz dieses Sich-Aufeinander-Beziehens von Unternehmer und Arbeitern. Dieser Bezug hat zwei verbundene, nur analytisch trennbare Dimensionen: einmal die Beziehung zwischen Chef und Arbeitern. Und zum anderen einen gemeinsamen Bezug auf ein Drittes, nämlich den Betrieb oder das 'Ganze'." (355) Die Einstellung zur Arbeit sei durch Produktivismus und Kooperation gekennzeichnet. Es gebe keine "industriellen Konflikte" wegen Nutzung der Plan-Lücken für Konflikte oder Blockaden sondern eine vorausschauende, umsichtige Eigeninitiative für einen lückenlosen Ablauf der Produktion. (371) "Die Grundsituation der ungeschützten Ökonomie macht aus Unternehmern und Arbeitern eine Interessengemeinschaft." (373).

Diese Gemeinschaft findet zu einem pragmatischen Konsens der da lautet: "was von anderen tariflich ausgehandelt wird, werden wir übernehmen. So segeln die Klein- und Mittelbetriebe 'gratis' im Windschatten der Tarifpolitik. Sie sparen sich als Trittbrettfahrer Verhandlungs- und Streikkosten und teilweise auch Mitgliedsbeiträge. Die Delegation der Aushandlung der allgemeinen Beschäftigungsbedingungen macht frei für das Gemeinschaftliche." (375). Die Klein- und Mittelbetriebe haben sich von der Lohn- und Beschäftigungspolitik entlastet und konnten dadurch zunehmend auf Formen direkter und harter Kontrolle verzichten. Dadurch entstand eine "andere" Industriekultur, ein neuer Typ von Lebensqualität und Lebensstabilität: "Wichtig ist für uns die Feststellung, daß das Arbeitsleben bzw. die Lebensarbeit im gemeinschaftlichen Klein- und Mittelbetrieb ganz offensichtlich mit einem vergleichsweise hohen Grad an menschlicher Befriedigung verbunden ist und nicht - wie oft unterstellt - mit haarstäubenden Knechtschaftsverhältnissen. Das liegt daran, daß der Betrieb offen ist

¹⁰⁷ Wie anfangs schon erwähnt, gehören ihr ca. 2/3 aller untersuchten Betriebe, jedoch alle hier für das Handwerk relevanten des Typs der pragmatischen Produktionsgemeinschaft an.

für personale Bedürfnisse wie Selbstaktivierung, Eigeninitiative, Partizipation an der Gesamtarbeit. Das gibt den Arbeitern ein Selbstwertgefühl." (379)

Trifft dieser Befund und vorangehende Diagnosen auch für eine große Zahl von Handwerksbetrieben zu - was anzunehmen ist -, dann kann die klassische, eher polarisierende Form gewerkschaftlicher Arbeit, für diesen Bereich kaum noch Geltung beanspruchen.¹⁰⁸

Hilbert/Sperling haben Beschäftigung, Technik und Arbeitsbeziehungen in westdeutschen Klein- und Mittelbetrieben - 1/4 davon aus dem Handwerk - untersucht.¹⁰⁹ Hier werden viele Ergebnisse von Kotthoff/Reindl bestätigt, darüber hinaus aber - bei anderer Schwerpunktsetzung - einzelne Bereiche noch besser ausgeleuchtet. Die Kleinen - so Walther Müller-Jentsch in der Einleitung - sind so, wie die Großen heute werden wollen: soziale Arrangements statt "formale Mitbestimmung". Es herrsche aber eine Dominanz von technisch/ökonomisch schwer manövrierbaren Betrieben, die auch die Mitarbeiter oft eher als Problem denn als Potential sehen. (8)

Eingangs werden die "Konturen einer Theorie der kleinen Fabrik" herausgearbeitet und das Untersuchungsgebiet mit seinen Betrieben beschrieben. Darüber hinaus werden Markt und Strategie, Technikeinsatz, Unternehmer und Arbeitsbeziehungen detailliert untersucht. Im Zusammenhang mit der Tarifpolitik im Handwerk sind hier jedoch nur die Ausführungen zum Unternehmer, vor allem aber zu den Arbeitsbeziehungen in den Klein- und Mittelbetrieben von Interesse.

Betont wird, wie auch bei Kotthoff/Reindl, die bisherige Unterbelichtung der Rolle des Unternehmers im Klein- und Mittelbetrieb: "Standen bisher im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Klein und Mittelbetrieben deren Beschäftigungswirkungen und deren Einsatz von neuer Technik, so blieb die 'farbigste Figur' (Schumpeter) auch im Klein- und Mittelbetriebssektor blaß - oder ideologisch verzerrt." (58) Die

¹⁰⁸ Besonders anschaulich wird dies in der Studie von Kotthoff/Reindl - bezogen auf die Betriebe der vier gemeinschaftlichen Sozialordnungen - am Beispiel einer von außen gesteuerten Betriebsratsgründung dargestellt: "Nur ein einziger von uns befragter Arbeiter fühlte sich nicht wohl in der Gemeinschaftskultur. Es ist jener, der als gewerkschaftliches U-Boot in den Stuttgarter Betrieb Becker eingeschleust wurde und dort Betriebsratsvorsitzender geworden ist. Er leidet unter der wenig bleihaltigen Luft der Gemeinschaftlichkeit. Er ist gewohnt an und geschult für ein Gegnermodell." (380)

¹⁰⁹ Vgl. Hilbert, Josef / Sperling, Hans Joachim 1990: Die kleine Fabrik. Beschäftigung, Technik und Arbeitsbeziehungen. München und Mering. Mit Fragebögen wurden insgesamt 488 Betriebe in der Region Paderborn angeschrieben, die Rücklaufquote lag mit 269 Fragebögen bei 55%, davon waren 225 auswertbar. Erfasst waren 83 Mittelbetriebe mit 50-499 Beschäftigten und 142 Kleinbetriebe mit 1-49 Beschäftigten. In 28 dieser Betriebe kam es zusätzlich zu ausführlichen Betriebsrecherchen. Von den 225 untersuchten Betrieben gehören 56, also genau ein Viertel dem Handwerk an. 95 oder 42% der 225 Betriebe sind aus dem Metall- und Elektrobereich.

“Literatur-Ansichten und Empirie-Einsichten” als Ausgangspunkt zusammenfassend werden im Anschluß die Unternehmertypen der Branchen Maschinenbau, Holzindustrie, Elektro- und Elektronikindustrie sowie Textil- und Bekleidungsindustrie betrachtet.

Vor allem aber die Analyse der Arbeitsbeziehungen in Klein- und Mittelbetrieben eröffnet ein besseres Verstehen der dortigen sozialen Welt: “Das herkömmlich gezeichnete Bild der Arbeits- und Sozialbeziehungen ist analytisch eher unscharf; es dominieren zwei polare, stark interessenbezogene Sichtweisen. Aus mittelständischer Sicht verdichtet sich das Sozialgefüge des kleinen und mittleren Betriebes im Bild einer ‘auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Loyalität basierenden, persönlich geprägten Betriebsgemeinschaft’ (Gantzel 1962, S. 202). Demgegenüber betonen Darstellungen aus einer gewerkschaftlichen Sicht die Dominanz autoritärer Machtausübung seitens der Betriebseigentümer, die aufgrund fehlender institutionalisierter Interessenvertretungsstrukturen auf Belegschaftsseite zu einseitigen und nachteiligen Arbeitsbeziehungen führen (Brötz u.a., 1983). Weitgehend übereinstimmend gehen beide Sichtweisen von einer geringen Konfliktualität der Arbeitsbeziehungen aus.” (31) Die Arbeitsbeziehungen werden von Hilbert/Sperling unter drei Aspekten untersucht: Organisations- und Führungsstrukturen; Arbeitsmarktverhalten und Personaleinsatzpolitik; sowie der Interessenvertretung und Beteiligung der Arbeitnehmer.

Bei der Behandlung der Organisations- und Führungsstrukturen wird auf die Dominanz der Eigentümerunternehmer oder auch “Owner-Manager” hingewiesen. Bei den Mittelbetrieben stellen die Inhaber 1/4, bei den Kleinbetrieben 3/4 der Betriebsleitung (158 f).¹¹⁰

Durch die Analyse des Arbeitsmarktverhaltens und der Personaleinsatzpolitik werden die Ursachen und Kräfte deutlich, durch die die Belegschaft als Familie sehr eng zusammengehalten wird. Häufiges Unternehmerziel sei eine stabile und loyale Stammbeflegschaft (175). Deshalb würden Einstellungen häufig nur aus dem Bekanntenkreis der Beschäftigten erfolgen (171), was wiederum zu “bürgerschaftsähnlichen Beziehungen” (Dabrowski 1986, S. 115) führe. Die Rekrutierung verlaufe meist über informelle Wege und durch Auszubildende. Dies sei besonders im Handwerk zu beobachten (Mendius 1988). Setzt man diese Untersuchungsergebnisse von Hilbert/Sperling voraus, so ist davon auszugehen, daß gerade im Handwerk diese “familiären” Betriebsbeziehungen entstehen, besonders da die Auszubildenden als junge Menschen in die Betriebsfamilie hinein sozialisiert

¹¹⁰ Ohne die Betriebe, in denen ausführende und leitende Arbeiten unmittelbar zusammenfallen.

werden. Immerhin ist im Handwerk gegenüber der Industrie der Ausbildungsanteil überdurchschnittlich hoch. Dieser liege bei den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie jedoch deutlich über dem durchschnittlich niedriger liegende Ausbildungsanteil aller Industriebetriebe der untersuchten Region.

Bei der Betrachtung von Interessenvertretung und Beteiligung der Arbeitnehmer unterscheiden Hilbert/Sperling formalisierte Betriebsratsarbeit und informelle Arrangements der Interessenbeziehungen. Das Fehlen eines Betriebsrates besage noch nichts über Beteiligungschancen und Wahrnehmung der Beschäftigteninteressen.

Drei Konstellationen werden unterschieden: I. gewerkschaftlicher Betriebsrat: orientiert an den Normen der Betriebsverfassung und den gewerkschaftlichen Leitvorstellungen; II. Interner Betriebsrat: als Betriebsverfassungsorgan oder als hausgemachte Vertretungsinstanz; III. Schattenpartizipation: ohne Betriebsrat.

Beim gewerkschaftlichen Betriebsrat (Typ I) seien dessen Mitglieder mehrheitlich in der Gewerkschaft und der Arbeitgeber im Arbeitgeberverband organisiert. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liege zwischen 40-79% meist bei ca. 50%. Es handele sich eher um Mittelbetriebe. Häufig gebe es ein "einvernehmliches Unterschreiten der tariflichen Ansprüche (182). Die vom Betriebsverfassungsgesetz normierten Regelungen würden häufig nicht angewendet. Die Betriebsversammlungen, die jährlich vier mal vorgesehen sind, würden durch Formen das "Freikaufens" nicht stattfinden. In der Regel finde die Betriebsratstätigkeit ohne Freistellung, meist 15-25 Stunden monatlich, statt. Betriebsratssitzungen würden nach Bedarf durchgeführt. Häufiger seien "Spitzengespräche" zwischen Geschäftsführer und Betriebsrats-Vorsitzendem. Zur Wahl eines internen Betriebsrates (Typ II) komme es meist nur im Konfliktfall. Dieser Betriebsrat werde häufig von Unternehmern zur "sozialen Rationalisierung" funktionalisiert (186). Seitens des Unternehmers, der in der Regel nicht Mitglied im Arbeitgeberverband sei, werde meist auch die Gewerkschaft abgelehnt. Tarifpolitisch orientiere man sich dort am unteren Rand der Tarifverträge. Im Betrieb mit Schattenpartizipation (Typ III) werde kein Betriebsrat benötigt. Meist handele es sich um eine kleine Belegschaft die ständig miteinander in Kontakt stehe. Die Arbeit werde häufig projektbezogen mit überwiegend qualifizierten Fachkräften ausgeführt. Als Beispiel wird ein Betrieb der Computerbranche angeführt, in dem bei Montagsrunden alle Themen behandelt werden, wodurch auch der Betriebsrat überflüssig erscheine.

Die drei Typen betrieblicher Interessenvertretung zusammenfassend stellen Hilbert/Sperling fest, daß in Kleinbetrieben Mitbestimmung stattfinde: "allerdings ohne

Rückgriff auf die Institution des Betriebsverfassungsgesetzes. Die räumliche und soziale Nähe von Unternehmer und Mitarbeitern - unter Zeitdruck und mit offenem Ausgang - schaffen ein wechselseitiges Aufeinander-Angewiesensein. Auf dieser Basis werden einerseits die für das Überleben notwendigen Innovationsleistungen möglich. Andererseits bieten solche Arbeitsformen Mitbestimmungsmöglichkeiten, die in manchen Punkten sogar weitergehen als bei Betriebsräten und Vertrauensleuten in Großbetrieben." (191) Die Schattenpartizipation sei jedoch zeitlich, sozial und sachlich eng begrenzt und erschwere die formalisierte Mitbestimmung, also auch die Gründung eines Betriebsrates: "Wo erhebliche Teile der Belegschaft Mitwirkungsmöglichkeiten auch ohne Betriebsrat wahrnehmen, werden Initiativen für solche Interessenvertretungsorgane entweder gar nicht gestartet oder als überflüssig und störend empfunden - und zwar mehrheitlich sowohl von den Unternehmern als auch von den Arbeitern und Angestellten. Schattenpartizipation erodiert mithin die Grundlagen für den Ausbau der (formalisierten) Mitbestimmung in Klein- und Mittelbetrieben." (191)

Der Diagnose mag man zustimmen. Es wäre jedoch die Frage zu stellen, ob man an der auf den Großbetrieb der Industrie zugeschnitten formalisierten Regelung der Mitbestimmung festhalten will, oder aber darüber nachzudenken wäre, verbindliche Regeln für die Kleinbetriebewelt zu entwickeln, die dieser auch sozial entsprechen.

Die Ergebnisse der Untersuchung von Manz zu den Perspektiven kleiner und mittlerer Betriebe wurden ausschließlich an Beispielen westdeutscher Industriebetriebe aus dem Maschinenbau gewonnen.¹¹¹ Obwohl die Anlage der Untersuchung zunächst wenig Erkenntniswert für Fragen der Tarifpolitik im ostdeutschen Metall- und Elektrohandwerk offeriert, seien die Ergebnisse deshalb hier dargestellt, weil zum einen keine Betriebsstudien zum ostdeutschen Metall- und Elektrohandwerk vorliegen, zum anderen weil ausschließlich Industriebetriebe der hier interessierenden Metallbranche untersucht wurden und damit Rückschlüsse für das Handwerk erlauben. Eine systematische Untersuchung von Handwerksbetrieben kann dieses Vorgehen natürlich nicht ersetzen.

Manz beleuchtet einleitend die industrielle Modernisierung bezogen auf die "Renaissance" der Klein- und Mittelbetriebe, die er unter der Überschrift "vom Relikt

¹¹¹ Vgl. Manz, Thomas 1993: *Schöne neue Kleinbetriebswelt? Perspektiven kleiner und mittlerer Betriebe im industriellen Wandel*. Berlin. Untersucht wurden drei kleinere Mittelbetriebe mit 76, 100 und 178, sowie ein Großbetrieb mit 850 Beschäftigten.

der Vormoderne zum Hoffnungsträger der Postmoderne" abhandelt. Den Hauptteil bildet die Darstellung der Ergebnisse seiner empirischen Untersuchung über die technische und soziale Innovation. Hier jedoch soll nur auf den letzten Teil der Untersuchung über industrielle Modernisierung und die Perspektiven von Klein- und Mittelbetrieben eingegangen werden.

Auch Manz betont zunächst die Umwertung bisheriger Werte: "Die lange Zeit dominierende Sicht auf kleine und mittlere Betriebe als 'unterentwickelte' Großbetriebe oder als Relikte aus vormoderner Zeit [hält B.R.] einer fundierten Analyse nicht stand. Klein- und Mittelbetriebe sind kein peripheres, sondern ein komplementäres Element moderner Industriestrukturen." (162)

Als ersten Punkt behandelt Manz die Reorganisation des Verhältnisses von Groß- und Kleinbetrieben: Durch die Restrukturierung des Großbetriebes habe es seit den 70er Jahren eine Verlagerung zugunsten der Kleinbetriebe gegeben (163 ff). Neue Formen der Arbeitsteilung und Kooperation, sowie eine Stärkung der Verhandlungsmacht der Kleinen haben sich herausgebildet. Gleichzeitig habe eine Pyramidisierung der Zulieferbeziehung auf mehrere Ebenen stattgefunden. Dabei käme es jedoch nur in der ersten Ebene zu Kooperationsformen, weiter unten würden die Abhängigkeiten zunehmen. Es gebe eher Gefahren als positive Entwicklungschancen (168 f).

Eine "beschränkte Kooperation" unter Klein- und Mittelbetrieben - so der zweite Punkt - sei eine Möglichkeit, die begrenzten Mittel von kleinen Betrieben zu kompensieren: "Da es ihnen als einzeln agierende Wirtschaftseinheiten an finanziellen, kapazitativen, personellen, fachlichen, und technischen Ressourcen mangelt und sie nur über schwache politische Macht gegenüber ihrer Umwelt verfügen, macht es Sinn, durch Kooperation ihre Ressourcen zu 'poolen'. [...] Das Ausschöpfen der 'economics of scale' steigert ihre strategische Handlungsfähigkeit und mindert die Risiken des Einzelunternehmens." (172) Die bisherige Praxis der Kooperation sei jedoch eher bescheiden. Wenn trotzdem Kooperation stattfände, dann meist vor dem Hintergrund eines aus sozialer Nähe gewachsenen Vertrauens (174). Produktionstätigkeit und tägliches Leben würden sich sehr stark überschneiden. Dabei sei auch der Austausch von Werkzeugen und das Wandern qualifizierter Arbeitskräfte zwischen den Betrieben keine Seltenheit. Diese Kooperation werde in Italien häufig durch Verbände der Kleinunternehmer, vor dem Hintergrund eines gewissen 'Gleichklanges' der Wertemuster der lokalen Akteure, klassenübergreifend organisiert. Das Kooperationsszenario wird von Mans nochmals pointiert zusammengefaßt: geringer Proletarisierungsgrad; hohe soziale Mobilität zwischen Positionen abhängiger und selbständiger Beschäftigung; Arbeitsbeziehungen, die keine scharfe Trennlinie zu den

lebensweltlichen Umgangsformen in der lokalen Gemeinschaft ziehen; Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, trotzdem nicht konfliktfrei, auch Arbeitskämpfe, aber kürzere Zeitspannen. Probleme gebe bei der Enttraditionalisierung der Lebensformen.

Die Regionalisierung und Perspektiven "partnerschaftlicher" Netzwerke werden als dritter Punkt in das Perspektivenszenario eingeführt. Die Implementation von Netzwerken müsse folgende Elemente beachten: Aufdecken von regionalen Komplementaritäten; Beratungs- und Vermittlungsarbeit bei Kooperationsvorhaben; Information über gelungene Kooperation und Werbung darüber durch lokale Intermediationsinstitutionen (182 f).

Mit dem Ende des Taylorismus komme auch das Soziale im Betrieb wieder zum Vorschein, das Stichwort sei "reflexive Rationalisierung". Die Bewegung verlaufe von der Verdrängung des Sozialen zu dessen Wiederentdeckung als Produktivitäts- und Innovationsresource. (185) Es gebe also ein Ende des Jahrhunderttrends, nämlich die Abnahme der Betriebsgrößenstruktur. Mittel- und Kleinbetriebe, die nie so tayloristisch waren, hätten noch Lücken "sozialer Lebenswelt" bestehen lassen. Damit sei der Modernisierungsrückstand der Kleinbetriebe als strukturell günstige Voraussetzung für einen neuen Modernisierungspfad zu werten. (186) "Der Aufschwung den die 'Kleinen' in den letzten Jahren erlebt haben, ihre Neubewertung in Wissenschaft und Politik - von den 'Nachzüglern' zu den 'Hoffnungsträgern' des industriellen Wandels - sowie ihre Attraktivität, die sie heute für viele haben, stehen - so die in dieser Arbeit vertretene These - in einem direkten zeitlichen Zusammenhang zu den wachsenden Zweifeln, an den bisherigen industriegesellschaftlichen Prämissen und Prinzipien. Sie spiegeln das wachsende Unbehagen der Gesellschaft mit den Folgen einer zu weit getriebenen Durchsetzung der alten Industrialisierungslogik und deren zunehmende Infragestellung wider." (187) Das ist jedoch noch nicht der Fluchtpunkt einer 'post-tayloristischen' Arbeits- und Rationalisierungspolitik: "Die 'tayloristische Rationalisierungsschraube' muß in kleineren Betrieben nicht so stark zurückgedreht werden, weil sie nur vergleichsweise schwach angezogen war. Die Wertschätzung qualifizierter Produktionsarbeit als produktive Ressource muß nicht in dem Maße wie in Großbetrieben gegen ein die menschliche Arbeit als Störquelle betrachtendes managerielles Dogma durchgesetzt werden." (187)

Bis hierher ist die Bilanz von Manz als durchaus positiv für die Klein- und Mittelbetriebe ausgefallen. Nun jedoch kommt die Gegenrechnung. Es gebe große Demokratiedefizite, die möglicherweise alle aufgezählten Vorteile neutralisieren: " Die Arbeitsstrukturen und Sozialbeziehungen in Klein- und Mittelbetrieben bergen

keineswegs nur soziale Innovationspotentiale, sondern auch einen Fundus an innovationshemmenden Strukturen. Der schlichte Rekurs auf das Traditionale, vor allem die Verstärkung und Neubelebung gemeinschaftlicher Strukturen, eröffnet kaum Perspektiven auf eine schöne neue Welt kleiner, demokratischer und human gestalteter Produktionseinheiten. Reflexive Modernisierung, die aus den Sackgassen des 'einfachen' Modernisierungspfades herausführen will, kann sich nicht in kultureller Regression erschöpfen. Dies käme einer Preisgabe des Projekts der Moderne gleich und würde 'vormoderne' Herrschaftsstrukturen stabilisieren, ebenso wie Unmündigkeitsverhältnisse konservieren. Die Analyse kleinbetrieblicher Innovationsprozesse hat bezeichnenderweise wenig Anhaltspunkte für Demokratisierungsimpulse, mehr dagegen für Demokratisierungsbarrieren geliefert. [...] Damit zeichnen sich angesichts der gegenwärtigen Modernisierungsanforderungen strukturelle Defizite der 'Kleinen' ab, die ihre 'sozialen Wettbewerbsvorteile' (Sperling/Hilbert 1991) deutlich abschwächen, wenn nicht gar neutralisieren oder sogar überwiegen." (188) Trotzdem gebe es die begründete Hoffnung auf eine neue Rolle kleiner- und mittlerer Betriebe die den wirtschaftlichen Erfolg mit sozial akzeptablen Lebens- und Arbeitsverhältnissen kombinieren.

Die hier schon mehrfach im Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Tarifpolitik erwähnte Studie zu Kleinbetrieben in Ostdeutschland von Brussig und anderen ist natürlich zuallererst eine umfassende Studie zum Betriebstyp Kleinbetrieb.¹¹² Im Teil B werden durch fünf verschiedene Zugänge die Entstehungshintergründe der Kleinbetriebe ausgeleuchtet: private Erwerbsarbeit und Beschäftigung in Kleinbetrieben der DDR (Gabriele Valerius); das Gründungsgeschehen in den neuen Bundesländern - Wachstumstypen und Beschäftigungsbeitrag (Eva May-Strobel und Monika Paulini); Neugründungen von kleingewerblichen und mittelständischen Betrieben - vergleichende Analysen aus Ost- und Westdeutschland (Thomas Hinz); Schrumpfbetriebe als Quelle von Kleinbetrieblichkeit (Martin Brussig); Sind ostdeutsche Kleinbetriebe das 'Stiefkind' der Arbeitsmarktpolitik? (Christine Steiner).

Im Teil A der Studie werden von mehreren Autoren¹¹³ die Bestandsbedingungen und Entwicklungspotentiale der Kleinbetriebe untersucht. Nach der Darlegung von

¹¹² Brussig, Martin u.a. (Hrsg.) 1997: Kleinbetriebe in den neuen Bundesländern. Opladen.

¹¹³ Teil A wurde verfaßt von: Martin Brussig, Karin Lohr, Klaus Semlinger, Arndt Sorge, Udo Strohwalde unter Mitarbeit von Andrea Eckhardt und Marek Krause.

Problemstellung und Untersuchungsdesign wird die Entstehung und Struktur des kleinbetrieblichen Sektors in Ostdeutschland nachgezeichnet, dessen ökonomische Probleme und Entwicklungspotentiale dargestellt, die innerbetrieblichen Strukturen und Prozesse anhand des Personaleinsatzes untersucht sowie das Kooperationsverhalten und regionale Besonderheiten ausgeleuchtet.¹¹⁴

Es gebe kaum externe Fachleute, private Investoren oder westdeutsche Manager in ostdeutschen Kleinbetrieben, im Gegensatz zu den "Großbetrieben" (38-42) Daß es kaum Alteigentümer oder Erben gebe liege auch daran, weil die Generationenkette abgerissen sei. Offen wäre, ob dies im Handwerk auch so ist. (43 ff) Betriebsräte seien in MBO-Betrieben willkommen, jedoch nicht dort wo Alteigentümer den Betrieb führen. Die Schlußbetrachtung könnte man als positive Wertung begreifen: Im Gegensatz zu Westdeutschland gebe es kaum patriarchale Leitungsmuster und eine weite Verbreitung von Betriebsrat und Tarifbindung. Beides sei auf die großbetriebliche Prägung des ostdeutschen Kleinbetriebesektors zurückzuführen (255 ff).

Die Annahme patriarchaler Leitungsmuster in westdeutschen Kleinbetrieben wäre vor dem Hintergrund der Studien von Kotthoff/Reindl (1990), Hilbert/Sperling (1990) und Manz (1993) zu relativieren. Brussig und seine Mitautoren/innen gehen jedoch am Ende davon aus, daß vor dem Hintergrund der gravierenden Transformation in Ostdeutschland nur relativ geringe Abweichungen vom westdeutschen Regulierungsmodell feststellbar seien (269). Diese Annahme steht in Einklang mit den Ergebnissen bisher vorliegender Forschung zum ostdeutschen Metall- und Elektrohandwerk.

¹¹⁴ Methodisch liegt hier eine Mischung vor, aus halb standardisierten Fragebögen für 124 Betriebe verschiedener Branchen und Größenklassen, sowie 12 Fallstudien die aus mehrstündigen Gesprächen mit den Geschäftsführern gewonnen wurden. Da diese Studie drei Regionen abbilden wollte, wurden dort je ca. 40 Betriebe untersucht: Berlin-Ost als Metropolenregion, Chemnitz und Zwickau als altindustrielle Verdichtungsregion, sowie die Region Eberswalde als ländlich-schwachindustrialisierte Region.

Fazit

Läßt man die hier vorgestellte Literatur zu Geschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Handwerks Revue passieren, so fällt auf, daß nur ein äußerst geringer Anteil der Forschung sich mit der Tarifpolitik des ostdeutschen Metall- und Elektrohandwerkes befaßt. In der Annahme, einen indirekten Zugang zur relevanten Fragestellung zu bekommen, wurde deshalb der Bogen dieser Literaturstudie absichtlich weiter gespannt. Es wurden also auch diejenigen Themen aufgenommen, die sich im weiteren Umfeld tarifpolitischer Fragestellungen befinden.

Der historische Zugang führt deutlich die jahrhundertealte Tradition vor Augen, in der sich die heutigen Formen der Mitbestimmung, vor allem im Handwerk, entwickelt haben. Beim wirtschaftswissenschaftlichen Zugang fällt die Vielzahl der Untersuchungen auf, die sich mit der ökonomischen Konstituierung des ostdeutschen Handwerks nach der deutschen Einheit und der folgenden Entwicklung beschäftigt haben. Konjunkturanalysen fühlen weiterhin regelmäßig den Puls auch der ostdeutschen Handwerksentwicklung. Zentrale Aussage all dieser ökonomischen Studien ist die schnelle und weitgehende Angleichung der ostdeutschen an die westdeutsche Handwerksstruktur. Der sozialwissenschaftliche Zugang dagegen bleibt weitgehend auf westdeutsche Forschungsergebnisse beschränkt, das ostdeutsche Handwerk wurde von den Sozialwissenschaftlern bisher noch nicht entdeckt. Die betriebliche Wirklichkeit in der vorwiegend von Kleinbetrieben geprägten Handwerkslandschaft ist in Westdeutschland durch einen auf sozialen Ausgleich gekennzeichneten gemeinschaftlichen Sozialtyp geprägt. Die westdeutsche Handwerks- und Kleinbetriebforschung zeigt ein dicht geknüpftes Verbandsnetz des Handwerks in dem auch Mitbestimmung praktiziert wird. Gewerkschaften und Betriebsräte sind zwar bisher nur sehr schwach im Handwerk vertreten, trotzdem befindet sich die Handwerks- im Windschatten der Industrietarifpolitik. Wie stark jedoch die betriebliche Tarifwirklichkeit - besonders in Ostdeutschland - von den ausgehandelten Tarifverträgen abweicht, liegt in der Dunkelzone.

Geht man also abschließend von der mittels ökonomischer Analysen festgestellten strukturellen Angleichung ost- und westdeutscher Handwerksstrukturen aus, so könnte man die These wagen, daß sich auch in Ostdeutschland - mit etwas Verzögerung

vielleicht - Verbände und Betriebe den in Westdeutschland praktizierten Formen von Mitbestimmung und Tarifpolitik angleichen werden. Vor dem Hintergrund ostdeutscher Erfahrungen und einem weitgehenden Neuaufbau der Kleinbetriebstrukturen ist jedoch Vorsicht geboten. Die über 40 Jahre gemachten Planwirtschaftserfahrungen können neue Verhaltensmuster im Umgang mit Mitbestimmung und Tarifpolitik hervorbringen. Gleichzeitig eröffnet der Neubeginn im vorher kam noch bestehenden Handwerk auch neue Chancen für alle Akteure. Spezielle Studien zum ostdeutschen Handwerk wären notwendig, um den Aufbau der Handwerksverbände, die gewerkschaftliche Verankerung, die Mitbestimmung, die Tarifpolitik vor allem aber die besondere betriebliche Situation kennen zu lernen.

Anhang

Literatur

- Albach, Horst 1992: Deregulierung im Handwerk. Wiesbaden.
- Ax, Christine 1997: Das Handwerk der Zukunft. Leitbilder für nachhaltiges Wirtschaften. Basel, Boston, Berlin.
- Ax, Christine 1997: Zwischen Mittelalter und High-Tech. In: Mitbestimmung Juni 6/97: Schwerpunktheft Handwerk "Soll das Werk den Meister loben? Magazin der Hans-Böckler-Stiftung.
- Bacmeister, Georg 1990: Demokratische Selbstverwaltung. Aufbau und Arbeit der Handwerksorganisation in einer Marktwirtschaft. Alfeld (Leine).
- Beck, Thomas 1986: Handwerk in Staat und Gesellschaft: Analysen, Strategien, Erfolgskontrolle; eine empirische Untersuchung am Beispiel der Handwerkskammer Konstanz. München.
- Beckermann, Theo 1980: Das Handwerk in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Neue Folge Heft 42. Berlin.
- Beckermann, Theo 1965: Die Handwerkswirtschaft. Eine volkswirtschaftliche Analyse. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Neue Folge Heft 23. Essen.
- Beer, Siegfried 1997: Ostdeutsches Handwerk: Hohe Baunachfrage prägte Entwicklung. Institut für Wirtschaftsforschung Halle.
- Bertram-Pfister, B. / Landeck, H. 1992: Situationsbeurteilungen und betriebswirtschaftliches Verhalten ostdeutscher Handwerksunternehmer - Interner Kurzbericht über Nebenergebnisse einer betriebswirtschaftlichen Untersuchung im ostdeutschen Elektroinstallateurhandwerk. Veröffentlichung des Instituts für Handwerkswirtschaft München, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. München.
- Beyer, Hans-Joachim 1994: Mittelstandsförderung in den neuen Bundesländern am Beispiel des Handwerks im Land Brandenburg. Köln.
- Brien, Thomas 1997: Nachholbedarf bei der Umsetzung der Handwerksordnung. In: Mitbestimmung Juni 6/97: Schwerpunktheft Handwerk "Soll das Werk den Meister loben? Magazin der Hans-Böckler-Stiftung.

- Brüggemann, Wolf Gunter 1995: Gewerkschaften auf dem Weg zum Kleinbetrieb. Stärkere Betreuung der Beschäftigten in Handwerk und Mittelstand ist "überlebenswichtig". In: Frankfurter Rundschau v. 22.5.1995.
- Brüssig, Martin u.a. (Hrsg.) 1997: Kleinbetriebe in den neuen Bundesländern. Opladen.
- Buchholz, Goetz 1996: Christliche Gewerkschaft Metall. Gewerkschaftsfreiheit oder Tarifdumping? Hrsg. IG Metall, Vorstand. Frankfurt.
- Bücher, K. 1910: Entstehung der Volkswirtschaft. Tübingen.
- Bücher, K. 1898: Handwerk. In: Elster, L. (Hrsg.): Wörterbuch der Volkswirtschaft, 1. Band Jena 1898. S. 1042-1044.
- Büter, Clemens 1997: Das Handwerk in der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemaligen DDR und im Übergang zur sozialen Marktwirtschaft. Frankfurt.
- Creditreform 1999: Wirtschaftslage Handwerk, Frühjahr 1999. Neuss.
- Creditreform 1998: Wirtschaftslage Handwerk, Frühjahr 1998. Neuss.
- Creditreform 1997: Wirtschaftslage Handwerk, Frühjahr 1997. Neuss.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.) 1998: Gesetz zur Ordnung des Handwerks. (Handwerksordnung - HWO) und ergänzende gesetzliche Vorschriften. Überarbeitete und ergänzte Auflage nach dem Stand der Novelle vom 1.4.1998. Arbeitshilfen für Arbeitnehmervertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Handwerkskammern. Bergisch Gladbach.
- Deutscher Gewerkschaftsbund 1996: Leitlinien für die DGB-Handwerksarbeit. In: Informationen für Funktionäre im Handwerk. Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Sekretariat Handwerk, Nr. 3/45/1996, S.10-14.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Handwerk. Informationen des DGB. Erscheint zweimonatlich. Köln-Portz.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Informationen für Funktionäre im Handwerk. Erscheint unregelmäßig. Düsseldorf.
- Dittmer, J. 1990: Die Handwerkspresse der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung im Auftrag der Journalisten-Vereinigung der Deutschen Handwerkspresse. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Düsseldorf.
- Dörsam, Pia 1997: Arbeitszeitflexibilisierung in Klein- und Mittelbetrieben. In: Arbeit und Arbeitsrecht, 52 (1997), Heft 8, S. 261-265.
- Ehmer, Josef 1994: Soziale Traditionen in Zeiten des Wandels. Arbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert.

- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut (Hrsg.) 1996: Mitbestimmung in Klein- und Mittelbetrieben. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 71.
- Fröhler, Ludwig 1960: Zur Abgrenzung von Handwerk und Industrie. München.
- Fröhler, Ludwig / Kormann, Joachim 1984: Wirtschaftliche Betätigung von Handwerksorganisationen. Herausgegeben vom Handwerksrechtsinstitut München e.V., Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Alfeld.
- Georges, Dirk 1993: 1810/11 - 1993: Handwerk und Interessenpolitik: Von der Zunft zur modernen Verbandsorganisation. Diss. Bielefeld.
- Gottwald, Franz-Theo 1997: Welche Zukunft wollen wir? Auf dem Weg in das Handwerk von morgen. In: Ax, Christine 1997: Das Handwerk der Zukunft. Leitbilder für nachhaltiges Wirtschaften. Basel, Boston, Berlin.
- Große Anfrage der Fraktion der CDU LT-Drucksache 2/2757 vom 16.10.1996 "Situation des sachsen-anhaltischen Handwerks". Antwort der Landesregierung.
- Gruhler, Wolfram 1997: Beschäftigung in mittelständischen Betrieben Ost- und Westdeutschlands. Dokumentation. In: iw-trends, 24 (1997), Heft 2, S. 55-66.
- Hank, Rainer 1998: Die christliche Metallgewerkschaft hofft auf neue Anerkennung. Phönix soll im Osten als alternativer Flächentarif gelten. Streit mit der IG Metall über die Mächtigkeit. In Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.9.1998.
- Hantsch, G. / Schneider, A. 1996: Strukturelle Situation im Werkzeugbau. Veröffentlichung des Instituts für Technik der Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Karlsruhe.
- Heidling, Eckhard 1997: Interessenvertretung im Netz. Institutionalisierte Interessenvertretung im Kfz-Gewerbe. Veröffentlichungen aus dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., ISF München. Frankfurt / New York.
- Heinen, Ewald / Surac, V. 1997: Die wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks in Deutschland. Stand, Chancen, Prognosen. Veröffentlichung des Instituts für Technik der Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Karlsruhe.
- Hilbert, Josef / Sperling, Hans Joachim 1990: Die kleine Fabrik. Beschäftigung, Technik und Arbeitsbeziehungen. München und Mering.
- IG Metall 1998: Sicherung der Tarifautonomie und Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages. Beschluß des Vorstandes der IG Metall bei dessen Klausurtagung im Januar 1998.
- IG Metall, Vorstand, Abteilung Wirtschaft-Technologie-Umwelt (Hrsg.), Red.: Burkhard, Oliver 1998: Handwerkskonjunktur 1/98. Brancheninfo des Metall- und Elektrohandwerks.

- IG Metall, Vorstand (Hrsg.): 1996: Klein-, Mittel- und Handwerksbetriebe, Arbeitsheft 2, Projekt Mitgliederentwicklung.
- IG Metall, Abt. Gewerkschaftliche Betriebspolitik (Hrsg.) 1994: Handbuch für Verwaltungsstellen und ehrenamtliche Gewerkschaftsbeauftragte zur Gründung von Betriebsräten. Frankfurt.
- IG Metall, Abt. Handwerk (Hrsg.) 1993: Arbeitshilfe für die Betriebsratswahl in Klein- und Mittelbetrieben mit 5 - 50 wahlberechtigten Arbeitnehmern und 51 wahlberechtigten Arbeitnehmern bis 150 Arbeitnehmern. Frankfurt.
- IG Metall, Abt. Handwerk (Hrsg.) 1990: Arbeitshilfe für Betriebsräte in Betrieben mit bis zu 20 wahlberechtigten Arbeitnehmern. Frankfurt.
- IG Metall, Abt. Handwerk (Hrsg.) 1990: Arbeitshilfe für Betriebsräte mit 21 - 150 wahlberechtigten Arbeitnehmern. Frankfurt.
- IG Metall, Vorstand, Abteilung Handwerk: Arbeitshilfe Handwerk. Materialien für die Handwerksarbeit. Überblick zu den bisherigen Veröffentlichungen.
- Jander, Martin / Lutz, Stefan 1991: Betriebsräte in der ehemaligen DDR. Eine vernachlässigte Institution. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung. Nr. 66. Berlin.
- John, Peter 1997: Die Kammern - ein traditionsreiches Gebäude. In: Mitbestimmung Juni 6/97: Schwerpunktheft Handwerk "Soll das Werk den Meister loben? Magazin der Hans-Böckler-Stiftung. S. 18-21.
- John, Peter 1987: Handwerk im Spannungsfeld zwischen Zunftordnung und Gewerbe-freiheit. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 62. Köln.
- John, Peter 1983: Handwerkskammern um Zwielficht. 700 Jahre UnternehmEREinteressen im Gewande der Zunftidylle. Köln.
- John, Peter (Bearb.) 1982: Mitbestimmung im Handwerk. Fachtagung des DGB, 10./11. November 1982. Düsseldorf.
- Journalisten-Vereinigung der Deutschen Handwerkspresse (Hrsg.) 1994: Die Handwerkspresse der Bundesrepublik Deutschland. München, Düsseldorf.
- Kädtler, Jürgen / Kottwitz, Gisela / Weinert, Rainer 1997: Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionalisierung und Handlungskonstellationen, 1989-1994. Opladen.
- König, Wolfgang / Müller, Klaus 1994: Empirische Untersuchung von grenzüberschreitenden Kooperationen im Handwerk. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 30. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- König, Wolfgang / Müller, Klaus (Hrsg.) 1994: Handwerk in Europa. Beiträge anlässlich

der 1. Konferenz europäischer Handwerksforschungsinstitute. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

König, Wolfgang / Müller, Klaus 1990: Struktur des Handwerks in der DDR. Göttinger Handwerkliche Arbeitsheft Nr. 21. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

König, Wolfgang / Müller, Klaus 1990: Der Europäische Binnenmarkt als Herausforderung für das deutsche Handwerk. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Band 43. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1996: Standort Deutschland. Handwerksrelevante Aspekte und Standortprobleme des Handwerks. Kontaktstudium Wirtschaftswissenschaften. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

König, Wolfgang / Kucera Gustav (Hrsg.) 1995: Perspektiven des deutschen Handwerks im Zeichen der Öffnung östlicher Nachbarstaaten. Bearbeitung: Müller Klaus. Kontaktstudium Wirtschaftswissenschaften 1995. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

König, Wolfgang / Kucera Gustav 1993: Wirtschaftliche Lage und Entwicklungsperspektiven des Handwerks in den neuen Bundesländern. Bearbeitung: Ullrich Kornhardt. Kontaktstudium Wirtschaftswissenschaften 1992. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut, Göttingen.

Kornhardt, Ullrich / Müller, Klaus 1990: Probleme und Erwartungen im DDR-Handwerk. Ergebnisbericht einer Befragung auf der Hannover-Messe Industrie '90. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 22. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

Kornhardt, Ullrich / Rudolph Annette 1994: Entwicklungen und Perspektiven des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

- Kornhardt, Ullrich / Rudolph Annette 1994: Handwerk und Regionalentwicklung im Transformationsprozeß. Die Bedeutung des Handwerks für die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher, ländlich geprägter Räume am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Kotthoff, Hermann 1994: Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung. München.
- Kotthoff, Hermann 1981: Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb. Frankfurt, New York.
- Kotthoff, Hermann / Reindl, Josef 1990: Die soziale Welt kleiner Betriebe. Wirtschaften, Arbeiten und Leben im mittelständischen Industriebetrieb. Göttingen.
- Kucera, Gustav / Stratenwerth, Wolfgang 1990: Deregulierung des Handwerks. Gesamtwirtschaftliche Risiken und Gefahren. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Kuzaj, K. 1992: Das Handwerk in der ehemaligen "DDR" und die Probleme des Übergangs in die Marktwirtschaft. Diss. Osnabrück.
- Leisner, W. 1997: Der Verfassungsschutz des Handwerks und die Abgrenzung Handwerk - Industrie. Deutsches Handwerksinstitut, Handwerksinstitut München für Handwerks-, Finanz- und Steuerrecht e.V. In: Gewerbearchiv, Vierteljahresbeilage: Wirtschaft und Verwaltung, S. 393 ff.
- Löwisch, Manfred 1997: Grenzen der ordentlichen Kündigung in kündigungsschutzfreien Betrieben. In: Betriebs-Berater, 52 (1997), Heft 15, S. 782-790.
- Manz, Thomas 1993: Schöne neue Kleinbetriebswelt? Perspektiven kleiner und mittlerer Betriebe im industriellen Wandel. Berlin.
- Müller, Klaus 1992: Die Elektrohandwerke in den neuen Bundesländern - Strukturmerkmale und wirtschaftliche Lage. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 26. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Müller, Klaus 1991: Kooperation zwischen west- und ostdeutschen Bauhandwerkern. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 25. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Müller, Klaus / Mecke, Ingo 1997: Handwerk in Sachsen-Anhalt. Göttinger Handwerk-

- schaftliche Studien, Band 52. Veröffentlichung des Seminars für Handwerks-
wesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Hand-
werksinstitut. Duderstadt.
- Müller, Klaus / Mecke, Ingo 1997: Handwerk in Sachsen-Anhalt (Kurzfassung). Göttinger
Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 35. Veröffentlichung des Semi-
nars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im
Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Müller, Klaus / Reck, R. 1994: Einflüsse des EG-Binnenmarktes auf das deutsche
Handwerk. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 30. Veröffentli-
chung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, For-
schungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Müller, Klaus / Sander, Hildegard 1994: Handwerksgenossenschaften im Übergang
zur Marktwirtschaft. Ergebnisse der PGH-Umstrukturierung in den neuen
Bundesländern. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte, Nr. 29.
Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen,
Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Neuloh, Otto 1960: Der Neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und
Wirkungen der Mitbestimmung. Tübingen.
- Neuloh, Otto 1956: Die Deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur
Mitbestimmung. Tübingen.
- Nicolai, Wolfgang 1996: Die neue Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen des Mittel-
standes in den neuen Bundesländern - Gedanken und Anmerkungen. In:
Mitteilungen 12/1996, Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftli-
chen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Berlin.
- Nielebock, Helga 1996: Mitbestimmung in Kleinbetrieben. In: Arbeitsrecht im Betrieb;
17 (1996), Heft 2, S. 76-81.
- Oppolzer, Alfred / Zachert, Ulrich 1998: Arbeitszeit und Tarifverträge im Handwerk. In:
WSI-Mitteilungen, 51 (1998), Heft 2, S. 102-115.
- Oppolzer, Alfred / Zachert, Ulrich 1998: Arbeitszeit und Tarifgestaltung im Handwerk
bis zum Jahr 2010. Zur Zukunft des Handwerk. In: Gewerkschaftliche Monats-
hefte, 49 (1998), Heft 9, S. 595-506.
- Oppolzer, Alfred / Zachert, Ulrich 1996: Arbeitszeit und Tarifrecht im Handwerk.
Expertise für die Zukunftswerkstatt e.v. der Handwerkskammer Hamburg im
Rahmen des Verbundforschungs- und Entwicklungsvorhabens "Chancen und
Risiken des Demographischen Wandels - eine Strategiestudie für das Hand-
werk, Hamburg, 30. September 1996 (überarbeitet Fassung Januar 1997).

- Ostendorf, Thomas 1997: Das Internationalisierungsverhalten von Handwerksbetrieben - Entscheidungsprozesse und Strategien. Göttinger Handwerkschaftliche Studien, Band 54. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Duderstadt.
- Otto-Brenner-Stiftung (Hrsg.) 1997: Neue Arbeitsplätze für die neuen Bundesländer. Wirtschafts- und industriepolitische Tagung der Otto-Brenner-Stiftung am 24./25. April in Magdeburg. Dokumentation. Berlin.
- Perner, Detlef 1983: Mitbestimmung im Handwerk? Die politische und soziale Funktion der Handwerkskammern im Geflecht der Unternehmerorganisationen. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 53. Köln.
- Petzina, Dietmar 1996: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel. Industrie und Handwerk. In: Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen. Hrsg. von Gerold Ambrosius, Dietmar Petzina, Werner Plumpe. München.
- Pilgrim, M. 1991: Institutional Representation of Small Business in Industrialized Countries. International Small Business Series, Nr. 8. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Pohl, Wilma 1995: Regulierung des Handwerks. Eine ökonomische Analyse. Wiesbaden.
- Reith, Reinhold 1999: Lohn und Leistung: Lohnformen im Gewerbe 1450 - 1900. Stuttgart.
- Reith, Reinhold (Hrsg.) 1998: Praxis der Arbeit: Probleme und Perspektiven der handwerksgeschichtlichen Forschung. Ludwig-Boltzmann-Institut für Historischen Sozialwissenschaft. Frankfurt.
- Reith, Reinhold (Hrsg.) 1991: Lexikon des alten Handwerks. Vom späten Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. München.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 1995: RWI-Handwerksberichte. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1994/95. Jahrgang 42 (1995-). Essen.
- Rudolph, Annette / Müller, Klaus 1998: Entwicklungspotentiale des handwerksähnlichen Gewerbes in Sachsen-Anhalt. Göttinger Handwerkschaftliche Studien, Band 58. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Duderstadt.

- Rudolph, Wolfgang 1996: Interessenvertretung in Kleinbetrieben. In: Arbeitsrecht im Betrieb; 17 (1996); Heft 2, S. 73-76.
- Rudolph, Wolfgang 1992: Sonderfall Handwerk. In: Wassermann, Wolfram 1992: Arbeiten im Kleinbetrieb. Interessenvertretung im deutschen Alltag. Reihe der Hans-Böckler-Stiftung, HBS Praxis, Band 4, S. 88 - 98.
- Rudolph, Wolfgang / Wassermann, Wolfram 1996: Betriebsräte im Wandel. Aktuelle Entwicklungsprobleme gewerkschaftlicher Betriebspolitik im Spiegel der Betriebsratswahlen. Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung. Münster.
- Rudolph, Wolfgang / Wassermann, Wolfram 1995: Kleinbetriebe, Gewerkschaften und regionale Entwicklung. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Rudolph Wolfgang / Wassermann, Wolfram 1995: Ansprechpartner vor Ort. Ein Modellprojekt der Gewerkschaft Holz und Kunststoff zur Errichtung eines regionalen Netzwerkes von "Ansprechpartnern" für Arbeitnehmer aus dem Handwerk. Zwischenbericht nach einem Jahr Entwicklung, Büro für Sozialforschung, Kassel, Januar 1995.
- Rühl, G. / Melcher, S. / Heitz, F. 1988: Flexible Arbeitszeitstrukturen im Handwerk. Eine empirische Analyse der Einsatzmöglichkeiten im ausgewählten Handwerkszweigen. Veröffentlichung des Instituts für Technik der Betriebsführung im Handwerk, Karlsruhe, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Kösching.
- Ruppert, Burkard 1998: Das Metall- und Elektrohandwerk in Ostdeutschland: Gewerkschafts- und tarifpolitische Herausforderungen für die IG Metall. Eine Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung. Hrsg. IG Metall. Frankfurt.
- Ruppert, Burkard 1996: Die Transformation betrieblicher Interessenvertretung im Übergang von der DDR zur Bundesrepublik. Eine Untersuchung am Beispiel des Chemnitzer Apparate- und Anlagenbauunternehmens Germania (Oktober 1989 bis März 1991). Frankfurt.
- Sagaster, Arnim (Hrsg.) 1998/99: Organisationsbuch des deutschen Handwerks 1997. Düsseldorf.
- Sander, Hildegard 1994: Handwerksgenossenschaften im Systemwandel - zur Transformation der Produktionsgenossenschaften des Handwerks in den neuen Bundesländern. Göttinger Handwerkschaftliche Studien, Band 46. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- Scheuplein, Christoph 1998: Branchenbericht Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik in Berlin. Erstellt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

- Schilling, G. (Bearb.) 1990: Konzept zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks in der DDR. Veröffentlichung des Heinz-Piest-Instituts für Handwerkstechnik an der Universität Hannover, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Hannover.
- Schmidt, K. 1990: Verbesserung der Handwerksposition durch tarifpolitische Vereinbarungen. In: Handbuch 2000. Hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Kreishandwerkerschaften. Rotenburg-Wümme.
- Schmoller, Gustav 1890: Zur Sozial- und Gewerbepolitik - Reden und Aufsätze. Leipzig.
- Schroeder, Wolfgang 1992: Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960. Bonn.
- Schroeder, Wolfgang / Ruppert, Burkard 1996: Austritte aus Arbeitgeberverbänden: Eine Gefahr für das deutsche Modell? Betriebsaustritte aus regionalen Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (1990 - 1995). Marburg.
- Segert, Astrid 1992: Wie ein streitfähiger Betriebsrat entsteht. Metamorphose einer realsozialistischen Arbeitnehmervertretung am Beispiel der Stahl- und Walzwerke Brandenburg GmbH. Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 71.
- Teuteberg, Hans-Jürgen 1961: Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland. Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts. Tübingen.
- Thalheim, K. C. / Händcke-Hoppe, M. 1991: Das Handwerk in der ehemaligen DDR und in Berlin(Ost). In: Deutschland-Archiv, Nr. 11, 1991, S. 1186-1192.
- Twardy, Martin 1994: Transfer von Modellversuchsergebnissen im Handwerk in die neuen Bundesländer. Mit den Schwerpunkten Meisterausbildung, betriebliche Ausbildung, Ausbildungsberatung. Bad Laasphe i. Westf.
- Veldhues, Bernhard 1998: Die neue vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf Basis der Handwerkszählung 1995. In: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 1/1998, S, 11-21.
- Wahsner, Roderich 1996: Betriebsverfassung in Kleinbetrieben. Defizite des geltenden Rechts und rechtspolitische Forderungen. In: Arbeitsrecht im Betrieb, 17 (1996), Heft 2, S. 81-87.
- Wassermann, Wolfram 1995: Gewerkschaften auf dem Weg zu den kleinen Betrieben. Ein Überblick über aktuelle Modellprojekte und Schwerpunktaktionen der Gewerkschaften im Bereich kleiner und mittlerer Betriebe. Hans-Böckler-

- Stiftung, Forschungsbeobachtung, Manuskripte 189.
- Wassermann, Wolfram 1992: Arbeiten im Kleinbetrieb. Interessenvertretung im deutschen Alltag. Reihe der Hans-Böckler-Stiftung, HBS Praxis, Band 4.
- Welter, Friederike 1996: Gründungsprofile im ost- und westdeutschen Handwerk. Eine vergleichende Untersuchung in den Kammerbezirken Düsseldorf und Leipzig. Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik e. V. (RUFIS), Nr. 1/1996. Bochum.
- Wissell, Rudolf 1929: Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit. Band I und Band II. Berlin.
- Wöhner, Annette 1992: Innungen und Innungsverbände als Tarifvertragsparteien. Hrsg. v. d. Landesvereinigung der Fachverbände des Handwerks Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf.
- Wolters, L. / Seeliger, M. / Romberg, V. / Hokoki, F. / Goedejohann, L. W. 1995: Outsourcing im Handwerk. Eine TTH-Informationsbroschüre. Veröffentlichung des Instituts für Kunststoffverarbeitung in Industrie und Handwerk an der Rheinisch-Westfälischen Hochschule Aachen, Abteilung Handwerk, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Aachen.
- Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke (Hrsg.) 1994: Branchenstudie Elektroinstallateur-Handwerk. Band 1: Strukturvergleich und Entwicklung. Handwerkswirtschaftliche Reihe, Nr. 107. Veröffentlichung des Instituts für Handwerkswirtschaft München, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. München.
- Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke (Hrsg.) 1994: Branchenstudie Elektroinstallateur-Handwerk. Band 2: Personal- und absatzwirtschaftliche Analyse. Handwerkswirtschaftliche Reihe, Nr. 108. Veröffentlichung des Instituts für Handwerkswirtschaft München, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. München.
- Zentralverband des Deutschen Handwerks 1993: Strategiepapier. Künftige Entwicklungstendenzen im Handwerk. Heft 46. Bonn.
- Ziegler, A. 1993: Gewerkschaftliche Politik für kleine und mittlere Unternehmen und die Praxis der Mittelstandspolitik. Diskussionspapier Nr. 5 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI). Düsseldorf.

Bibliographien / Statistische Ämter / Verbandsberichte / Institute

Bibliographien

- König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1996: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1995. Bearbeitet von Kornhardt, U. und Kluczinski, S.. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1995: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1994. Bearbeitet von Müller, K., Kluczinski, S., Sander, J. und Schaub, S.. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1994: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1993. Bearbeitet von Kornhardt, U., Sander, J. und Schaub, S.. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1993: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1992. Bearbeitet von Müller, K. und Schaub, S.. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1992: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1991. Bearbeitet von Bücking, N. und Kornhardt, U.. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1991: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1990. Bearbeitet von Schaub, St. und Müller, K.. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.
- König, Wolfgang / Kucera, Gustav (Hrsg.) 1990: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1989. Bearbeitet von Weiß, St., Schaub, St., Kornhardt, U. und Müller, K.

Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

Seminar für Handwerkswesen (Hrsg.) 1997: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes (einschl. Small Business), Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen 1996. Veröffentlichung des Seminars für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Forschungsinstitut im Deutschen Handwerksinstitut. Göttingen.

Statistische Ämter

Statistisches Bundesamt 1996: Handwerkszählung vom 31. März 1995, Produzierendes Gewerbe, Fachserie 4, Heft 1, Heft 2, Heft 3.

Statistisches Bundesamt: Tabellensammlung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Arbeitsunterlage Ausgabe 3/97.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Auszüge aus den Veröffentlichungen zur Handwerkszählung 1995.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 1997: Statistische Sonderhefte, Handwerkszählung 1995 in Mecklenburg-Vorpommern.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 1996: Sonderhefte, Produzierendes Gewerbe, Handwerk, Handwerkszählung.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Handwerkszählung 1995.

Thüringer Landesamt für Statistik 1997: Statistischer Bericht, Handwerkszählung 1995 in Thüringen.

Verbandsberichte

Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke: Jahresbericht 1997.

Zentralverband Sanitär, Heizung, Klima: Jahresbericht 1996.

Zentralverband des Deutschen Handwerks 1997: Konjunkturbericht Nr. 1/1997. Bonn.

Zentralverband des Deutschen Handwerks 1997: Handwerk '97. Bonn.

Zentralverband des Deutschen Handwerks 1996: Handwerk '96. Bonn.

Institutsberichte

Deutsches Handwerksinstitut, Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen 1997: Tätigkeitsbericht 1997.

